

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 20.52 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute entschuldigt Frau Schlitt, Herr Möring und Herr Lierenfeld. Gibt es weitere Ratsmitglieder, die fehlen? - Das ist nicht der Fall.

Als Stimmzähler benenne ich für heute Herrn Hamm, Herrn Mispelkamp und Frau von Bülow.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie wie üblich bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst lasse ich über die Durchführung einer Aktuellen Stunde und deren Thema beschließen. Danach behandeln wir die abgesetzten beziehungsweise zugesetzten Tagesordnungspunkte sowie im Anschluss daran die Dringlichkeitsanträge und die Reihenfolge der Tagesordnung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen heute drei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor, und zwar:

- 01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Benachteiligung der Stadt Köln bei der Kofinanzierung von U3-Plätzen in Tageseinrichtungen durch die Landesregierung“
- 02 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Reform- und Innovationstätigkeit der Landesregierung Nordrhein- Westfalen im Schulsystem“
- 03 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Forderungen von CDU, SPD, Grünen und FDP nach höheren Bezügen für die Mitglieder des Stadtrates“

Wie Ihnen bekannt, sieht die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sit-

zung vor. Bei mehreren Anträgen besteht allerdings nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der Themen. Ich stelle Ihnen die rhetorische, aber doch ernstgemeinte Frage: Konnte eine solche Einigung erzielt werden? - Das ist nicht der Fall.

Daher lasse ich nach § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob drei Aktuelle Stunden - auch das ist möglich - durchgeführt werden sollen. Wer dafür ist, dass wir drei Aktuelle Stunden durchführen, bitte ich um das Handzeichen. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist also niemand von Ihnen gewillt, erst um 18 Uhr mit den eigentlichen Beratungen zu beginnen.

(Heiterkeit)

Die zweite Möglichkeit - diese frage ich natürlich ordnungshalber auch ab - wäre, dass zwei beziehungsweise nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt werden soll. Aus verfahrensökonomischen Gründen lasse ich hierüber abstimmen. Wer dafür ist, dass nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine riesengroße Mehrheit. Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Herr Dr. Müser enthält sich. Nach diesem Beschluss gibt es nur eine Aktuelle Stunde.

Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist, welcher Antrag die Mehrheit des Rates findet.

Zur Abstimmung über den Antrag unter Punkt 01: Wer für das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Thema ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind die beiden antragstellenden Fraktionen sowie die Fraktion der Linken. Das ist eine klare Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? - Von der CDU, der FDP, pro Köln, Frau May und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Die heutige Aktuelle Stunde wird damit zu dem Thema durchgeführt, das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragt worden ist.

Ehe wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, sprechen wir aber noch über die weitere Tagesordnung.

Abgesetzt wurde der Punkt 2.1.14, Vorbereitung der Bewerbung zur Bundesgartenschau in Köln. Er wurde verfristet gestellt und ist damit grund-

sätzlich ein Dringlichkeitsantrag. Nach Prüfung der Angelegenheit haben wir jedoch keine Dringlichkeit feststellen können. Daher haben sich die antragstellenden Fraktionen entschieden, den Antrag erst in der nächsten Sitzung des Rates am 24. Juni zu behandeln. Da das auch aus unserer Sicht kein Problem darstellt, wird er automatisch in die Tagesordnung der letzten Sitzung vor den Sommerferien aufgenommen.

Des Weiteren wurden folgende Punkte abgesetzt: 9.1, 9.2, 9.3 und 9.8. Diese vier Verwaltungsvorlagen sind abgesetzt. - Herr Dr. Müser, dazu? - Bitte schön.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Den Tagesordnungspunkt 2.1.10 bitte ich, soweit zulässig, in den Unterausschuss Opernquartier zu verschieben.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist eine kluge Entscheidung, Herr Dr. Müser, den Punkt 2.1.10 in den Unterausschuss Opernquartier zu verweisen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann werden wir diesen Punkt heute nicht behandeln.

Nun zu den Zusetzungen: Die Verwaltung schlägt Ihnen die Zusetzung folgender Punkte vor: 3.2, 3.3 und 3.4, 16.1, 16.2 und 16.3 sowie die Punkte 23.6 und 24.1 des nichtöffentlichen Teils. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann zu den Dringlichkeitsanträgen: Von der CDU-Fraktion wurde am 29. Mai 2008 der Antrag zum Thema „Stilllegung der ehemaligen städtischen Hausmülldeponie in Porz-Lind; Ausführungsplanung und Bau des Oberflächenabdichtungssystems“ gestellt; das ist Tagesordnungspunkt 2.1.15. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Bürgermeister Müller, bitte schön.

**Josef Müller** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich darf Sie namens meiner Fraktion bitten, darüber abstimmen zu lassen, diesen Dringlichkeitsantrag unter Beibehaltung der Dringlichkeit in den am Montag tagenden Verkehrsausschuss zu verweisen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kluger Vorschlag!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist ein kluger Vorschlag. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das damit so wie vorgeschlagen verwiesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird ja immer besser hier! Wenn das so weitergeht!)

Abschließend frage ich Sie, ob es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich lasse jetzt noch einmal über alle Änderungsvorschläge insgesamt abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 01, Aktuelle Stunde, auf:

**01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Benachteiligung der Stadt Köln bei der Kofinanzierung von U3-Plätzen in Tageseinrichtungen durch die Landesregierung“ AN/1128/2008**

Die antragstellenden Fraktionen haben nun Gelegenheit, dazu das Wort zu ergreifen. Herr Dr. Heinen, bitte schön.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat hierzu seine Hausaufgaben gemacht. Köln hat hierzu seine Hausaufgaben sogar vorzüglich gemacht. Kinderbetreuung und Kinderbildung stehen für uns an erster Stelle. Erinnern Sie sich: SPD und Grüne haben in Köln dafür gesorgt, dass mit einem gewaltigen Kraftakt der Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder angestoßen und bewältigt werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Anfangs gab es, wie Sie wissen, dagegen erhebliche Widerstände. Inzwischen - davon gehe ich aus - ist er für alle Parteien selbstverständlich.

Sollen wir in der größten Stadt des Landes mit seiner vielfältigen Trägerlandschaft

(Zuruf von der CDU: Mit Ihrer!)

und unseren vielen verschiedenen Stadtvierteln jetzt für diese Anstrengungen bluten und uns noch mehr aus der eigenen Rippe schneiden müssen, damit wir diesen Weg weiter fortsetzen können? Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, wie viele zusätzliche Mittel die Stadt schon jetzt im Rahmen des sogenannten Kinderbildungsgesetzes bereitstellen muss: Das sind zig Millionen Euro, und zwar jedes Jahr. Diese Ungleichbehandlung darf nicht fortgeführt werden.

Aber damit nicht genug. Bei der Betreuung unserer Kinder in den weiterführenden Ganztagschulen werden wir schon jetzt durch das Land schwer benachteiligt. Soll sich das jetzt auch bei den Kleinsten der Kleinen weiter fortsetzen?

(Karl Klipper [CDU]: Deswegen haben wir auch *nur* den ersten Preis bekommen! - Josef Müller [CDU]: Erster Preis!)

Konzentrieren wir uns auf U3. Das KiBiz geht davon aus, dass die Betreuung zu einem Drittel durch Tagesmütter und Tagesväter abgedeckt wird. Befragungen haben jedoch ergeben, dass der Bedarf dafür bei unter 10 Prozent liegt. Auch die Datenbasis, die das Land zugrunde gelegt hat, ist nicht aktuell. Köln hat viel mehr Betreuungsplätze für unter 3-Jährige geschaffen, als das Land annimmt. Seriöse Landespolitik sieht anders aus, meine Damen und Herren, zumal bei der Beschlussfassung über den Landeshaushalt bewusst solche Fehlplanungen in Kauf genommen worden sind.

(Zuruf von Karl Klipper [CDU]: Wann mussten Sie denn die exakten Zahlen melden? Sagen Sie doch mal das Datum!)

Herr Klipper, Köln hat einen Bedarf von genau 4 674 Plätzen entsprechend der rechtlichen Rahmenbedingungen angemeldet. Vom Land wurde das bislang ignoriert. Uns fehlen weiterhin exakt 665 Plätze.

(Jochen Ott [SPD]: Pfui! Pfui!)

Das entspricht einem Finanzierungsdefizit von 1,6 Millionen Euro. Wir müssen beim Land dringend Korrekturbedarf geltend machen. Deshalb haben wir den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zu diesem Thema gestellt.

Ein ausreichendes Angebot an U3-Plätzen ist gerade für eine Großstadt wie Köln unabdingbar.

(Beifall bei der SPD und der Linken.Köln - Zuruf von Karl Klipper [CDU])

- Herr Klipper, wenn Sie bei diesem Thema in der Ratssitzung so aktiv gewesen wären und das dem Land übertragen hätten, hätten wir vielleicht weniger Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Die rund 4 700 Plätze, die wir in Köln zur Verfügung stellen, entsprechen einer Versorgungsquote von knapp 20 Prozent. Der Bedarf ist groß. Die Landesregierung hat versprochen, dass für jedes angemeldete Kind das Land seinen Anteil leistet. Wir stehen beim U3-Ausbau erst am Anfang. Wohin soll das denn in Zukunft führen, wenn das Land bereits jetzt versucht, sich mit falschen Daten aus der Verantwortung zu stellen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, starten Sie jetzt keine Verkaufsschau, dass das Land tolle Gesetze beschlossen habe und bei den Geldzuwendungen großzügig sei.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir sind an der Spitze in Deutschland! An der Spitze sind wir in Nordrhein-Westfalen!)

- Wir reden jetzt über Köln, Herr Granitzka. Schauen Sie bitte nur auf unsere Stadt. - Die fehlenden U3-Plätze müssen zeitnah geschaffen werden. Sorgen wir alle dafür, dass die uns gegebenen Versprechungen und Verpflichtungen auch eingehalten werden. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Herr Dr. Heinen. Frau Moritz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich stehe hier in Vertretung von Frau Schlitt, die heute entschuldigt ist, weil sie eine Klassenfahrt betreut.

(Heiterkeit bei der CDU - Karl Klipper [CDU]: Oh!)

- Herr Klipper war zwei Wochen lang im Urlaub; er ist heute außer Rand und Band. Wahrscheinlich war er nicht ausgelastet.

(Karl Klipper [CDU]: Ich wollte zwei Wochen wegfahren!)

- Herr Klipper, seit hier gesprochen wird, quasi Sie ständig dazwischen.

(Karl Klipper [CDU]: Lassen Sie mich doch! Das machen Sie doch auch! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Überschäumende Energie!)

- Nein, das mache ich so nicht. Ich bin auch nicht so ausgeruht wie Sie, Herr Klipper.

Nicht das Kinderbildungsgesetz in Gänze steht heute hier zur Debatte, sondern nur ein einziger Punkt, nämlich die Ungleichbehandlung der Stadt Köln in puncto U3-Betreuung im Vergleich zu anderen NRW-Städten. Das KiBiz ging wie jedes Gesetz von ganz bestimmten Grundannahmen aus. Aber schon dabei wurden die ersten Fehler gemacht.

Die erste Fehlannahme war, dass etwa ein Drittel aller Eltern auf Tagesmütter oder Tagesväter zurückgreifen wolle. Tatsächlich stellte sich in den Städten und insbesondere in den Großstädten heraus, dass die Nachfragequote bei höchstens 10 Prozent oder darunter liegt.

Die zweite Fehlannahme war, dass die Städte weitaus weniger Plätze für unter 3-Jährige zur Verfügung stellen würden, als sie es tatsächlich tun. Köln ist ein Beispiel dafür.

Auf Basis dieser beiden falschen Grundannahmen wurde bei der Haushaltsplanung des Landes eine Zahl von 34 000 Plätzen in Tageseinrichtungen zugrunde gelegt. Die notwendige Abfrage der Planungen bei den Kommunen wurde erst im Dezember 2007 gemacht. Das war natürlich viel zu spät, um die Ergebnisse dieser Abfrage in den Etat noch vor seiner Verabschiedung einfließen zu lassen.

Gleichzeitig wurde den Kommunen eine Frist bis zum 15. März gesetzt, Herr Klipper. Alle Kommunen durften bis dahin nachmelden. Alle Kommunen und alle Städte reichten diese Zahlen auch ein. Diese Zahlen wichen von den Planungen des Vorjahres ab: Bei einigen waren die Zahlen höher, bei anderen niedriger. Köln meldete ursprünglich 3 259 Plätze - Frau Dr. Klein, ich bin nicht ganz sicher; aber diese Zahl ist mir genannt worden -, hat aber jetzt 4 700 Plätze beantragt. Das Chaos in Düsseldorf war perfekt. In dessen Folge entstand - es gab einen regen Telefonverkehr zwischen dem Ministerium und den einzelnen Jugendämtern, mit anderen nicht - die Tauschbörse, deren Regeln bis heute ein Geheimnis von Minister Laschet bleiben. Nach welchen Prinzipien - das fragen wir, finde ich, zu

Recht - werden die Plätze in Nordrhein-Westfalen zugewiesen? Bis heute bleibt uns der Minister eine Antwort schuldig.

Münster oder Aachen haben einen Ausbaustand von circa 20 Prozent. Köln soll mit 15 Prozent abrasiert werden. Das ist ein Skandal!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- Die anderen könnten hier auch einmal klatschen. - Was hat die Landesregierung gegen Köln beziehungsweise gegen die jungen Eltern in Köln, die diese Plätze dringend brauchen? Sie sind nämlich die Leidtragenden. Wir sind die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen. Wir haben einen CDU-Oberbürgermeister.

(Winrich Granitzka [CDU]: Und wir haben eine tolle Beigeordnete, die darin erfolgreich ist!)

Unser Oberbürgermeister ist nordrhein-westfälischer Städtetagspräsident. Der neue Parteivorsitzende der CDU sitzt im Landtag in Düsseldorf. Warum gelingt es ihnen nicht, die Landesregierung zu bewegen, die größte Stadt im Land mit anderen Städten gleichzustellen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was nützt es uns, dass zwar die Frau des Ministerpräsidenten an der Seite des ehemaligen Parteivorsitzenden Reinartz für einen U-Bahn-Tunnelbohrer Patin wird, der neue CDU-Chef Hollstein aber nicht in der Lage ist, bei seiner eigenen Landesregierung gleiche Rechte für Kölner Eltern und ihre Kinder durchzusetzen, und er sie im Regen stehen lässt?

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

Von Kölner Politikern erwarte ich, dass sie in Düsseldorf Lobbyarbeit für die Kölnerinnen und Kölner betreiben. Diese vermisse ich, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Für die CDU-Fraktion spricht Frau Blum, bitte.

**Carola Blum (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das rot-grüne Kernbündnis hat sich in der heutigen Aktuellen Stunde erneut -

(Zurufe: Rot - Grün!)

Das rot-grüne Kernbündnis hat sich erneut auf die Fahnen geschrieben, die Landesregierung zu diskreditieren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Dies ist, wie wir alle wissen, ein großes Anliegen der Kolleginnen und Kollegen. Es wird zum Beispiel kein Wort darüber verloren, dass Köln beim Ranking bezüglich der Schulqualität auf Platz eins in Deutschland steht.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Bravo!)

Heute erfolgt also die unqualifizierte Kritik unter der Überschrift: Kofinanzierung der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder. Mich befremdet immer wieder aufs Neue, mit welcher Vermessenheit die Arbeit der derzeitigen Landesregierung in den Schmutz gezogen wird,

(Beifall bei der CDU – Zurufe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Majestätsbeleidigung!)

die engagiert und zukunftsorientiert die Versäumnisse der rot-grünen Vorgängerregierung aufarbeitet.

Ich werde Ihnen in meinem Redebeitrag darlegen, weshalb diese Vorgehensweise insbesondere bei diesem Thema nicht nur unprofessionell, sondern auch kontraproduktiv ist. Durch Ihre Vorgehensweise, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, gefährden Sie die Zielsetzung, die Kofinanzierung des Landes für eine möglichst hohe Zahl der in Köln benötigten Betreuungsplätze zu realisieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Strafe?)

Ich bin sicher, dass Sie, Frau Dr. Klein, diese Einschätzung teilen. Ich werde darauf später noch näher eingehen. Zunächst folgende grundsätzliche Ausführungen:

Das Land NRW stellt den Jugendämtern Mittel für insgesamt 44 600 Plätze für unter 3-Jährige zur Verfügung. Eine kurze Rückblende: In der rot-grünen Regierungszeit bildete NRW bei der

Betreuung der unter 3-Jährigen bundesweit das Schlusslicht.

(Zurufe bei der CDU: Hört! Hört!)

Von diesen landesweit 44 600 Plätzen entfielen zunächst 3 259 Plätze auf die Stadt Köln. Diese Zahl deckte den von der Verwaltung im Dezember 2007 gemeldeten Bedarf zu 100 Prozent ab. Es zeigte sich jedoch im Rahmen einer weiteren pauschalen Abfrage des Landes sehr schnell, dass der Bedarf in Köln sehr viel höher ist; denn bei der gemeldeten Bedarfszahl handelte es sich lediglich um eine geschätzte, also eine spekulative Größe, da der Jugendverwaltung bis zum Ablauf der Meldefrist am 15. Dezember 2007 keine gesicherten Daten über die Anzahl der notwendigen Betreuungsplätze vorlagen. Die Nachforderung von Köln belief sich auf rund 1 500 zusätzliche Plätze.

Vor diesem Hintergrund wurde die Problematik noch einmal sehr intensiv im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration im Düsseldorfer Landtag erörtert. Ergebnis war eine zusätzliche Bewilligung von noch einmal rund 750 Plätzen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sieh mal an! Bravo!)

Hierbei handelt es sich um Plätze, die in anderen Kommunen zwar beantragt, aber letztlich nicht realisiert wurden. Für diese konstruktive und flexible Problemlösung möchte ich Herrn Familienminister Laschet im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CDU)

Denn auf diese Weise ist Köln - darüber freue ich mich sehr - überproportional gut bedacht worden. Nahezu 10 Prozent der im Land vorhandenen Plätze werden in Köln realisiert.

Nun zu den bislang noch nicht bewilligten Betreuungsplätzen: Nach meinem Kenntnisstand führt Frau Dr. Klein gemeinsam mit der Fachverwaltung bereits seit Wochen sehr konstruktive Gespräche mit dem Landesjugendamt, welches eine positive Entscheidung im Sinne der Stadt Köln signalisiert hat. Wie hilfreich, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, kann also Ihr Vorstoß mit Blick auf das Gesprächsklima und die endgültige Entscheidung des Landes sein? Ich hoffe sehr, dass Sie durch Ihre unsensible Vorgehensweise nicht die Arbeit von Frau Dr. Klein konterkarieren und eine Zusage des Landes, der Stadt Köln weitere 1,6 Millionen Euro zu bewilligen, zunichte machen.

(Beifall bei der CDU)

Seien Sie gewiss, dass eine solche Entwicklung nicht nur vom Land, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern in Köln sehr wohl wahrgenommen wird.

(Beifall bei der CDU)

Auf den damit verbundenen Schaden, der für die auf Betreuungsplätze angewiesenen Eltern und Kinder zu befürchten ist, brauche ich wohl nicht einzugehen. Wünschen wir daher Frau Dr. Klein bei den anstehenden Verhandlungen mit dem Landesjugendamt gutes Gelingen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Blum. Das Wort hat nun Herr Mendorf für die FDP-Fraktion.

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Zwischenfrage!)

- Haben Sie eine Frage an Frau Blum? - Frau Blum, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

(Carola Blum [CDU] schüttelt den Kopf)

- Nein. Herr Heinen, vielleicht fragen Sie gleich Herrn Mendorf.

(Heiterkeit)

**Marco Mendorf (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Ich glaube, wir hätten dieses Gespräch als Dialog führen sollen. Heute Mittag rief mich Uli Breite an und teilte mir mit, dass es heute vermutlich eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema geben wird. Ich fragte ihn ganz aufgeregt: Um Gottes willen, muss man sich darauf noch vorbereiten?

(Zurufe: Hui! - Heiterkeit)

- Wir machen ja unsere Arbeit ehrenamtlich; das Thema wird vom WDR auch gerade aufgegriffen.  
- Ich habe Uli Breite dann gesagt: Mensch, ich versuche noch schnell, mit dem Amt zu reden, um von dort die neuesten Zahlen zu erfahren.

Die Diskussion darüber haben wir alle hier schon oft geführt. Ihre destruktive Art und Weise, wie Sie mit dem Thema Kinder und Jugendliche um-

gehen, langweilt mich inzwischen. Sie versuchen hier über Resolutionen, etwas schlecht zu machen, statt zu sehen, welche Chancen sich für Nordrhein-Westfalen und auch für Köln eröffnen, wenn entsprechende Mittel investiert werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nachdem ich jetzt Ihre Reden zu diesem Thema gehört habe, bin ich beruhigt; denn so viel Neues ist dabei nicht herausgekommen. Ich hätte mir schon etwas mehr gewünscht. Ich habe mir überlegt, welche Blume man mit 40 Jahren SPD und 10 Jahren Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen vergleichen kann. Dazu fällt mir nur das Stiefmütterchen ein. Stiefmütterlich haben Sie das Thema Kinder, Jugend und Bildung vorangebracht, nämlich gar nicht. Was jetzt im ganzen Land zum Glück passiert - darüber sollten wir alle froh sein -, ist mit einer Sonnenblume gleichzusetzen, die hell leuchtet und weit in den Himmel wächst. Die Politik, die jetzt für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen und in Köln gemacht wird, ist leuchtend gelb und im Kern ein bisschen schwarz.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD - Jochen Ott [SPD]: Das Schlimme daran ist: Der glaubt das auch noch!)

Sie haben von Hausaufgaben gesprochen. Ich will Sie hier nicht in Sippenhaft nehmen, aber die Hausaufgaben hat Rot-Grün in den letzten Jahren ganz sicherlich nicht gemacht. Die Zahlen zur Betreuung der unter 3-Jährigen besagen: Nordrhein-Westfalen lag in Ihrer Regierungszeit - Frau Blum hat es schon erwähnt - deutschlandweit auf dem letzten Platz. In nur wenigen Jahren ist es uns durch die Erhöhung der Investitionen in diesen Bereich gelungen, ganz weit nach vorne zu rücken. Wir haben hier gerade gehört, dass die Quote nun bei 20 Prozent liegt. Das ist doch ein Gewinn für Köln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in Köln)

Herr Heinen hat doch gerade gesagt, dass wir durch die Bereitstellung von über 4 000 Plätzen in Köln sicherstellen können, dass 20 Prozent der unter 3-Jährigen betreut werden können. Das ist fast doppelt so viel wie bisher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das reicht doch nicht!)

Was bringt es denn, den Schuldigen zu suchen? Statt zu fordern, die Verwaltung solle dieses und jenes aushandeln, wäre es besser, wenn wir uns zusammensetzten und anhand konkreter Zahlen darüber berieten, wie wir unsere Connections besser dafür nutzen könnten.

(Martin Börschel [SPD]: Die sollen doch verhandeln!)

Das ist doch keine Ungleichbehandlung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, darum geht es: Gleichbehandlung!)

- Entschuldigen Sie, Frau Moritz. Köln hatte zu wenig gemeldet, hat dann aber einen Aufschlag bekommen, sodass jetzt 4 748 Plätze bewilligt sind. Natürlich fehlen immer noch welche; aber, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben alle gefehlt. Jetzt sind wir im Aufwind.

Wir haben auf nordrhein-westfälischer Ebene das Ziel, eine Betreuungsquote von 20 Prozent zu erreichen. 2013 soll diese dann 33 Prozent betragen. Jedes Jahr wächst diese Quote natürlich auch in Köln ein Stück weit mit. Es ist doch klar: Weil Köln schon die meisten Plätze hatte, hat Köln jetzt auch die meisten Plätze dazubekommen. Aber die anderen wollen natürlich auch mitziehen. Ich halte es für vernünftig, diese Quote Jahr für Jahr zu erhöhen.

Wir haben sogar einen Rechtsanspruch auf Betreuung der unter 3-Jährigen durchgesetzt. Das heißt: Wer das will, bekommt ab 2010 einen Betreuungsplatz. Mehr ist gar nicht möglich.

(Der Redner zeigt ein Plakat)

Das ist der Weg. Der Pfeil zeigt mittlerweile steil nach oben: Ausgehend von einer Quote von 2,8 Prozent stehen wir jetzt bei 20 Prozent. Wir wollen aber noch höher. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Mendorf, dafür dass Sie so kurzfristig informiert worden sind, hatten Sie Ihr Plakat aber schnell fertig. Kompliment! - Frau Demirel, bitte.

**Özlem Demirel (Die Linke.Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Köhler, U3-Versorgung bedeutet: Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

- Wenn Sie schon einen etwas jüngeren Kollegen haben, kann ich ihn auch persönlich ansprechen.

(Martin Börschel [SPD]: U3-Betreuung braucht der aber nicht mehr! - Andreas Köhler [CDU]: Aber der Nachwuchs! - Heiterkeit)

- Ja, das stimmt, bloß manchmal merkt man es nicht.

Der Ausbau auf 20 Prozent ist längst überfällig. Meine Damen und Herren, Erfurt hat zum Beispiel eine Versorgungsquote für die unter 3-Jährigen von 50 bis 60 Prozent. 4 700 Kölner Eltern wollen einen U3-Platz in Anspruch nehmen. Das Land hat aber lediglich 4 000 Plätze zugesagt. Die Frage ist nun: Was passiert mit den 700 Eltern, die auch noch Bedarf angemeldet haben? Diese 700 Plätze müssen kommen. Wir als Kommune können das nicht allein stemmen.

Meine Herren von der CDU,

(Andreas Köhler [CDU]: Und die Damen?)

in einer PM sagte Herr Laschet heute:

Mit dem KiBiz ist die Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen auf einem sehr guten Weg. Sie ist ein entscheidender Pfeiler, um unser Land zum familienfreundlichsten Bundesland zu machen.

Ich bin immer wieder sehr erstaunt, wie man die Dinge schönreden kann. Mehrere Male haben wir im Rat der Stadt Köln über das KiBiz gesprochen, und jedes Mal haben wir genau aufgeführt, was das KiBiz bedeutet: höhere Elternbeiträge, geringere Qualifizierungszeiten für die Betreuerinnen, Qualitätsabbau und stärkere Belastung der Kommunen. Kurz: Das KiBiz ist ein schön verpacktes Kürzungspaket.

(Ulrich Breite [FDP]: So einen Quatsch habe ich lange nicht mehr gehört!)

Es stimmt: Das Betreuungsangebot wurde in den letzten Jahren tatsächlich ausgebaut. Es war aber auch höchste Zeit, meine Herren. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass wir in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn noch einiges aufzuholen haben. Die Landesregierung hatte gar keine andere Möglichkeit, als den Ausbau voranzutreiben. Sie tat dies zulasten der Kommunen, schmückt sich nun aber selbst

mit den Federn. Es geht nicht an, sich einerseits für den Ausbau feiern zu lassen, andererseits aber den Ausbau auf die tatsächlich benötigte Platzzahl zu verweigern.

Die Linke sieht den Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter kritisch. Wir wollen tariflich bezahlte und gut ausgebildete Betreuungskräfte für unsere Kinder. Tagesmütter sind bezüglich ihrer Qualifikation in der Regel den Erzieherinnen in den Kitas unterlegen.

(Marco Mendorf [FDP]: Unfug!)

Eine öffentliche Einrichtung kann diese Aufgabe besser und kontrollierter wahrnehmen als ein Privatanbieter. Aufgabe der Politik ist es, öffentliche Einrichtungen auszubauen und zu stärken. Wieso das Land auf Tagesmütter setzt, ist klar: Mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 725 Euro pro Kind ist diese Betreuungsform billig für das Land. Für die Eltern aber ist sie erheblich teurer.

Meine Damen und Herren, diese 700 Plätze müssen geschaffen werden. Das Land darf sich nicht vor seiner finanziellen Verpflichtung drücken. Frau Blum, Sie haben gesagt, dass Sie sich wünschen, dass diese 700 Plätze kommen. Aber sich das nur zu wünschen, ist zu wenig. Wir wollen, dass der Rat der Stadt Köln aktiv wird. Deshalb haben wir der Durchführung der Aktuellen Stunde von SPD und Grünen zugestimmt und unterstützen auch ihre Argumentation. Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Heinen.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie haben das Thema der Aktuellen Stunde anscheinend nicht begriffen.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

- Ich erkläre es Ihnen gerne. - Ich wollte eigentlich an die Rede von Frau Blum anschließen, aber dann hat mir Herr Mendorf als PR-Agent des Herrn Laschet so wunderbare Steilvorlagen geleistet. Ich hatte bereits gesagt, dass es um Köln geht. Wir sollten jetzt einmal wieder von der Lyrik zur Prosa kommen und hier keine Verkaufsschau machen. Schauen wir uns die Zahlen

an. Zuerst wurde vom Land zugesagt, dass jeder gemeldete U3-Platz finanziert wird.

(Zuruf von Josef Müller [CDU])

- Das war die erste Aussage, Herr Müller, und an dieser Aussage orientieren wir uns. - Diese Aussage wird mit Leben erfüllt, indem Städte und Kommunen ihre Bedarfszahlen nennen. Anmeldeschluss nach der Vorabfrage war am 15. März. Köln hatte bis dahin seinen Bedarf gemeldet. Jetzt sieht sich Köln in der Situation, dass die Plätze, die fristgerecht gemeldet worden sind und deren Finanzierung uns eigentlich versprochen und zugesagt worden ist, bislang nicht bewilligt worden sind.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat nichts mit dem Gesprächsklima des Ministeriums zu tun, sondern hier geht es einzig und allein um die Einlösung der Zusage, die das Ministerium gegeben hat. Da gibt es nichts mehr zu reden.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Moritz noch einmal.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Wir müssen ja hier einen Beschluss fassen. Ich beantrage folgende Formulierung: Der Rat der Stadt Köln fordert den Minister auf, alle 4 700 Plätze in Köln zu bezuschussen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das soll also die Formulierung der Resolution sein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Erklärung an den Minister!)

Ich habe das dem Minister schon geschrieben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finde ich gut!)

Ich muss dem also nicht mehr zustimmen; denn der Minister wird meine Post schon erhalten.

ten haben. Ich warte jetzt auf seine Antwort und hoffe, dass sie positiv ausfällt.

Ich lasse jetzt über diesen Resolutionsvorschlag abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Es scheint niemand dagegen zu sein. Ich frage aber trotzdem: Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder noch. Dann ist das einstimmig.

Für mich ist das Thema eigentlich schon erledigt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber für die Leute in Köln ist das nicht erledigt!)

Wie gesagt, ich habe dem Minister schon geschrieben. Ich hoffe, dass wir jetzt schnell eine Antwort bekommen.

Ich schicke dem Minister dieses Schreiben; vielleicht hilft es ja, wenn noch ein zweites Schreiben bei ihm eingeht.

Meine Damen und Herren, wir steigen jetzt in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### **1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Zu Tagesordnungspunkt 1.1:

#### **1.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Gemälde „Ich kaufe nichts“, 2004 von Andreas Schulze durch die Galerie Monika Sprüth, Köln 1198/2008**

(Martin Börschel [SPD]: Deswegen ist es auch geschenkt! – Heiterkeit)

Wer für die Annahme ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Bei Nichtteilnahme von pro Köln, wenn ich es richtig verstanden habe, ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.2:

#### **1.2 Schenkung des Lions-Hilfswerks Hanse e.V. zur Finanzierung einer Hilfskraft in Höhe von 6 500 Euro jährlich über die Dauer von 10 Jahren für Finkens Garten 1741/2008**

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so angenommen.

Ich spreche den Spendern im Namen des Rates und der Verwaltung ein ganz herzliches Dankeschön aus.

(Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

### **2. Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.1:

#### **2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität vom 16. - 22.09.2008“ AN/0890/2008**

Dazu erhält zunächst Herr Kron das Wort.

**Peter Kron (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mobilität betrifft alle. Meistens wird Mobilität als etwas Selbstverständliches hingenommen. Die Wahl der Mittel unserer Fortbewegung erfolgt häufig, ohne dass wir bewusst darüber nachdenken. Genau hier setzt unser gemeinsamer Antrag an, nämlich darüber nachzudenken, wie Mobilität erfolgen kann und wie sie zustande kommt. Dies wollen wir allerdings nicht mit erhobenem Zeigefinger tun, sondern mit einem Konzept, das dem Konzept von Rheinland-Pfalz folgt und auf einen hohen Erlebniswert und eine neue Form der Freizeitkultur Wert legt.

Die Menschen sollen sich während der Europäischen Woche der Mobilität bewusst mit diesem Thema auseinandersetzen. Ziel ist, dass man an dieser Woche mit Freude teilnimmt. Dabei soll nach unserer Vorstellung auch deutlich werden, was eine gute Verkehrspolitik für eine Großstadt wie Köln bedeutet, nämlich dass alle Verkehrsarten gleichberechtigt sein müssen. Denn nur so kann die Mobilität von Personen und Gütern gewährleistet werden.

Durch das von der Verwaltung zu erarbeitende Konzept sollen die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Köln verbessert und deren umweltgerechte Mobilität gefördert werden. Es sind Hinweise zum barrierefreien Zugang zu den unterschiedlichen Verkehrsmitteln vorzusehen. Auch der Stellenwert Kölns als fahrradfreundliche Stadt muss herausgehoben werden; denn Fahrräder - das weiß jeder hier - gewinnen als schnelle, umweltfreundliche und leise Verkehrsmittel in der Stadt immer mehr an Bedeutung.

Schließlich ist auch der ÖPNV eine tragende Säule für die großstädtische Verkehrsabwicklung. Wir wollen den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen steigern. Daher soll die Woche der Mobilität auch dazu dienen, neue Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen. Dass damit gleichzeitig den europaweit rasant ansteigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor entgegengewirkt werden kann, ist ein erfreulicher und maßgeblicher Aspekt.

Um diese Ziele auch nachhaltig zu verankern, möchten wir die Teilnahme an der Aktionswoche auch für die Folgejahre festschreiben. Denn das Thema Klimaschutz stellt uns auch in Köln vor Herausforderungen, denen wir nur durch langfristig wirkende Maßnahmen angemessen begegnen können. Die Woche der Mobilität ist eine gute Gelegenheit, Aktionen und Veranstaltungen zum Thema „Klimafreundliche Mobilität“ durchzuführen sowie dauerhafte Maßnahmen, neue Mobilitätsangebote oder auch nachhaltige Verkehrspläne vorzustellen. Institutionen wie zum Beispiel die KVB, insbesondere aber die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei aktiv einbezogen werden. Es sollen jedem Einzelnen praktische Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie beziehungsweise er zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen kann.

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Verwaltungsvorlage darf ich Sie daran erinnern, dass am 20. September der Weltkindertag begangen wird und dass vom 18. bis 21. September die IFMA in Köln stattfindet. Ich sehe hier eine gute Möglichkeit, diese beiden Veranstaltungen mit der Woche der Mobilität zu verbinden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Super! Ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will die von mir genannten Ziele noch einmal kurz in Stichworten zusammenfassen:

- eine neue Form der Freizeitkultur,
- die Bewusstseinsänderung in Bezug auf den Umgang mit umweltgerechter Mobilität,
- die Gleichberechtigung aller Verkehrsarten,
- der barrierefreie Zugang zu den unterschiedlichen Verkehrsmitteln,
- die Stärkung Kölns als fahrradfreundliche Stadt,

- die Gewinnung neuer Fahrgäste für den ÖPNV,
- die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

All das soll durch das Konzept unterstützt und gefördert werden. Wenn das von den Bürgerinnen und Bürgern mit Freude angenommen wird, ist die Intention unseres gemeinsamen Antrags erreicht. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kron. Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Woche der Mobilität wird seit sechs Jahren veranstaltet. Sie soll eine langfristige Verhaltensänderung in Fragen der Mobilität und des städtischen Verkehrs sowie eine Verbesserung der Gesundheit und der Lebensqualität der europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die Woche der Mobilität findet jedes Jahr vom 16. bis 22. September statt. Im letzten Jahr haben sich über 2 000 Kommunen aus ganz Europa daran beteiligt. In diesem Jahr soll nun endlich auch die Stadt daran teilnehmen.

Das Motto dieses Jahres lautet: „Saubere Luft für Alle“. Köln spielt durch die Einführung der Umweltzone im Januar 2008 eine sehr positive Rolle, was die Reduzierung von Luftschadstoffen durch den Verkehr angeht. Allerdings beziehen sich die Regelungen der Umweltzone ausschließlich auf Feinstaub und Stickoxide. Fragen des Klimaschutzes und die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind damit leider nicht verbunden. Es sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei der Verkehr. Die Bürgerinnen und Bürger haben nur indirekt Einfluss auf den Ausstoß von Kraftwerken und die Abgase von Industrieanlagen. In einer Großstadt wie Köln ist die Wahl der Verkehrsmittel in der Regel eine individuelle Entscheidung. Doch für viele Menschen stellt sich diese Frage gar nicht. Sie nutzen für ihre Wege gewohnheitsmäßig selbst dann das Auto, selbst wenn sie ihre Ziele mit anderen umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln besser und schneller er-

reichen könnten. Hier setzt die Europäische Woche der Mobilität an. In einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen sollen die Bürgerinnen und Bürger auf die Alternativen zum motorisierten Verkehr hingewiesen und diese praktisch erfahrbar gemacht werden.

Ein Bestandteil der Woche der Mobilität in Köln soll der autofreie Sonntag sein. An diesem Tag soll deutlich werden, welcher Gewinn an Freiheit, Lebensqualität und besserer Luft damit verbunden sein kann, wenn die Innenstadt einmal nicht vom Autoverkehr dominiert wird. Straßen und Plätze könnten von den Bürgerinnen zu Fuß oder mit dem Rad zurückerobert werden. Unge­stört von Verkehrslärm und Abgasen kann auf der Straße gespielt, flaniert oder zusammengesessen werden. Wie schön die Kölner Plätze wirklich sind und wie nett man sich auf ihnen aufhalten kann, wird wahrscheinlich erst am autofreien Sonntag deutlich. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Tull. Nun hat Herr Dr. Paul das Wort.

**Dr. Michael Paul (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den antragstellenden Fraktionen, Sie haben uns ganz sicher an Ihrer Seite, wenn es darum geht, für unsere Stadt und für die Umwelt vernünftige Lösungen zu erreichen. Sie können aber nicht mit uns rechnen, wenn es um bloße Symbolpolitik geht.

(Beifall bei Teilen der CDU und von Christraut Kirchmeyer [FDP])

Sie können erst recht nicht mit uns rechnen, wenn auch noch Akzente in die falsche Richtung gesetzt werden. Ein autofreier Sonntag, den Sie in Ihrem Antrag fordern, bringt ökologisch überhaupt nichts. Ich denke, darüber sind sich alle, die sich mit der Materie auch nur ein wenig befasst haben, einig. Weder die Luftbelastung noch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß werden dadurch messbar gesenkt. Das zeigen die Daten anderer Städte, die bereits autofreie Tage durchgeführt haben.

Dadurch wird sich auch kein Pendler zum Umsteigen auf Bus oder Bahn bewegen lassen. Zu Ihrer Vorstellung, Frau Tull, dass diese dann zum ersten Mal erfahren, wie es ist, mit der Bahn zu fahren, frage ich: Für wie dumm halten Sie denn die Menschen? Natürlich wissen die Menschen,

wie es ist, sich mit Bus und Bahn fortzubewegen. Wir stehen dafür, dass der Einzelne die Freiheit haben muss, sein Verkehrsmittel selbst zu wählen. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf die bewusste eigene Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Ein Umstieg kann nicht durch einen autofreien Sonntag erreicht werden. Wir sehen ja im Augenblick, dass die hohen Benzinpreise, die vielen Baustellen und andere Dinge die Menschen zum Umsteigen bewegen.

Aus Umweltsicht sind sicherlich in Köln noch verschiedene zusätzliche Maßnahmen für Luftreinhaltung und Klimaschutz denkbar. Wir sehen beispielsweise bei der Energieeinsparung im Gebäudebereich noch große Potenziale. Wenn es um intelligente Mobilitätspolitik geht, bringen verkehrsverstetigende Maßnahmen wie eine optimierte Ampelschaltung wesentlich mehr; denn Staus und Stop-and-go-Verkehr verschmutzen die Luft deutlich mehr als fließender Verkehr. Über solche vernünftigen Maßnahmen können wir gerne reden.

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich setze auch auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz, die wir alle hier im Rat beschlossen haben und auf deren Vorlage wir noch warten. Aufgrund der darin enthaltenen realistischen Grundlage können wir dann weitere Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen.

Ein autofreier Tag dagegen ist keine vernünftige CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahme. Ich will jetzt gar nicht davon reden, dass ein Fahrverbot, wie es Ihnen offensichtlich vorschwebt, überhaupt nicht mit unserem geltenden Rechtssystem vereinbar ist. Die Straßenverkehrsordnung sieht nicht vor, dass solche Fahrverbote verhängt werden können. Es geht auch nicht darum, dass diese „Woche der Mobilität“ auch schon in den letzten Jahren in Köln durchgeführt wurde, aber weitgehend verpufft ist. Ich zitiere Meldungen vom 22. September 2007: „Autofreier Tag, Aktion fast unbeachtet“ oder die *Süddeutsche Zeitung*: „Deutschland verzichtet aufs Verzichtern“. Ich weiß nicht, warum wir das nun auch in Köln machen müssen. Wir müssen doch nicht Fehler wiederholen, die andernorts schon gemacht worden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben gesagt, Sie würden dem Konzept von Rheinland-Pfalz folgen wollen, und haben betont, wie schön das Erleben der Landstraßen und Bundesstraßen in diesem wunderschönen Land sei. Meine Damen und Herren, Boppard und Linz sind nicht Köln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Paris auch nicht!)

Millionen von Menschen besuchen diese Stadt, Gott sei Dank, und das soll auch zukünftig so bleiben. Sie sollen nicht von einem Verkehrschaos an den Grenzen unserer Stadt davon abgehalten werden.

Weder Ökologie noch Ökonomie sprechen also für einen solchen Tag. Es geht vielmehr um ein Symbol. Jetzt fragen wir uns doch einmal, um welches Symbol es sich denn hierbei handeln könnte. So wird die Stadt der Zukunft bestimmt nicht aussehen. Selbst die Utopisten glauben ja nicht, dass wir in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren keinen Autoverkehr mehr in Köln haben werden. Geht es hier also nur um ein neues Freizeiterleben, von dem heute hier schon gesprochen wurde? Wenn dem so ist, muss man sich fragen, ob es das wirklich wert ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, hierbei geht es um etwas ganz anderes. Hier soll ein Zeichen gesetzt werden. Das Auto soll einmal mehr als Sündenbock für die Umweltverschmutzung im Allgemeinen

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dabei ist es das doch gar nicht!)

und für den Klimaschutz im Besonderen herhalten. Dabei wissen Sie, Frau Moritz, genauso gut wie ich, dass der private Kraftfahrzeugverkehr allenfalls zu 5 Prozent zur CO<sub>2</sub>-Belastung beiträgt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Fahrradfahrer sind schuld!)

Wenn wir hier schon über die CO<sub>2</sub>-Belastung reden, dann bitte ehrlich. Meine Damen und Herren von den Grünen, es geht Ihnen einmal mehr darum, das Auto und damit die Autofahrerinnen und Autofahrer in dieser Stadt

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu verteufeln! Ihre Rede ist richtig spannend! Ich hätte die auch halten können!)

- Sie sagen es - zu verteufeln.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Rede, die man in den frühen 70er-Jahren gehalten hat!)

Damit steht dieser Antrag in einer Reihe mit den politischen „Großtaten“ Ihrerseits, wie zum Beispiel eine Busspur auf der Rheinuferstraße einzurichten oder die Bonner Straße zu verengen. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als verkehrspolitischer Steinzeitfundamentalismus.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch ein Satz an meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten. Dass Sie sich von den Grünen wie Ochsen am Ring durch die Stadt ziehen lassen, spricht doch Bände.

Ich nehme an, dass dieser Antrag auch die Zustimmung der Linken finden wird. Das wundert mich natürlich nicht; denn die Linken haben große Erfahrung mit der Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und haben mit Freiheit, allein schon wegen ihrer Vorgängerpartei, nichts am Hut.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Darum sollte sich jeder hier im Saal wirklich genau überlegen, ob er diesem Antrag zustimmt. Wir von der CDU werden dem jedenfalls nicht zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Herr Oberbürgermeister hat es in der Aufsichtsratssitzung selber vorgeschlagen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dazu sage ich gleich noch etwas. Dabei bleibe ich auch. - Frau Kirchmeyer, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Form und Ausdrucksweise dieses Antrages haben mich ausgesprochen überrascht. Der erste Satz lautet:

Die Stadt Köln setzt verkehrspolitisch auf neue Formen der Mobilität sowie der Freizeitkultur mit hohem Erlebniswert.

(Die Rednerin macht einen Pfiff)

Da kann ich nur Anerkennung zollen; denn die das hier beantragen, sind ja sonst eher die Spaßbremsen, die alles beruhigen und verbieten wollen. Nun wollen Sie Freizeitkultur mit einem hohen Erlebniswert einführen - an einem Tag im Jahr. *Super!*

(Zurufe)

Die Erlebniswelt bedeutet: autofrei - ich sehe uns alle schon mit Inline-Skates, Fahrrädern, Rollern und dergleichen durch die Stadt fahren.

(Zuruf: Mit was denn sonst?)

Ich stelle mir gerade vor, was passiert, wenn wir am letzten Tag der IFMA die Innenstadt für den Autoverkehr sperren und der Messeverkehr zum Erliegen kommt.

Die FDP hat sowohl diese Woche der Mobilität als auch die autofreien Tage schon immer abgelehnt. Trotzdem wurden sie jedes Jahr durchgeführt; die Verwaltung hat sich bemüht. Obwohl das nichts gebracht hat - Herr Dr. Paul hat es schon zitiert -, wird hier immer und immer wieder versucht, eine ideologische Bevormundung durchzusetzen.

Ich frage mich, welche Plätze wir an diesem Tag bespielen sollen; denn wir haben doch ein Platzkonzept. Dafür müssen wir doch sicherlich erst den Antrag stellen, diese Plätze bespielen zu dürfen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit „spielen“ meinen Sie Klammern!)

Ich habe mich auch immer wieder gefragt, wer diese autofreien Tage bezahlt. Im Grunde zahlt sie der Autofahrer selbst. Ich darf Sie daran erinnern, dass der Autofahrer Kraftfahrzeugsteuer, Mineralölsteuer, Ökosteuer und Umsatzsteuer zahlt. Diese Gelder fließen überwiegend in den Straßenbau, aber auch in den Radwegebau usw. Ich frage mich daher, ob wir, wenn es einmal keine Autos mehr gibt, wieder auf den Bäumen sitzen. Irgendwo hat alles seine Grenzen. Es wird Sie daher sicherlich nicht verwundern, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmt. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kron.

**Peter Kron (SPD):** Erlauben Sie mir noch einige Sätze, Herr Oberbürgermeister. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Sie die Woche der Mobilität als rot-grünen Blödsinn darstellen, ist Ihr Problem. Ich möchte Sie nur noch einmal daran erinnern, dass es sich um die Europäische Woche der Mobilität handelt, an der sich mehrere Hundert europäische Städte beteiligen, unter anderem auch eine deutsche Stadt, die sich Frankfurt am Main nennt und eine CDU-Oberbürgermeisterin hat. Wir können ihr ja das Redeprotokoll schicken, um ihr mitzuteilen, was die Kölner CDU davon hält. Das ist eine wirklich ernst gemeinte Aktion, die die Menschen zum Mitmachen, zum Nachdenken und zum Umsteigen auf andere Verkehrsmittel anregen soll. Mit Ihren Redebeiträgen haben Sie sich selbst disqualifiziert. Das weiß jeder, der sich mit der Sache befasst.

Noch ein Punkt zum Schluss, um klarzustellen, welchen Unsinn die CDU-Fraktion hier verbreitet:

(Bernhard Ensmann [CDU]: Keine Beleidigungen!)

Sie haben hier zum wiederholten Male behauptet, dass Rot-Grün die Verengung der Bonner Straße initiiert und beschlossen hat.

(Karl Klipper [CDU]: So ist es!)

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir eine Verwaltungsvorlage des Oberbürgermeisters Fritz Schramma beschlossen haben.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Die Alternative wurde vorgestellt. Beschlossen wurde die Verwaltungsvorlage des Oberbürgermeisters. Dieser sind wir gefolgt, nicht mehr und nicht weniger. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Sie hatten schon angekündigt, zu diesem Thema auch noch Stellung nehmen zu wollen. Ich möchte einen Aspekt aufgreifen, den Kollegin Kirchmeyer eben angesprochen hat, nämlich das Platzkonzept. Kollegin Tull hat uns eben vorgeschwärmt, was alles an diesem Tag auf den Kölner Plätzen stattfinden

kann. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, können unsere Plätze - so ist es jedenfalls geplant - dafür nicht herangezogen werden. Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn am Neumarkt auf der Fahrbahn etwas stattfinden dürfte, auf der Platzfläche aber nicht, weil es nach Platzkonzept nicht zulässig ist. Von daher wäre ich Ihnen dankbar, wenn die Verwaltung dazu Stellung nehmen könnte, wie viele der Kölner Plätze an diesem Tag tatsächlich bespielt werden können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja etwas anderes, als Veranstaltungen auf dem Platz auszurichten! - Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Titel des Antrags von Rot-Grün ist insofern irreführend, als Sie von einer Woche der Mobilität reden. Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie den Antrag überschreiben mit der Forderung nach Immobilität. Denn es geht Ihnen gar nicht darum, bestimmte Formen der Fortbewegung zu forcieren oder zu fördern, sondern Sie wollen nur bestimmte andere Formen unterbinden, insbesondere die Pkw-Nutzung.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass Köln insbesondere für Fahrradfahrer attraktiver werden muss. Die Stadt und die Kommunalpolitik haben das Mandat, aktiv dafür einzutreten. Wir haben einen Antrag auf die Tagesordnung setzen lassen, der die Fahrradwege im Stadtgebiet thematisiert und zur Diskussion stellt, was wir dafür tun können, um diese Stadt für Fahrradfahrer noch attraktiver zu machen. Von dieser Seite sollte man das Thema angehen.

Dass Bedarf für eine Initiative besteht, dem stimmen wir zu. Aber der Ansatz, das über die Unterbindung, die Immobilität zu erreichen, ist in sich überhaupt nicht schlüssig. Deshalb sagt meine Fraktion, die Fraktion pro Köln: Es ist richtig, dass hier etwas passieren muss. Die Initiative kann auch ruhig von Rot-Grün ausgehen; das ist ohne Frage ein grünes Thema. Aber den Ansatz, den Sie gewählt haben, halten wir für nicht richtig. Aus diesem Grund enthalten wir uns der Stimme.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Auf den Zuruf von Frau Moritz hatte ich erwidert, dass ich auch noch etwas dazu sagen will. In der Tat habe ich damals, als wir im Messeaufsichtsrat über die IFMA gesprochen haben, angedeutet, dass ich es sehr gut finden würde, wenn wir einen Teilbereich der Stadt einen Tag lang stilllegen könnten. Gerade im Zusammenhang mit der IFMA würde sich das anbieten. Allerdings ist mir vonseiten der Messe mitgeteilt worden, dass das völlig unmöglich sei, weil an diesem Tag natürlich die Besucher zum Messegelände gelangen müssten. Dennoch habe ich das in der Verwaltung prüfen lassen. Die erste Antwort sieht folgendermaßen aus, dass wir die Innenstadt nicht komplett sperren können. Wir könnten allerhöchstens die Schließung - dazu werde ich Ihnen noch ein Konzept vorstellen - gewisser Teilstrecken, also vielleicht den einen oder anderen Straßenzug, von mir aus auch der Zugang zu irgendwelchen Plätzen, so das möglich ist, anbieten. Dieses Konzept wird erarbeitet. Die gesamte Innenstadt zu schließen, wird aber leider nicht möglich sein.

Ganz davon abgesehen und völlig ideologiefrei kann ich allen empfehlen: Wenn Sie die Gelegenheit haben, setzen Sie sich einmal aufs Fahrrad und schauen Sie sich die Stadt aus einer anderen Perspektive an. Das ist auch ein schönes Erlebnis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Deswegen laufe ich nicht gleich zu den Grünen über; nur, damit das klar ist.

(Heiterkeit)

Fahrrad fahren ist ideologiefrei. Es ist eine schöne Freizeitbeschäftigung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch schön zum Dauerfahren!)

- Natürlich. - Wenn es jetzt keine Wortmeldungen mehr gibt, dann lasse ich abstimmen.

(Zuruf von der CDU: Wenn die auch noch richtig fahren würden, dann wäre es gut!)

Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage an Sie, Herr

Oberbürgermeister: Ist es nicht richtig, dass anlässlich des Köln-Marathons quasi die gesamte Innenstadt an diesem Tag gesperrt wird? Es scheint doch Möglichkeiten zu geben, auch wenn man vielleicht ein oder zwei Hauptstraßen für den Durchgangsverkehr offen lassen muss. Dieses Beispiel zeigt doch, dass nicht nur die Kölner Innenstadt, sondern auch der Deutzer Bereich sehr wohl abgesperrt werden kann, und zwar auch an einem sehr populären Tag, wenn viel los ist und Millionen von Bürgern in Köln aktiv und mobil sind. Das Gleiche ist beim Karneval während des Rosenmontagszugs der Fall. Da geht auch quasi nichts in Köln. Auch da besteht also die Möglichkeit. Von daher sollte das hier auch möglich sein. Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Genau das werden wir überprüfen, Herr Dr. Müser. Aber Sie wissen, dass gerade an einem Wochenende, an dem viele Veranstaltungen stattfinden - es wurde hier schon der Weltkindertag genannt -, auch viele Leute unterwegs sein werden. Ich meine damit auch die Aussteller, die mit großen Trucks kommen, um die Bühnen aufzubauen. Auch sie müssen in die Stadt hinein. Wir müssen schon das eine und das andere berücksichtigen. Das lässt sich nicht immer auf eins zu eins glattziehen. Dennoch werden wir uns bemühen, Ihnen Vorschläge zu unterbreiten.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die Verwaltung soll beauftragt werden. Sie hat im Prinzip schon Vorleistungen dazu erbracht und wird Ihnen in Kürze ein Konzept dazu vorlegen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die SPD, die Fraktion der Grünen, die Linke, Herr Dr. Müser und Frau May.

(Winrich Granitzka [CDU]: Der Oberbürgermeister hat gerade einen neuen Vorschlag gemacht! Das ist nicht Euer Antrag! Der hat einen neuen Antrag gemacht! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir haben hier über unseren Antrag abgestimmt!)

Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Bei pro Köln.

(Winrich Granitzka [CDU]: Er hat einen neuen Antrag gestellt! - Jochen Ott [SPD]: Was ist denn jetzt? Können wir kurz erfahren, wie die CDU abgestimmt hat? - Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben dem Antrag des Oberbürgermeis-

ters zugestimmt! Wir stimmen nicht Eurem Antrag zu!)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang bitte ich unsere Verkehrsplaner, Folgendes zu unterstützen: Wir sollten unbedingt auf Freiwilligkeit pochen, und zwar durch einen verstärkten Appell. Das ist zwar keine hundertprozentige Lösung, in der Bevölkerung gibt es aber immer mehr ein Bewusstsein dafür, sodass wir appellieren sollten: Lasst doch das Auto an diesem Wochenende stehen! Auch wir vonseiten der Verwaltung werden das verstärkt tun.

(Jochen Ott [SPD]: Können wir kurz für das Protokoll festhalten, ob die CDU dem Antrag von Rot-Grün zustimmt oder nicht? - Gegenruf von Winrich Granitzka [CDU]: Nein, haben wir nicht! - Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Aber der Oberbürgermeister hat ja gar keinen Antrag gestellt! - Weiterer Gegenruf von Winrich Granitzka [CDU]: Doch, das habe ich so verstanden! - Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Herr Granitzka, das ist ein Missverständnis. Ich hatte lediglich das Ergebnis der Prüfung bekannt gegeben. Aber deswegen brauchen Sie dem hier vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen. Das, was ich angekündigt habe, wird aber als Ergebnis herauskommen. Sie können auch dagegen stimmen. Also: Die CDU stimmt dagegen.

(Heiterkeit - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der OB hat ihn aus der Schlinge gezogen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

#### **2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn; Beschluss des Verkehrsausschusses“ AN/0827/2008**

Vonseiten der Antragsteller spricht Herr Klipper, bitte schön.

**Karl Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Normalerweise ist Verkehr nicht mein Thema. Gestatten Sie mir an dieser Stelle, Herrn Karsten Möring die besten Genesungswünsche zu übermitteln.

(Allgemeiner Beifall)

Er hat sich ja einer schweren Operation unterziehen müssen und ist nun auf dem Wege der

Besserung, aber noch nicht ganz wieder auf dem Damm. Ansonsten würde er heute zu diesem Thema sprechen.

Ich möchte Ihnen noch einmal erläutern, warum wir diesen Antrag stellen. Herr Oberbürgermeister, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich einige Passagen aus dem Protokoll der Sitzung vom 24. April 2008 zitieren, und zwar zum Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Tieferlegung der Rheinuferstraße. Das erste Zitat beinhaltet eine Aussage von Herrn Streitberger:

Wir haben eine Geschäftsgrundlage, und zwar die Beschlüsse des Rates. Auf dieser Grundlage führen wir unsere Arbeit durch. Wenn Sie uns beauftragen, können Sie sich darauf verlassen, dass wir Ihre Aufträge ernst nehmen und entsprechend umsetzen.

Das zweite Zitat stammt vom Herrn Kämmerer. Er hat damals gesagt:

Das war ein von mir unterschriebenes Schreiben der Kämmereiverwaltung, in dem wir gegenüber der KVB die Meinung vertreten haben, dass die Ausschreibung nicht veröffentlicht werden kann, wenn es Unsicherheiten in Bezug auf eine mögliche Beeinträchtigung der zweiten Baustufe gibt, weil dieses Vergabeverfahren Bindungswirkung erzeugt.

Die Stadt will sich nicht Regressforderungen ausgesetzt sehen.

Lassen Sie mich ein Drittes anführen: Im Beschlussprotokoll des Verkehrsausschusses vom 22. April sind neun Punkte aufgeführt, von denen sieben durch ein zusätzliches Gutachten, das die Auswirkungen der Varianten darstellen soll, abgearbeitet werden sollen. Ich will Ihnen einige Punkte nennen: Förderungsfähigkeit der verschiedenen Alternativen, Herausarbeitung der Teile der ursprünglichen Variante aus dem Jahr 2000 und der provisorische Bau der zweiten Baustufe inklusive Ausbau der Variante Bayenthalgürtel.

Wenn Sie diesen Beschluss aufrechterhalten, meine Damen und Herren, ist es nicht möglich, die zweite Baustufe auf den Weg zu bringen, weil dazu die Freigabe durch den Kämmerer erfolgen muss. Der Kämmerer beziehungsweise die Kämmereiverwaltung wird die Ausschreibung aber nur dann befürworten, wenn keine Regressforderungen zu befürchten sind. Das ist aber

nicht der Fall. Deswegen ist es erforderlich, den Beschluss des Verkehrsausschusses dahingehend zu modifizieren, dass alle Punkte, die mit den Varianten zu tun haben, aufgehoben werden und klarzustellen, dass an der bisherigen Variante festgehalten wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das auch begründen. Sie sagen: Das können wir im Verkehrsausschuss gar nicht beschließen; denn hinten herum hat man sich längst geeinigt, dass man das zurückziehen will. Herr Böllinger hat dargestellt - das stand auch in der Vorlage der Verwaltung -, dass wir, wenn wir an der Zielsetzung festhalten, die erste und zweite Baustufe gleichzeitig fertigzustellen, ein Zeitrahmen von drei Monaten haben. Von diesen drei Monaten sind mittlerweile mehr als zwei Monate vergangen. Es darf nichts dazwischen kommen wie eine Insolvenz bei einem kleinen Subunternehmen oder eine technische Verzögerung. Das hätte nämlich zur Folge, dass die zweite Baustufe nicht zeitgleich mit der ersten Baustufe fertig gestellt werden könnte. Das wäre eine Katastrophe. Wir hätten dann einen Tunnel, der nicht benutzt werden könnte, weil die zweite Baustufe noch nicht abgeschlossen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Dass diese Sache geprüft worden ist, können Sie dem Zitat von Herrn Böllinger entnehmen. Herr Böllinger ist nun wirklich nicht parteigesteuert, wie es ihm von Herrn Börschel nachgesagt wird. Er hat hier damals gesagt:

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Ursprungskonzeption vorsah, die heutige Niederflurlinie 15 über den Gürtel bis hin nach Wesseling fahren zu lassen, um damit ein verstärktes Verkehrsangebot zu bieten. Das ist durch diese Entscheidung schlicht und ergreifend obsolet.

Damit sind auch alle anderen Varianten obsolet. Es kann nur eine Variante realisiert werden, nämlich die, die Frau Moritz immer als das „Oelmann-Schwänzchen“ bezeichnet.

Ich fordere Sie hiermit dringend auf, den Beschluss des Verkehrsausschusses bezüglich der Varianten aufzuheben, damit der Kämmerer endlich die Ausschreibung für die zweite Baustufe machen kann. Ohne diese bekommen wir die unterirdische Stadtbahn nicht hin. Es wird dann zu Verzögerungen kommen. Wenn Sie jetzt noch einmal zwölf Tage warten, um darüber erst in ei-

ner Sondersitzung zu beraten, sind das zwölf Tage vergebene Liebesmüh. Ich kann Ihnen heute schon garantieren, dass Sie alle Beschlüsse, die Sie mit Ihrer Mehrheit im Verkehrsausschuss gefasst haben, in der Sondersitzung am 10. oder 12. Juni aufheben werden müssen. Deswegen wäre es besser, heute zu sagen, dass die Beschlüsse zu diesen Punkten - Ihr Antrag war ja damals ein Abwehrantrag gegen einen CDU-Antrag - wieder aufgehoben werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. Herr Kron, bitte.

**Peter Kron (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es drängt sich die Frage natürlich nicht jedem auf, was heute eigentlich mit der CDU-Fraktion los ist - der nächste „Klops“ folgt jetzt bei Punkt 2.1.2.

Nehme ich das, was auf dem Papier steht, zu wörtlich? Denn Herr Klipper hat eben ausgeführt, dass irgendwelche neue Varianten gebaut werden sollen. Davon ist überhaupt nicht die Rede. Die Beschlusslage sagt eindeutig, wie gebaut werden soll. Außerdem gibt es die Beschlusslage des Verkehrsausschusses, die besagt, dass ein Gutachten vorzulegen ist.

(Karl Klipper [CDU]: Ja!)

Sie fordern jetzt, dieses Gutachten nicht erstellen zu lassen. Das sagt Ihr Antrag aus, nicht mehr und nicht weniger.

(Karl Klipper [CDU]: Nein!)

Ihr Antrag kann aber gar nicht beschlossen werden, weil das Gutachten schon vorliegt. Man kann nicht beschließen, ein Gutachten, das bereits vorliegt, nicht zu erstellen.

(Jochen Ott [SPD]: Bei der CDU geht alles!)

Auf Initiative des Beigeordneten Streitberger - noch einmal vielen Dank dafür - haben die verkehrspolitischen Sprecher mit Frau Manderla von der CDU, Vertreter der Verwaltung, Amtsleiter, Herr Streitberger und Vertreter der KVB darüber beraten und das Verfahren vereinbart, dass am nächsten Montag, am Tag des Ordentlichen Ausschusses, dieses Gutachten vorgelegt wird. Das ist so beschlossen.

(Josef Müller [CDU]: Ein erneutes Gutachten!)

Wenn wir es dann gelesen haben, werden wir am 11. Juni in einer Sondersitzung über dieses Gutachten diskutieren.

(Karl Klipper [CDU]: Ja, und dann kriegen Sie erst die Freiheit!)

Sie wollen dieses Gutachten jetzt nicht erstellen lassen,

(Karl Klipper [CDU]: Sie kennen doch den Inhalt!)

obwohl es schon am Montag vorgelegt wird. Von daher kann man diesen Blödsinn nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Kirchmeyer, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema verfolgt uns nun schon seit längerer Zeit. Auch in der letzten Sitzung haben wir darüber ausgiebig diskutiert. Ich finde es sehr schade, dass das ganze Projekt stockt, weil die Ausschreibungsgelder immer noch zurückgehalten werden. Der Finanzausschuss hat darüber in dieser Woche leider nicht beschlossen. Wenn ich mich recht erinnere, Herr Kron, haben wir an dem Tag, als wir uns getroffen haben, gesagt, dass wir versuchen werden beziehungsweise wollen, dass die Gelder freigegeben werden, damit die Ausschreibung nicht länger zurückgehalten wird. Sie werden jedoch immer noch zurückgehalten!

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich in diesem Zusammenhang den Eröffnungstermin der beiden Baustufen heute schon als äußerst gefährdet ansehe. Wir werden sehen, was daraus wird. Ich möchte Sie, Herr Oberbürgermeister, bitten, Herrn Streitberger dazu kurz das Wort zu erteilen. Vielleicht kann er zur Aufklärung sachdienlich beitragen. Danke schön.

(Beifall bei Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. Das werde ich gerne tun. Herr Kollege Streitberger, bitte.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben über dieses Thema im letzten Verkehrsausschuss sehr intensiv und sehr ausführlich diskutiert und dann einen Beschluss gefasst; es gibt eine Beschlusslage des Verkehrsausschusses. Wir sind mitten in der Erarbeitung der Vorlage, die uns von diesem abverlangt worden ist.

Wie schon von Herrn Kron erwähnt, hatten wir am Montag dieser Woche eine Besprechung mit den verkehrspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Fraktionen, an der auch die KVB teilgenommen hat. Dabei haben wir noch einmal die innere Struktur dieser Vorlage und die jeweiligen Inhalte besprochen. Wir haben verabredet, uns noch einmal am kommenden Montag, also dem Datum der ursprünglich vorgesehenen Sitzung, zu treffen, um dann die Vorlage zu übergeben, und zwar kommentiert. Ich halte es nämlich für ziemlich wichtig, dass wir zu den einzelnen Inhalten noch einiges ausführen.

Des Weiteren haben wir eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses verabredet, und zwar am 11. Juni, um 20 Uhr. Ich denke, das wird eine interessante Sitzung werden. Es gibt viel zu debattieren; denn das ist eine sehr umfängliche Vorlage. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir nach der Sitzung am 11. Juni, 20 Uhr, einen Status haben, auf dessen Grundlage wir weiterarbeiten können. Ich erwarte auch, dass der Kämmerer daran anschließend die Mittel zur Ausschreibung freigeben wird.

(Zuruf von der CDU: Jeder Tag ist ein Tag zu viel!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Streitberger. Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ich mache mal einen Vorschlag!)

Auch ein Vorschlag ist eine Wortmeldung. Bitte schön, Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Vielleicht können wir uns darauf einigen, diesen Antrag in die Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 11. Juni zu schieben. Entweder wird er sich dann erledigt haben, oder wir werden darüber abstimmen müssen. Ich weiß nicht, wie die Kollegen von der CDU das sehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Die Frage ging an die CDU-Fraktion. Bitte, Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind damit einverstanden. Wenn die SPD dem auch zustimmt, können wir das jetzt auf diese Weise vom Tisch bringen.

(Beifall bei Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Kron, bitte.

**Peter Kron (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wird ja immer toller. Jetzt sollen wir einen Antrag - soll ich es noch zwei weitere Mal sagen? -, in dem gefordert wird, kein Gutachten erstellen zu lassen,

(Josef Müller [CDU]: Kein weiteres Gutachten!)

in die Sitzung schieben, in der dieses Gutachten vorgelegt wird. Ich glaube, irrer geht es wohl nicht.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken.Köln)

Darüber hinaus habe ich noch eine Frage an Herrn Streitberger. Meines Erachtens - so habe ich jedenfalls die Äußerungen der Verwaltung verstanden - stockt bis zur Sommerpause noch gar nichts. Wenn die bisherige Planung fortgeführt wird und alles in normalen Bahnen läuft, ist die Deadline nicht gefährdet. Auch Freigaben oder Insolvenzen von Unternehmen stehen nicht zur Debatte, Herr Klipper. Trifft es zu, dass bis zur Sommerpause alles noch in trockenen Tüchern ist?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ehe Herr Streitberger Ihre Frage beantwortet, will Herr Klipper noch etwas sagen.

**Karl Klipper (CDU):** Herr Kron, erstens ist damals von Herrn Böllinger ausgeführt worden, dass wir dafür genau drei Monate Zeit haben.

(Zuruf)

- Lassen Sie mich bitte aussprechen. - An der Baustufe 1 wird weitergemacht. Hier geht es aber um die Ausschreibung, wofür wir drei Monate Zeit haben, um die Zielsetzung, die erste und zweite Baustufe gleichzeitig in Betrieb zu nehmen, erfüllen zu können. Diese Aussage haben sowohl Herr Streitberger als auch Herr Böllinger von der KVB gemacht. Von diesen drei Monaten sind mittlerweile mehr als zwei Monate vergangen, ohne dass eine Ausschreibung erfolgt ist. Das ist der Grund dafür, weshalb ich zitiert habe, was der Kämmerer und Herr Streitberger in der letzten Sitzung dazu gesagt haben. Herr Kron, Ihr Antrag erfordert ein zusätzliches Gutachten. Herr Börschel hat sogar gefordert, dieses von einem Externen erstellen zu lassen. Nachher haben Sie das noch etwas relativiert und, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, dass mit Bordmitteln alle Pro- und Contra-Argumente zusammengetragen werden sollten.

Ich habe hier gesagt - ich hoffe, Sie haben mir richtig zugehört -, dass die Punkte, bei denen es um die Varianten geht, aufgehoben werden sollten. Denn es gibt keine andere Variante als das „Oelmann-Schwänzchen“. Deswegen steht das in unserem Antrag. Über alle anderen Sachen, die unabhängig von der zweiten Baustufe sind, sei es eine Tieferlegung, sei es der Ausbau zur Sechsspurigkeit, kann man diskutieren; das können wir später machen. Ich habe den Herrn Kämmerer und Herrn Körber eben noch einmal gefragt, ob die Zustimmung vorliegt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber da steht doch etwas völlig anderes drin!)

In Ihrem Antrag steht - ich lese vor -:

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Die Förderungsfähigkeit der verschiedenen Alternativen soll untersucht werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben den falschen Antrag! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Karl, Euer Antrag hat *einen* Satz!)

- Diesen habe ich eben variiert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon wissen wir nichts! Wir stimmen darüber ab! - Jochen Ott [SPD]: Ach, der ist jetzt anders?)

- Nein, Herr Frank. Wir sind doch lange genug Mitglieder dieses Rates, um zu wissen, dass ein Antrag variiert werden kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mal so, mal so! Man weiß es nicht!)

Ich habe eben gesagt, dass die Punkte, die die Varianten betreffen, aufgehoben werden sollen. Über alle anderen Punkte, die in dem Antrag stehen, können wir gerne noch einmal sprechen.

(Jochen Ott [SPD]: Also es gibt einen schriftlichen Antrag, und der wird jetzt auch gestellt!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Diese Möglichkeit steht jeder Fraktion frei; das ist unbestritten. Ich glaube, wir alle hier sollten jetzt eine Frage klären; denn diese ist für uns alle hier im Rat wichtig: Laufen wir Gefahr, durch weitere 14 Tage der Untätigkeit eventuell in eine Risikosituation zu kommen? Verwirft das etwas? Diese Fragen kann Herr Streitberger sicherlich am besten beantworten. Wenn das so sein sollte, müssten wir uns überlegen, ob wir nicht mit anderen Formulierungen an dieses Thema herangehen sollten.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben immer gesagt, dass wir Zeit verlieren. Das ist ganz eindeutig. Die Zeit, die wir im Augenblick verlieren, ist die Zeit, die wir als Sicherheitspuffer vorgesehen hatten. Das sind ungefähr zwei Monate; das ist der Zeitraum, den wir jetzt ungefähr für die Diskussion dieser Fragen gebraucht haben. Im künftigen Zeitplan wird dieser Sicherheitspuffer nun fehlen. Wir werden sehen, ob wir an anderer Stelle noch Sicherheiten gewinnen können. Es gibt immer die Möglichkeit, durch Beschleunigungsmaßnahmen Zeit herauszuholen. Aber das kostet Geld; das muss man deutlich sagen.

Es gibt bei Projekten dieser Art und Größenordnung immer das Risiko, dass Verzögerungen eintreten. Deswegen ist es gut, Sicherheiten im Fahrplan einzubauen. Diese Sicherheiten werden wir jetzt nicht mehr haben. Aber, Herr Oberbürgermeister, man muss auch sagen, dass es Verabredungen zwischen allen Beteiligten gibt. Diese 14 Tage bis zum 11. Juni machen jetzt den Kohl auch nicht mehr fett.

Wir müssen die Dinge, die uns abverlangt werden, auch vernünftig erarbeiten können. Damit

sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Augenblick beschäftigt. Sie werden hoffentlich bis Montag alles zusammenstellen. Das ist sicherlich mit Wochenendarbeit verbunden, damit die Unterlagen fertig werden. Dann brauchen auch die Fraktionen sicherlich Zeit, um das vernünftig beraten zu können. Deswegen galt die Vereinbarung zum 11. Juni zur Sondersitzung. Danach aber brauchen wir bitte Klarheit, meine Damen und Herren.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Noch einmal konkret nachgefragt, Herr Streitberger: Würde es Ihnen, wenn wir heute „Go“ sagen, für Ihre Ausschreibung helfen? Könnten Sie dann am Montag die Ausschreibung vornehmen?

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Ja, wir haben alles vorbereitet. Wenn vonseiten des Rates heute entschieden würde, dass das ausgeschrieben wird, würde uns das natürlich helfen. Selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann kann ich nur empfehlen, dass sich die Fraktionen auf die entsprechende Formulierung des Textes einigen. Ich denke, dass das, was wir hier verhindern müssen, ist, unnötig ein Risiko einzugehen, das eine Verzögerung nach sich zieht.

(Andreas Köhler [CDU]: Kostet nur Geld!)

Das ist aber jetzt Ihre Sache.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

- Herr Ott, Sie haben eben gehört, dass es dazu eine Änderung gibt. Das ist durchaus möglich und auch üblich. Das kann so gemacht werden. - Könnten Sie den Antrag anders formulieren, Herr Klipper?

**Karl Klipper (CDU):** In unserem schriftlich formulierten Antrag hieß es, dass der Beschluss des Verkehrsausschusses aufgehoben werden sollte. Ich habe eben darum gebeten, die Punkte des Beschlusses des Verkehrsausschusses, die die Varianten betreffen, herauszunehmen; denn durch die Äußerungen von Herrn Böllinger und auch von Herrn Streitberger im Verkehrsausschuss haben sich diese Punkte geklärt. Darauf

habe ich am Anfang meines Beitrages hingewiesen.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/  
Die Grünen])

Das ist doch gar keine Änderung, sondern eine Ergänzung, nämlich dass das Gutachten diese Punkte nicht mehr miteinbeziehen muss. Die Redebeiträge von Herrn Böllinger, Herrn Streitberger und dem Stadtkämmerer haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass es keine andere Variante gibt als das „Oelmann-Schwänzchen“, wenn ich einmal den Ausdruck von Frau Moritz verwenden darf. Deswegen könnten wir das heute beschließen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Können Sie mir mal eben helfen? Ich brauche eine Antragsformulierung, über die ich abstimmen lassen kann. Konzentrieren Sie sich einmal auf den Inhalt. Wenn Sie zum Beispiel heute den Auftrag geben, dass die Ausschreibung gemacht werden soll, kann man dazu Ja oder Nein sagen.

(Ulrich Breite [FDP]: Jawohl!!)

Dann müssen Sie es aber auch formulieren. Das ist doch nicht mein Antrag. - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Ich mache es Ihnen ganz leicht. Damit wir nachher ordentlich abstimmen können, stellen wir einen Zusatzantrag, einen zweiten Absatz über den wir dann getrennt abstimmen können. Der zweite Absatz lautet: Der Rat der Stadt Köln fordert den Kämmerer auf, die Mittel für die Ausschreibung der zweiten Baustufe freizugeben.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann lasse ich darüber zuerst abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln und Petra May ist der Zusatzantrag von Herrn Sterck, der einen zusätzlichen zweiten Absatz beinhaltete, abgelehnt.

(Ralph Sterck [FDP]: Das darf doch wohl nicht wahr sein! Das ist doch Sabotage, was hier betrieben wird! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also pass' mal auf:

Wenn Ihr so einen dämlichen Antrag stellt und euch im letzten Moment einfällt, dass der beschauert ist, dann - -! - Gegenruf von Josef Müller [CDU]: Wie oft macht *Ihr* das? - Ralph Sterck [FDP]: Wir sollen auf die Argumente hören, die hier gefallen sind! Ihr seid so flexibel wie eine Bahnschiene!

Nun lasse ich über den ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind die CDU, die FDP und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Von der SPD, den Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Pro Köln und Frau May enthalten sich. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Unruhe)

Die Situation stellt sich wie folgt dar: Die Verwaltung ist jetzt aufgefordert, mit der Ausschreibung noch zu warten. Wir werden also frühestens in 14 Tagen auf dieses Thema zurückkommen.

Nun kommen wir zu:

**2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Beleuchtung in öffentlichen Grünanlagen zur Beseitigung von Angsträumen und zur Sportnutzung“  
AN/0705/2008**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion  
AN/1068/2008**

Es spricht Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag unternehmen wir einen weiteren Versuch, obwohl alle demokratischen Fraktionen eigentlich schon einmal zugestimmt haben, dies jetzt auf die Schiene zu bekommen. Vielleicht haben wir mehr Glück als gerade bei dem letzten Antrag.

Eine Redensart sagt: Papier ist geduldig. – Die Geschichte zu dem nun vorliegenden Ratsantrag lehrt uns: Ratsbeschlüsse sind manchmal noch geduldiger.

Erstmals am 30. Oktober 2001 stellten CDU und FDP im Sportausschuss den Antrag zur Errichtung je einer beleuchteten Joggingstrecke auf der rechts- und der linksrheinischen Seite. Die SPD-Fraktion stellte dazu einen nützlichen Zusatzantrag. Beide Initiativen wurden einstimmig angenommen.

Der Bedarf für die beleuchteten Laufstrecken ist eindeutig gegeben. Der Laufsport in seiner ganzen Vielfalt ist zu dem Feierabendsport in Deutschland schlechthin geworden, der ganzjährig betrieben werden kann, um den ganzen Alltagsstress abzuschütteln. Selbst die Kinderwagenindustrie musste sich darauf einstellen und erfand den dreirädrigen joggingtauglichen Kinderwagen. Ohne diese Laufbewegung wäre der Köln Marathon gar nicht denkbar.

Abgesehen von der weit draußen liegenden Strecke rund um den Fühlinger See fehlt auf beiden Rheinseiten eine durchgängig beleuchtete Laufstrecke. Dies wurde immer wieder insbesondere von laufbegeisterten Frauen moniert, die gerade in den Herbst- und Wintermonaten pechschwarze Abschnitte durchlaufen müssen, auf denen eigentlich nur ein oder zwei Laternen fehlen, um wieder im Licht zu laufen.

Wir Sportpolitiker meinen – und da darf ich wohl alle Fraktionen einschließen –, dass das nun wirklich nicht sein muss, meine Damen und Herren.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen] diskutiert mit Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] und Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

– Frau Tull, ich versuche, mit meinen Argumenten auch Sie zu überzeugen. – Das gelingt mir anscheinend nicht, Herr Oberbürgermeister.

(Andreas Köhler [CDU]: Die sind noch beim letzten Tagesordnungspunkt, Uli!)

Über den Beschluss zur Errichtung von zwei beleuchteten Joggingstrecken freuten sich viele Laufbegeisterte in Köln. Es freuten sich aber auch Lokalredakteure, die schon einmal die Strecken abliefen und uns sagten, wo hier und da eine Leuchte fehle.

Und was passierte? Nichts. So ging ein Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters nach dem anderen ins Land. Immer wieder gab es Nachfragen – mal von der SPD, mal von der CDU, mal von den Grünen und auch von der FDP –: Wo bleibt denn die Beleuchtung? – Die Antwort der Verwaltung blieb immer gleich: Schwierig, schwierig.

Wenn sie nicht gestorben sind, würden sie immer noch fragen und warten – wenn, ja wenn da nicht der Bürgerhaushalt gekommen wäre. Denn die Kölner Bürger setzen die Forderung nach den beleuchteten Joggingstrecken ganz hoch auf die Prioritätenliste. Und es wurde Licht – nicht ganz;

immerhin wurden aber die Planungskosten von 25 000 Euro je Laufstrecke in den Haushalt eingestellt.

Ich kann davon ausgehen, dass eine große Ratsmehrheit, die ihren Willen zur Errichtung der zwei beleuchteten Laufstrecken so eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, nicht noch einmal sieben Jahre auf die Umsetzung warten will. Darum sollten wir alle gemeinsam vorhandene Fallstricke aus dem Weg räumen.

Der FDP ist nämlich aufgefallen, dass ein schon seit 1982 bestehender Beschluss, der im Jahr 2004 noch einmal bestätigt wurde, der Errichtung der beleuchteten Laufstrecken entgegensteht. Dieser Beschluss untersagt grundsätzlich die Beleuchtung von öffentlichen Grünanlagen und lässt als einzige Ausnahme zu, dies zu tun, wenn die entsprechende Grünanlage die einzige Möglichkeit darstellt, zwischen zwei Punkten zu verkehren.

Dabei darf nur die kürzeste Wegstrecke beleuchtet werden. Ziel und Zweck von Langstreckenläuferinnen und -läufern ist bedauerlicherweise gerade nicht der kürzeste Weg von A nach B. Da haben wir ein Problem.

Ich möchte die lauterer Beweggründe dieses Beschlusses nicht in Zweifel ziehen. In seiner Radikalität steht er aber für unser aller Ansinnen, das wir im Sportausschuss geäußert haben, für die Laufkultur in Köln etwas Sinnvolles zu installieren, entgegen. Im Übrigen passt er in seiner Rigorosität eigentlich auch nicht zu der rheinischen Mentalität, sich immer ein Hintertürchen offenzulassen.

Für alle nicht Sport- und Laufbegeisterten hat die FDP-Fraktion in ihrem Antrag noch ein zusätzliches gewichtiges Argument aufgeführt: Der Rat der Stadt Köln engagiert sich stark dafür, öffentliche Angsträume – insbesondere, aber nicht nur, für Frauen – abzubauen.

Um sofort ein Totschlagargument auszuräumen: Bei der Beleuchtung von Wegstrecken zum Abbau von Angsträumen geht es nicht darum, ganze Grünanlagen oder gar Waldstücke nachts hell zu erleuchten. Das ist purer Unsinn und wird dem Ernst des Themas auch nicht gerecht. Wir sollten hier eine kölsche Lösung finden: immer nur da, wo es tatsächlich dringend nötig ist.

Unser Antrag verbindet das Schöne, nämlich beleuchtete Laufstrecken, die wir alle wollen, mit dem Nützlichen, dem Abbau von Angsträumen.

Wir müssen nur diesen einen Fallstrick hier lösen.

Darum haben wir diesen Antrag gestellt; denn die Menschen, die das beantragt haben, woraufhin jetzt das Geld für die Planung – einzig und allein für die Planung – eingestellt worden ist, sollen beim Bürgerhaushalt nicht erwarten müssen, dass die Verwaltung wieder sagt: Es ist zu schwierig; wir können das nicht machen.

Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. – Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Gärtner gemeldet.

**Ursula Gärtner (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP spricht mit ihrem Antrag ein Thema an, das auch Anliegen der CDU ist. Über ihren Antrag waren wir allerdings verwundert, weil die Idee nicht von der FDP stammt, sondern Kölner Bürgerinnen und Bürger sie im Rahmen des Bürgerhaushalts vorgebracht haben.

(Beifall bei der Linken.Köln – Ralph Sterck [FDP]: Herr Breite hat das eben doch genau geschildert!)

– Das hat er aber bestätigt. – Der entsprechende Vorschlag wurde im Sportausschuss am 1. April dieses Jahres beraten und für gut befunden.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber 2001 wurde es vorgelegt! Sie haben doch hoffentlich zugehört!)

Wir von der CDU-Fraktion werden diesen Antrag bei der Haushaltsplanberatung am 24. Juni 2008 auch unterstützen.

Der Antrag der FDP wäre also eigentlich überflüssig. Das hat Herr Breite gerade an sich auch selber belegt. Da er aber nun einmal in der Welt ist, sollten wir uns allerdings auch mit diesem Thema beschäftigen.

Weil dieser Antrag aber etwas dünn ist, haben wir dazu einen Änderungsantrag gestellt, auf den ich gleich noch eingehen werde.

Warum halten wir beleuchtete Laufstrecken grundsätzlich für sinnvoll? Das Projekt „Sport in Metropolen“ hat noch einmal deutlich gemacht,

dass 75 Prozent der Sporttreibenden organisiert Sport treiben. Dabei spielt vor allem das Laufen in unterschiedlichster Ausprägung – Jogging, Walking, Nordic Walking – eine herausragende Rolle.

Die zunehmende Beliebtheit des Laufsports ist leicht zu erklären. Viele Menschen haben wenig Zeit für Bewegungssport, und Laufen kann ohne große Vorbereitung und großen Aufwand flexibel ausgeübt werden.

Viele Kölnerinnen und Kölner haben nur in den Abendstunden Zeit, sich sportlich zu betätigen, scheuen sich jedoch, im Dunkeln durch Parkanlagen zu laufen – übrigens nicht nur aus Angst um ihre Sicherheit, sondern auch wegen erhöhter Sturzgefahr.

Aber nicht nur für Sportler wäre es schön, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit noch die schönen Parkanlagen in unserem in vielen Bereichen so grünen Köln nutzen könnten. Auch Spaziergehen in den Abendstunden zu jeder Jahreszeit ist für Berufstätige wünschenswert.

Daher streben wir mit unserem Änderungsantrag eine generelle Überprüfung an, welche Parks für eine Beleuchtung sinnvollerweise in Betracht kämen.

Hier stellt sich allerdings die Frage: Wer soll das bezahlen? Dazu sagt der FDP-Antrag nichts. Wir schlagen daher zum einen vor, ein Sponsoring zu initiieren. Als Beispiel sei hier ein Modell aus Duisburg genannt, wo ein Benefizlauf stattgefunden hat.

Des Weiteren möchten wir kostengünstige Möglichkeiten wie den Einsatz von Bewegungsmeldern bzw. alternative Finanzierungskonzepte wie die Aktivierung von Beleuchtungen mittels Handy prüfen lassen. Ein solches Projekt gibt es zum Beispiel bereits im Lemgo.

Wir bitten um Unterstützung unseres Änderungsantrages.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Gärtner. – Herr Bacher, bitte.

**Götz Bacher (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eines muss man Ihnen lassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Sie sind enorme Frühstarter. Kaum

dass Schwarz-Gelb in Düsseldorf aus strategischen Gründen den Kommunalwahltermin vorverlegt hat, stehlen Sie sich aus der Haushaltsverantwortung und machen nun hier die Sause.

Auch dieser Antrag ist wieder einmal Wahlkampf pur. Populäre Forderungen ohne ein Wort zur Finanzierung, kein Hinweis zu den zu erwartenden Kosten, geschweige denn nur die winzigste, klitzekleine Anmerkung zu einer möglichen Deckung! Sie scheinen jede Bodenhaftung verloren zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag macht wieder einmal mehr als deutlich: Die FDP sagt Nein zu einem Doppelhaushalt 2008/2009, sagt Nein zu einem möglichen Haushaltsbündnis der großen Fraktionen, verabschiedet sich aus jeglicher Verantwortung und scheint ihr Heil in der Flucht zu suchen.

Verehrte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der FDP, so geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Auch Sie werden am Ende darlegen müssen, woher Sie die Mittel für solche Maßnahmen nehmen wollen, die Sie mit diesem Antrag lautstark fordern.

Damit gefährden Sie bei all Ihrem Wahlkampfgetöse darüber hinaus auch noch die Glaubwürdigkeit unseres Bürgerhaushalts; denn mit den Forderungen aus Ihrem Antrag greifen Sie wahllos einen Vorschlag heraus und wollen vorab darüber entscheiden, obwohl Sie genau wissen, dass die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in Kürze in ihrer Gesamtheit zur abschließenden Beratung anstehen.

Es muss Ihnen doch klar sein, dass Sie mit diesem populistischen Vorgehen alle übrigen Vorschläge abwerten und das Bürgerhaushaltsverfahren damit zu Unrecht politisieren.

Im Rahmen der Beratungen zum Bürgerhaushalt werden wir entscheiden, ob wir hier und da Ausnahmen von unserem Grundsatzbeschluss zulassen – die dieser im Übrigen auch schon immer zuließ.

Von daher werden wir Ihren Antrag sowie in Konsequenz auch den CDU-Änderungsantrag ablehnen und damit zudem gewährleisten, dass über alle Bürgervorschläge unter einheitlichen Voraussetzungen und finanziell verantwortbar entschieden wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Bacher. – Herr Brust, bitte.

**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir hatten hier einmal die Verabredung, dass wir den Bürgerhaushalt nicht als Steinbruch für eigene Anträge missbrauchen, um damit Wahlkampf zu machen.

(Helmut Jung [CDU]: Damit haben Sie aber schon reichlich gebrochen! – Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

– Nein, Herr Breite. Sie behaupten in Ihrem Antrag schlicht, ohne diesen Antrag sei die Umsetzung der Bürgerforderungen nicht möglich. Weil das natürlich Unsinn ist, erfinden Sie einfach einen Beschluss, den es gar nicht gibt. Sie behaupten, der Beschluss bedeute, wenn die Beleuchtung die einzig mögliche Wegstrecke zwischen zwei Punkten betreffe, dürfe man eine Ausnahme machen und sonst nicht.

Das steht aber überhaupt nicht in dem Beschluss. Das ist eine reine Erfindung von Ihnen. In diesem Beschluss steht einzig und allein, dass es in Grünflächen grundsätzlich keine Beleuchtung geben soll und dass davon Ausnahmen beschlossen werden können. So einfach ist das.

Diese Ausnahmen werden wir auch beschließen – in allen Punkten, bei denen wir der Meinung sind, dass eine Beleuchtung sinnvoll ist. Von daher ist Ihr Antrag völlig überflüssig.

Die Verwaltung hat uns seinerzeit die Kosten genannt, die zusätzliche Beleuchtungen von Wegstrecken mit sich brächten. Sie hat 2004 ausgeführt, dass 100 laufende Meter 10 000 Euro an Investitionen plus 335 Euro Unterhalt pro Jahr kosten. Damals war die CDU einsichtig und hat gesagt: Das kann man nicht machen; das ist zu teuer. – Sie können sich ja ausrechnen, dass 10 km über 1 Million Euro an Investitionen und 33 500 Euro Unterhalt pro Jahr kosten.

Dann muss man sich fragen, woher dieses Geld kommen soll. Wir haben die Wahl, ob wir die Mittel für Grünpflege ausgeben oder ob wir den Grünetat für eine Beleuchtung der Wälder einsetzen. Wir als Grüne würden natürlich den ersten Punkt vorziehen.

Seinerzeit gab es einen Zusatzbeschluss zum Beschluss im Umweltausschuss. Damit ist die Verwaltung schon damals aufgefordert worden, nach Sponsoren zu suchen, also das zu tun, was die CDU heute beantragt. Meines Wissens ist bisher kein einziger Sponsor gefunden worden. Das dürfte an den hohen Kosten liegen.

Die FDP meint nun, dass sie ganz schlau ist, indem sie behauptet, es gebe heute neue technische Möglichkeiten; jetzt gebe es solarbetriebene Lampen, mit denen man die Stromkosten sparen könne.

Ich lese Ihnen einmal vor, was der TÜV dazu sagt. Ich meine, so etwas könnte man auch vorher lesen, bevor man die Verwaltung mit solchen Aufträgen belästigt.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja. Die Verwaltung hat wenig Personal, und solche Anträge binden Personal, das wir anderswo besser brauchen können.

(Walter Grau [CDU]: Das müssen sich die Grünen einmal hinter die Ohren schreiben!)

– Nein. Sie können das genauso gut nachlesen.

Der TÜV hat festgestellt:

Solarbetriebene Leuchten sind um den Faktor zwei teurer als normale Straßenlampen.

Er kommt zu folgendem Fazit:

Autarke Solarleuchten funktionieren dann nicht, wenn der höchste Lichtbedarf – im Winter – besteht. Im Sommer funktionieren sie; dann braucht man sie aber nicht.

So einfach ist das.

Im Wald Solarleuchten aufzustellen, die von Bäumen beschattet werden, ist ziemlich irrsinnig.

Deswegen kann man Ihren Antrag in Gänze vergessen. Wir werden uns der SPD anschließen und diesem Antrag nicht zustimmen.

Lassen Sie mich aber noch einen Aspekt zum Bürgerhaushalt ergänzen. Im Bürgerhaushalt gibt es eine Reihe von Vorschlägen zu Laufstrecken oder auch zu Angsträumen wie zum Beispiel dem Blücherpark, bei denen wir uns als

Grüne natürlich vorstellen können, hier einer Beleuchtung zuzustimmen.

Grundsätzlich müssen wir aber dabei bleiben, dass Wälder nicht beleuchtet werden sollten und dass Wälder naturnah sein sollten. Naturnah bedeutet auch, dass es abends dunkel werden darf und dass Vögel, Insekten usw. nicht die ganze Nacht von Leuchten irritiert werden.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Die schlafen doch! – Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

– Sie müssen zuhören, Herr Breite. Wir haben gesagt: In einzelnen Fällen, in denen Bürger an uns herantreten und vorschlagen, Ausnahmen zu machen, werden wir über diese Ausnahmen konkret diskutieren. Man darf aber nicht grundsätzlich sagen, in Grünflächen sollten Wege beleuchtet werden.

Genau in diesem Sinne ist auch der damalige Beschluss zu verstehen, den Sie heute aufheben wollen. Daher gibt es keinen Grund, diesen Beschluss aufzuheben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht wundern, dass die Fraktion pro Köln diesen Antrag hervorragend findet und ihm auch zustimmen wird.

(Zuruf: Da haben wir aber Glück gehabt!)

Denn in den vergangenen Jahren ist es ja auch Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass sich die öffentliche Hand, hier insbesondere auch die Stadt Köln, von der Erfüllung ihrer originären Aufgaben immer mehr zurückzieht.

Sie sind nicht mehr in der Lage, das Straßen- und Wegenetz in Schuss zu halten. Die Zahl der Schlaglöcher im Stadtgebiet wird immer größer.

Sie können nicht einmal mehr dafür sorgen, dass im Sommer die Brunnen sprudeln. Dafür fehlt das Geld.

Für die Beleuchtung des öffentlichen Raums fühlen Sie sich auch nicht mehr uneingeschränkt zuständig. Sie reden sich dann mit Formalitäten

heraus. Wenn hier ein solcher Antrag eingebracht wird, sagen Sie: Das haben die Bürger im Bürgerhaushalt ja auch schon beanstandet; daher sollte man daraus keinen Ratsantrag machen. – Dann werden eben gewisse Terrains nicht beleuchtet. Angsträume entstehen. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben das Nachsehen und bleiben auf den Folgen Ihrer Politik sitzen.

Eine Kritik an die Adresse der FDP-Fraktion muss hier allerdings zulässig sein; da ist Herrn Bacher Recht zu geben. Die FDP macht in der Tat nicht klar, woher sie das Geld nehmen will. Das liegt natürlich daran, dass CDU und FDP insgesamt kein schlüssiges Konzept für eine politische Wende in dieser Stadt haben.

Da hat die Fraktion pro Köln den Altparteien etwas voraus, wie Sie alle wissen; denn wir legen immer wieder den Finger in zwei Wunden und weisen darauf hin, dass auf zwei Feldern hier wirklich unsinnig Geld ausgegeben wird.

Der eine Bereich ist der große Sektor: politischer Apparat, Korruption, Filz und dergleichen. Dort versickert immer wieder Geld. Dazu haben wir sehr konkrete Einsparvorschläge gemacht.

Der andere Bereich – und das ist natürlich die generelle Tendenz für alle Kommunen –, in dem die Kosten explodieren, was dazu geführt hat, dass etliche Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland de facto zahlungsunfähig sind, ist derjenige der explodierenden Sozialausgaben infolge einer verfehlten Zuwanderungspolitik.

Sie wollen das alles nicht gegeneinander aufgerechnet haben, fragen aber gleichzeitig, warum einem solchen Antrag kein Finanzierungsvorschlag beigelegt ist.

Dem könnten wir natürlich abhelfen. Bei unseren eigenen Anträgen, die Sie ein bisschen weiter hinten in der Tagesordnung finden, machen wir ja ganz konkrete entsprechende Vorschläge.

Hier belassen wir es bei der Zustimmung zu diesem FDP-Vorschlag.

Das Ansinnen der CDU, die Kosten, die entstehen, wenn die Stadt ihr ganz selbstverständlich zukommende, originär kommunale Aufgaben wahrnimmt, auf Privatpersonen abzuwälzen, lehnen wir ab.

So etwas forciert eine Entwicklungstendenz, die wir umgekehrt eher von der FDP-Fraktion erwartet hätten – nämlich diejenige, dass wir sagen: Da hat die Stadt Köln gewisse Zuständigkeiten.

Diese Zuständigkeiten kann sie nicht mehr erfüllen. Sie kann das alles nicht mehr bezahlen. Hier hat die Kommunalpolitik so viel falsch gemacht, dass die Stadt materiell nicht mehr handlungsfähig ist. Dafür soll dann der Bürger geradestehen und zahlen, wenn er eine bestimmte Leistung in Anspruch nehmen will.

Das halten wir für völlig unsinnig. Das ist der ganz falsche Weg. Dort, wo die Stadt eine Aufgabe hat, muss sie auch für die Finanzierung sorgen. Sie muss aufhören, das Geld da in den Sand zu setzen, wo es nicht hingehört.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat Ihnen mehr als einmal Wege aufgezeigt – das wird sie auch in dieser Ratssitzung wieder tun –, wie das objektiv möglich wäre.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Jetzt ist Frau May an der Reihe.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde die Diskussion ein wenig verwunderlich und sogar ein bisschen ärgerlich. Ich weiß gar nicht, wie viele hier sitzen, die einmal versucht haben, zu erreichen, dass in einer Grünanlage eine Beleuchtung installiert wird.

Es geht hier nämlich nicht um die Beleuchtung irgendwelcher Wälder, sondern wirklich um eine Beleuchtung zwischen den Punkten A und B.

Wir haben schon vor Jahren im Zusammenhang mit der Grünanlage beim Eis- und Schwimmstadion solche Diskussionen geführt und festgestellt, wie unsicher es dort für diejenigen ist, die das Eis- und Schwimmstadion abends nutzen, zum Beispiel im Rahmen des Schwimmbetriebs. Demnächst wird es dort ja auch eine Halle geben. Da sollte eine Beleuchtung möglich sein. Deswegen finde ich den Vorstoß der FDP sehr sinnvoll.

Herr Ensmann, Sie wissen, dass wir in Köln-Weidenpesch jahrelang gebraucht haben, bis wir in der Grünanlage Kreuzmorgen, die von den Kindern als Schulweg genutzt wird, eine einzige Beleuchtung bekommen haben. So etwas kann einfach nicht sein. Wir haben Jahre darum gerungen. Das kann Herr Ensmann bestätigen. Und es war wirklich nicht ungefährlich, morgens diesen Weg zu gehen. Man kann den Schülern auch

nicht sagen: Ihr dürft hier nicht gehen; nehmt, bitte schön, den Umweg von zehn Minuten oder einer Viertelstunde. – Das machen die Kinder einfach nicht.

Deswegen halte ich den Antrag der FDP für sinnvoll. Nach meiner Ansicht ist es falsch, hier irgendwelche Gründe zu suchen, um ihn abzulehnen. Ich werde die FDP unterstützen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war eine bemerkenswerte Debatte. Die Sportpolitiker, die sich immer so vehement für die beiden beleuchteten Laufstrecken ausgesprochen haben, sind hier nicht ans Rednerpult gegangen. Das wundert mich schon sehr.

Ich höre hier plötzlich mehr ein Nein zu diesen beleuchteten Laufstrecken, während es vorher von der Beschlusslage her ein Ja war.

Wenn ich dann auch noch höre, die Investitionen für diese Laufstrecken betragen 1 Million Euro, muss ich die Frage stellen: Wie informieren die Sportpolitiker ihre Fraktionen?

Vielleicht lesen Sie auch nicht den *Kölner Stadt-Anzeiger*. Herr Berger, der selber Strecken abgelaufen ist, hat noch im Jahre 2001 deutlich gemacht, dass manchmal lediglich ein oder zwei Laternen fehlen. Ich erinnere nur an den Stadtwald, in dem noch eine alte Laufstrecke besteht. Herr Berger hat deutlich gemacht, dass man dort mit geringen Mitteln etwas erreichen kann.

Wir Sportpolitiker – ich bleibe dabei: wir Sportpolitiker; ich spreche nicht von der FDP, sondern von uns Sportpolitikern – haben das alle als richtig empfunden. Jetzt wird es plötzlich anders dargestellt. Damals haben wir aber gesagt: Wenn man dieses Ziel mit geringen Mitteln erreichen kann – wir müssen hier auch nicht eine neue beleuchtete Laufstrecke ausschreiben; wir kennen doch die Laufstrecken in Köln, die im Rechts- und im Linksrheinischen benutzt werden –, dann ist das sinnvoll; dann sollten wir das auch machen.

Man muss ehrlich zugeben, dass wir es in sieben Jahren einfach nicht durchgesetzt bekommen

haben. Ich kann mich auch noch gut an eine SPD-Anfrage dazu erinnern, in der Sie sich nach der Umsetzung erkundigt haben. Und es ist nichts passiert.

Uns ist aufgefallen, dass es diese Beschlusslage gibt.

Eigentlich soll das Geld für die Planung im Rahmen des Bürgerhaushalts ja eingestellt werden. Ich habe bisher auch nicht gehört – nach Ihren Reden habe ich jetzt allerdings meine großen Zweifel –, dass die vorgesehenen Planungskosten von 25 000 Euro je Laufstrecke gestrichen werden sollen.

Dann muss natürlich insbesondere die Presse wissen, dass die Laufstrecken hier anscheinend gefährdet sind.

Von daher war es wohl doch ganz sinnvoll, diesen Antrag hier zu stellen. Ihre Begründung kann ich nicht nachvollziehen.

Was zu der Zusatzargumentation bezüglich der Angsträume zu sagen ist, hat Frau May gerade vollkommen richtig dargestellt. Alle Fraktionen haben ja entsprechende Schreiben bekommen. Es geht doch nicht darum, jetzt die gesamten Grünanlagen zu beleuchten. Es gibt ganz spezielle Punkte, auf die wir angesprochen werden: Kann man da nicht etwas machen? – Das wollte ich damit auch noch aufgreifen.

In Bezug auf den Änderungsantrag der CDU bitte ich um abschnittsweise Abstimmung; denn den ersten und den dritten Abschnitt unterstützen wir, den zweiten nicht. Darin geht es nämlich um ein Sponsoring. Im Jahr 2001 haben wir – SPD, CDU, Grüne und FDP – auch versucht, da etwas zu erreichen; Stichwort: GEW Stiftung Köln. Was wir da nicht alles probiert haben! Es hat nicht geklappt.

Meines Erachtens wäre es ein Armutszeugnis, wenn wir das, was andere Städte haben, hier nicht hinbekämen. Darum müssen wir nach meiner Meinung diese 50 000 Euro – 25 000 Euro je Laufstrecke – in den Haushalt einstellen, um dies zu verwirklichen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. – Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Breite, eigentlich hatte ich gedacht, dass die Sache geklärt wäre. Sie greifen hier einen Vorgang auf, der in der heute verschickten Tagesordnung für die Sitzung des Finanzausschusses zum Haushaltsplan und zum Bürgerhaushalt bereits enthalten ist. Natürlich werden wir über diesen Punkt, der im Rahmen des Bürgerhaushalts von vielen Bürgern gewünscht wurde, im Finanzausschuss sprechen.

Heute hat sich auch niemand dafür ausgesprochen, hier die vom Fachausschuss empfohlenen Planungsmittel zu streichen.

Ich weiß gar nicht, worüber wir jetzt diskutieren. Wir werden diese Frage im Finanzausschuss und dann auch im Rat debattieren.

Hier werden von Ihnen Nebelkerzen geworfen. Sie haben sich sozusagen am Bürgerhaushalt vergangen. Das ist die Ferkellei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken.Köln)

Jetzt wollen Sie es nicht gewesen sein.

Lassen Sie die Finger vom Bürgerhaushalt! Daraus kann man sich nicht einfach Dinge unter den Nagel reißen. Das diskutieren wir dort.

Ein letzter Satz: Heute stand im *Kölner Stadt-Anzeiger* eine Meldung, die ich erst nicht verstanden habe. Dort hieß es, der frühere FDP-Partei- und -Fraktionschef Wolfgang Gerhardt habe einen Mangel an intellektuellem Profil in seiner Partei beklagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit bei der SPD)

Wenn die FDP dies entsprechend berücksichtige, werde sie auch wieder stärker in Wählermilieus vordringen, die sich eine Politik mit intellektuellem Anspruch wünschten. – Das ist die Aussage von Herrn Gerhardt. Jetzt habe ich verstanden, was er meint.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Wolf, bitte.

**Manfred Wolf** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Herr Frank, ich sehe das als persönliche Beleidigung.

gung an. Ich bezeichne Sie auch nicht als Gehirnminimalisten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber mich als pädagogische Terroristin! Ich mache aber nicht so ein Gedöns darum, wie Sie das tun!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Im Moment sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

Ich stelle fest, dass jeder hier zwei Laufstrecken haben will – nur noch nicht jetzt, sondern bald. Das ist ja die Realität. Das wollen wir einmal so benennen, wie es ist – also nicht heute, aber demnächst.

Zwei Laufstrecken müssten in Köln auch möglich sein, denke ich. Das sollte sich eine Millionenstadt auch erlauben dürfen. Vielleicht unternehmen wir einmal den Versuch – eine im Rechtsrheinischen, eine im Linksrheinischen.

(Götz Bacher [SPD]: Deswegen braucht man den Grundsatzbeschluss aber nicht aufzuheben!)

– Götz, du hast sicher auch ein paar gute Ideen.

(Götz Bacher [SPD]: Immer!)

Wir wollen das dann auch recht bald umsetzen lassen. Das ist sicherlich sinnvoll.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge. Es sieht so aus, als würden sie heute keine Mehrheit finden. Damit sind sie aber nicht ganz vom Tisch. In den nächsten Wochen kommen sie im Rahmen der Diskussion über den Bürgerhaushalt wieder;

(Jochen Ott [SPD]: Dorthin gehören sie auch!)

denn offenkundig handelt es sich hier um ein Thema, mit dem wir uns auch nach dem Willen der Bürger beschäftigen sollen. So machen wir das jetzt.

Auf Wunsch der FDP lasse ich über die Punkte des Änderungsantrags der CDU einzeln abstimmen. Die Finanzierung durch Sponsoring soll separat aufgerufen werden.

Daher lasse ich zunächst über die beiden anderen Abschnitte abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? – Bei SPD, Grünen, Linken, pro Köln und

Herrn Dr. Müser. Damit sind der erste und der dritte Abschnitt abgelehnt.

Nun stimmen wir über den zweiten Abschnitt des Änderungsantrags der CDU-Fraktion ab, nämlich den Vorschlag, zur Finanzierung ein Sponsoring zu initiieren. Wir machen es einmal umgekehrt. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Grüne, FDP, pro Köln und die Linke. Das ist eine deutliche Mehrheit dagegen. Dieser Punkt ist also auf jeden Fall abgelehnt. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieser Abschnitt weg.

Jetzt kommen wir zum Antrag der FDP. Ich frage wiederum, wer gegen diesen Antrag ist; den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen und die Linke – und sonst keiner. Das ist aber die Mehrheit. Der Antrag ist also abgelehnt. Enthaltungen? – Bei der CDU und bei mir.

(Michael Zimmermann [SPD]: Sie hätten besser gefragt, wer dafür ist! Das wären nicht so viele gewesen!)

– Herr Zimmermann, ich wusste ja, wie das Ergebnis aussehen wird. Von daher ist es eigentlich egal, wie herum ich frage. In der Summe bleibt es so.

Jedenfalls sollten wir an diesem Thema dranbleiben. Ich finde es schon wichtig. Das ist eine Sache, die wir wirklich umsetzen müssen.

Jetzt rufe ich auf:

#### **2.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kampf gegen osteuropäische Diebesbanden“ AN/1000/2008**

Es spricht Frau Wolter.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Gegensatz zur Politik der übrigen Fraktionen die Gebote der sogenannten Political Correctness kritisch zu hinterfragen. Gesellschaftliche Probleme müssen ohne Tabus gelöst werden, auch wenn dies die Tugendwächter der Political Correctness erschreckt bzw. in Aufruhr versetzt.

Gegenwärtig machen – unter anderem als Ergebnis der EU-Osterweiterung – rumänische und bulgarische Diebesbanden die Kölner Innenstadt unsicher. Nach Polizeiangaben haben sie gegenüber den früheren Klau-Kids-Banden – poli-

tisch korrekt: Angehörige mobiler ethnischer Minderheiten mit einem etwas anderen Eigentumsverständnis – ihre Strategie erheblich verändert. Die Täter sind nunmehr meist zwischen 20 und 25 Jahren alt und elegant gekleidet. Sie schleichen sich an ihre arglosen Opfer, zu denen oft auch Touristen gehören, auf der Domplatte sowie in Geschäften im Innenstadtbereich heran.

(Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.Köln])

Ihre Operationsbasis sind Hotels, in denen sie sich oft mit gestohlenen Kreditkarten einmieten.

Im Gegensatz zu den etablierten Ratsfraktionen meinen wir, dass nur ein hoher Verfolgungsdruck und harte Strafen geeignet sind, diese Straftäter aus Köln zu vertreiben.

Dies wird erstaunlicherweise sogar in der Kölner Neven-DuMont-Presse ähnlich gesehen. Dort forderte ein Redakteur gar Münchener Verhältnisse – sprich, durch eine massive Polizeipräsenz in der Innenstadt einen größtmöglichen Verfolgungsdruck auf die zumeist osteuropäischen Straftäter auszuüben.

Wenn es Ihnen ernst ist mit dem Anliegen, Köln sicherer zu machen, müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Es kann insbesondere nicht angehen, dass ausländische Kriminelle die gesamte Innenstadt unsicher machen und tagtäglich ungeahndet unzählige Raub- und Diebstahlsdelikte begehen.

Anzustreben sind in der Tat die sogenannten Münchener Verhältnisse. Während der Fußballweltmeisterschaft sind dort Täter, die fünf Mal bei einem Diebstahlversuch beobachtet worden sind, im Regelfall zu knapp drei Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Die Zahl der einschlägigen Straftaten ist anschließend rapide gesunken.

In Köln fehlt ein vernünftiges Konzept für den Umgang mit den kriminellen Banden, die ganze Stadtteile einschließlich der Innenstadt regelrecht terrorisieren.

Köln braucht keine falsche Toleranz, kein multikulturelles Verständnis und keine rechtsfreien Räume, sondern stattdessen eine massive Polizeipräsenz, damit durch größtmöglichen Verfolgungsdruck der Kampf gegen osteuropäische Diebesbanden gewonnen werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt würden es Ihnen danken. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bitte schön, Herr Ludwig.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Von ausländischen Kriminellen haben Sie von pro Köln natürlich richtig Ahnung. Schließlich wollen Sie zu Ihrer sogenannten Anti-Islam-Konferenz im September dieses Jahres ausländische Kriminelle, Holocaust-Leugner und verurteilte Rassisten hier nach Köln holen.

Aber Sie haben ja schon genug Probleme mit den Kriminellen in Ihren eigenen Reihen – mit Leuten, die mit Protest nicht umgehen können und daher gewalttätig werden.

Insofern: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür!

(Beifall bei der Linken.Köln sowie bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Meine Wortmeldung würde sich natürlich erübrigen, wenn Sie dafür einen Ordnungsruf erteilen, Herr Schramma.

(Lachen bei der SPD und der Linken.Köln)

Das machen Sie nicht? Gut. Dann nehme ich von vorne kurz Stellung.

(Manfred Rouhs [pro Köln] begibt sich unter Beifall von pro Köln zum Rednerpult)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ludwig, wir haben hier einen völlig sachlichen Antrag eingebracht. Judith Wolter hat ihn, wie ich finde, hervorragend begründet. Dieser Antrag hat Hand und Fuß. Man könnte ihn so beschließen. Er wendet sich gegen Straftäter, die die Innenstadt unsicher machen. Das haben neben der Polizei auch andere Leute beanstandet.

Natürlich gibt es auch Straftäter im politischen Raum. Ein ganzer Trupp davon hat vor wenigen Wochen versucht, das Bezirksrathaus Ehrenfeld zu stürmen und dort eine Bürgeranhörung der Fraktion pro Köln zu verhindern.

(Beifall bei pro Köln – Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Geschichtsklitterung! Unglaublich!)

Den Videobericht darüber können Sie im Internet abrufen. Diese Veröffentlichung hat manchem – gerade auch Anhängern anderer Parteien – die Augen geöffnet, der die Unsinnigkeiten in gewissen Presseerzeugnissen zu diesen Vorgängen zur Kenntnis genommen hatte.

Leute, die glauben, mit Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung den Erfolg der Bürgerbewegung pro Köln aufhalten zu können, scheitern vor allem an einem: an unserer Gelassenheit, Herr Ludwig.

Die Zeiten, in denen man über Äußerungen wie diejenigen, die Sie hier tätigen – Sie reden von Holocaust-Leugnern, von Gewaltanwendung von unserer Seite und all diesen Geschichten –, das Aufkommen einer politischen Opposition in einer Narretei untergehen lassen konnte, sind vorbei.

Solche Versuche scheitern insbesondere an einer veränderten medialen Situation; denn in früheren Jahren hatte ja niemand eine Möglichkeit, so etwas zu überprüfen, wenn es in der Zeitung in der entsprechenden Form dargestellt worden ist.

Der Videobericht, den pro Köln dazu ins Internet gestellt hat, ist mittlerweile 18 000 Mal abgerufen worden. Wenn unter denjenigen, die ihn sich angeschaut haben, auch nur 10 000 Kölner sind, bedeutet das, dass schon 1 Prozent aller Kölner gesehen haben, wie es wirklich war.

Dadurch ist jeder desavouiert und ins Lächerliche gezogen, der den offiziellen Darstellungen und den wüsten Beschimpfungen glaubt, die Sie hier gegen uns in den Raum stellen.

Damit werden Sie zum einen an der Bereitschaft der Menschen scheitern, sich mit den Verhältnissen so auseinanderzusetzen, wie sie wirklich sind, zum anderen aber auch an der Urteilsfähigkeit der Kölner. Der Rheinländer an sich glaubt nämlich nicht alles, was in der Zeitung steht oder was irgendwelche Politfunktionäre ihm erzählen.

Vor allem scheitern Sie aber – das muss ich Ihnen aufgrund dieser wirklich unverschämten Äußerungen hier auch einmal klipp und klar ins Stammbuch schreiben – an Ihrer eigenen Aggressivität; denn derjenige, dem der Hass derart aus den Augen starrt wie Ihnen, ist politisch unglaubwürdig. Er wird von den Menschen auch als solcher erkannt und entsprechend gewürdigt werden.

(Beifall bei pro Köln – Zurufe von der SPD: Oh Gott!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu:

**2.1.5 Antrag von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Müllgebühren“ AN/0892/2008**

Bitte schön, Herr Dr. Müser.

**Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 26. Mai dieses Jahres ließen sich die AWB in der Presse dahin gehend aus, dass die Behauptung des Landgerichts falsch sei, der Kauf der städtischen Müllabfuhr durch die Abfallwirtschaftsbetriebe im Jahre 2000 sei auf Pump finanziert worden; dies sei nachweislich falsch und durch die Bilanz zu widerlegen.

Wenn das so ist, stellt sich natürlich die Frage, wieso der damals amtierende Aufsichtsratschef sich hierzu nicht in der Lage sah.

Die Verwaltung sieht keinen Handlungs- bzw. Aufklärungsbedarf. Ihr ist es auch egal, ob die Bürger in den Jahren 2000 bis 2002 mit zu hohen Gebühren belastet wurden.

Dass dies nicht der Fall war, wäre durch den Aufsichtsratsvorsitzenden sicherzustellen gewesen. Dies konnte er jedoch nicht.

Deshalb müssen wir uns hier und heute fragen, ob wir das Versäumte nicht nachholen müssen, um den Bürgern, denen wir gegenüber verpflichtet sind, sagen zu können: Ihr habt nicht zu viel bezahlt; wir wissen, dass der Kauf nicht auf Pump bezahlt wurde und die Kreditzinsen euch nicht fälschlicherweise in Rechnung gestellt wurden.

Nach den eingangs angeführten Angaben der AWB ist es ja auch kein Problem, dies zu beweisen. Wir hätten aber ein Problem weniger.

Aus diesem Grunde stellen wir hier den Antrag, –

(Ralph Sterck [FDP]: Wer ist denn „wir“?)

– „wir“ ist das Kölner Bürger-Bündnis –

(Ralph Sterck [FDP]: Wir alle!)

– genau; wir alle vom Kölner Bürger-Bündnis, Herr Sterck – dass dies zu überprüfen ist, damit das Versäumte nachgeholt werden kann.

Ansonsten müssen wir uns fragen, ob wir es so wie die Verwaltung machen, die sagt, das habe doch in der Zeitung gestanden – was in der Zeitung steht, muss aber doch nicht wahr sein; auch dann nicht, wenn es wörtlich zitiert ist –, und auch keine Veranlassung dazu sieht, einmal zum Telefonhörer zu greifen und beim Gericht nachzuhören, ob es wirklich so gewesen ist, oder ob wir hiervon Kenntnis nehmen – und ich habe beim Gericht angerufen und nachgefragt; es ist bestätigt worden, dass diese Äußerung so gefallen ist – und daraus auch die Schlussfolgerung ziehen, dass wir hier den Bürgern gegenüber eine Pflicht haben.

Dieser Pflicht könnte durch die hier beantragte Begutachtung Genüge getan werden. Dann hätten wir, wie ich eben schon gesagt habe, ein Problem weniger. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung. – Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. – Lassen Sie mich an dieser Stelle zunächst einmal die Fachdezernentin, Frau Bredehorst, aufrufen.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich dazu eine Stellungnahme der Verwaltung abgeben.

Um Schadenersatzansprüche gegenüber der AWB geltend zu machen, müsste der Stadt Köln zunächst einmal ein Schaden entstanden sein. Hierzu liegen der Verwaltung jedoch keinerlei Hinweise vor.

Vielmehr wurde der Kauf- und Übergangsvertrag zwischen der Stadt Köln und der AWB im Jahre 2002 angesichts der bekannt gewordenen Vorkommnisse im Zusammenhang mit der RMVA vorsorglich einer Sonderprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer unterzogen, der dem Rechnungsprüfungsamt berichtspflichtig war. Diese Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben.

Im Übrigen stimmt die Verwaltung nicht mit der Einschätzung überein, dass die politischen Vertreter in den Aufsichtsräten grundsätzlich nicht

den notwendigen Sachverstand hätten. Die Verwaltung arbeitet bereits seit langer Zeit mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen zu abfallwirtschaftlichen Themen zusammen. Das war in der Vergangenheit schon immer der Fall. Hierbei ließ und lässt sich aus Sicht der Verwaltung feststellen, dass sich die zuständigen politischen Vertreter sehr engagieren und auch über umfangreiches Fachwissen verfügen.

Allerdings kann man von ehrenamtlichen politischen Vertretern sicher nicht erwarten, dass sie alle Details kennen. Von daher ist es erforderlich, dass die Verwaltung bzw. die stadtnahen Gesellschaften die Themen entsprechend aufbereiten.

Der Vorwurf, dass zu Unrecht Kreditzinsen in Millionenhöhe in die Gebührenrechnung eingeflossen sind, ist für die Verwaltung in keinsten Weise nachvollziehbar. In die Gebührenbedarfsberechnung fließen Anlagegüter nur mit dem Werteverzehr ein, der in dem Gebührenjahr eintritt (Abschreibungen). Die Gebührenzahler werden in dem Gebührenjahr also nicht mit dem Anschaffungswert belastet, sondern nur mit dem Abschreibungswert.

Daran hat sich durch die Vermögensübertragung an die AWB nichts geändert. Ferner wird diese Abschreibung nur für die Restnutzungsdauer ermittelt. Auch die Berücksichtigung kalkulatorischer Zinsen in der Gebührenkalkulation ist unverändert geblieben. Die Gebührenzahler werden also nicht ein zweites Mal belastet.

Meine Damen und Herren, ich habe vor, bei der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Grün diesbezüglich auch noch einmal eine Stellungnahme abzugeben. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Bredehorst. – Es gibt jetzt weitere Wortmeldungen, und zwar von Herrn Dr. Paul, Herrn Dr. Fladerer, Herrn Wolf und Herrn Rouhs.

**Dr. Michael Paul (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Nach den Ausführungen der Verwaltung – herzlichen Dank, Frau Bredehorst – erübrigt sich eine weitere Diskussion. Dem Antrag ist durch das Gesagte die Grundlage entzogen worden. Wir stimmen dagegen. – Danke.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Fladerer.

**Dr. Alexander Fladerer (SPD):** Wir sind der gleichen Auffassung.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ihr seid der gleichen Auffassung. – Herr Wolf.

**Manfred Wolf (FDP):** Auch.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs.

(Zuruf: Auch!)

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Bestimmt nicht. – Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Frage an die Verwaltung. Im Zusammenhang mit der Berechnung von Abfallgebühren hat die Stadt Köln ja bereits ein Verfahren verloren. Stellen Sie sich einmal vor, dass diese gerichtliche Entscheidung rechtskräftig würde und die Stadt Köln den Gebührenzahlern sämtliche Differenzbeträge, die damit als unrechtmäßig erhoben zu klassifizieren wären, erstatten müsste. Wäre das eventuell ein wirtschaftlicher Schaden für die Stadt Köln?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Bredehorst.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Zum einen kann ich mir nicht vorstellen, dass die Stadt Köln verliert. Wir sind ja auch in die Berufungsinstanz gegangen.

Zum anderen verweise ich auf die Beantwortung der von Ihnen unter Tagesordnungspunkt 3 gestellten Anfrage.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wunderbar. – Frau May.

**Petra May (Einzelmandatsträgerin):** Bei der Gebührenfrage handelt es sich natürlich um ein sehr komplexes Thema. Die Stadt musste auch schon einmal Gebühren zurückzahlen. Sie hat also nicht immer recht bekommen. Bei Abfallwirtschaft, Müllgebühren und Müllverbrennung handelt es sich auch um sehr sensible Themen. Das ist das Problem.

In dem hier vorliegenden Beschlusstext stört mich das Wort Schadensersatzansprüche. Der damalige Oberstadtdirektor Ruschmeier hat hier nämlich mit dem Wort Schadensersatz die Müllverbrennungsanlage durchgesetzt. Deswegen bin ich bei solchen Begriffen immer sehr vorsichtig. An dieser Stelle muss man genau abwägen – da hat Frau Bredehorst auch recht –: Trifft es zu? Oder trifft es nicht zu?

Ich würde Herrn Dr. Müser allerdings Folgendes empfehlen, da das nun einmal in der Presse stand. Meines Erachtens war die Begründung im *Kölner Stadt-Anzeiger* generell etwas schwach. Daher sollte man das Ganze anders unterlegen. Ich würde meinem Kollegen empfehlen, hier eine Mehrheit für eine Akteneinsicht zu finden oder die Verwaltung aufzufordern, die Unterlagen über die Sonderprüfung dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Dann könnte der Rat bzw. insbesondere Herr Dr. Müser – denn Akteneinsicht ist immer viel Arbeit – sich selber einen Einblick verschaffen und überprüfen, ob es entsprechende Punkte gibt oder nicht. Es kann ja durchaus sein, dass es solche Anhaltspunkte gibt. Es ist alles möglich, was denkbar ist. Warum nicht auch in diesem Fall?

Ich denke, dieser Fall sollte aufgeklärt werden. Deswegen empfehle ich meinem Kollegen noch einmal, sich hier eine Mehrheit für eine Akteneinsicht zu suchen oder seinen Antrag dahin gehend umzuformulieren, dass die Verwaltung die entsprechenden Unterlagen zur Überprüfung zur Verfügung stellt.

Dann kann man auch sehen, wie ernst es SPD, CDU und Grünen damit ist, solche Dinge zu entkräften.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May, Sie sitzen ja neben Ihrem Kollegen. Sie hätten ihm das doch schon die ganze Zeit sagen können. Oder reden Sie nicht mehr miteinander?

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie wissen doch, wie schwierig Kommunikation sich gestalten kann. Das habe ich hier im Rat ja auch andauernd vor Augen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Über das Mikrofon geht es natürlich besser; da haben Sie recht. Da hören mehr Leute zu.

Was sagt denn Seine Majestät – Pluralis Majestatis – Herr Dr. Müser?

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich nehme den Vorschlag von Frau May gerne auf.

Vorab möchte ich allerdings zwei Klarstellungen treffen. Von dem, was Frau Bredehorst hier in den Raum gestellt hat, möchte ich mich nämlich schon distanzieren.

Erstens. Ich habe niemals behauptet, dass die vom Rat entsandten Aufsichtsratsmitglieder grundsätzlich nicht in der Lage seien, ihr Mandat zu erfüllen. Das weise ich von mir.

Zweitens. Ich habe auch niemals auf irgendwelche Abschreibungen oder Investitionen abgestellt. Vielmehr habe ich hier – auch in diesem Antrag – auf tatsächlich gezahlte Zinsen – und nicht auf kalkulatorische Zinsen – abgestellt. Das sind schon wesentliche Unterschiede.

Genau dies war ja auch schon einmal Gegenstand einer Rückzahlung, die die Stadt Köln leisten musste. Das hier ist also nicht so weit von der Realität entfernt.

Ansonsten würde ich – um zu einem Schluss zu kommen; sonst finde ich hier ja keine Mehrheit – den Antrag dahin gehend abändern, dass ich darum bitte, mir diesen Sonderprüfungsbericht zur Verfügung zu stellen, damit ich den Sachverhalt dann selber nachvollziehen kann. – Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das können wir sicherlich machen.

(Beigeordnete Marlis Bredehorst nickt)

Dass Sie dort hineinschauen können, wird Ihnen der Rat sicherlich auch nicht verwehren; das ist völlig klar.

Also nehmen Sie Ihren Antrag in der ursprünglichen Form zurück und wollen jetzt einmal dort hineinschauen?

(Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Ja!)

– Okay. – Dann frage ich, ob jemand dagegen stimmt. – Das ist natürlich nicht der Fall. Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es auch nicht. Dann hat Herr Dr. Müser das einstimmig genehmigt bekommen.

Ich rufe auf:

**2.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Neuordnung der Bildungslandschaft Finkenberg“ AN/0993/2008**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1127/2008**

Dazu hat sich Herr Ott zu Wort gemeldet.

**Jochen Ott** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, der in der vorletzten Woche vorgestellt worden ist, bestätigt etwas, was viele von uns – auch im Rahmen ihrer Arbeit als Ratsherren – in den letzten Jahren täglich wahrnehmen.

Durch die kleinräumige Bevölkerungsprognose, die das Amt für Stadtentwicklung und Statistik herausgegeben hat, gekoppelt mit den Sozialdaten aus dem Mikrozensus, wird deutlich, dass die gefühlte Problemlage sich tatsächlich mit Zahlen belegen lässt.

Wir stellen fest, dass es in unserer Stadt einen bestimmten Gürtel von Stadtteilen gibt, die früher sozial benachteiligte Stadtteile hießen und später Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf genannt wurden. Ich will es kurz machen: Stadtteile, die für uns als Rat der Stadt Köln von besonderer Bedeutung sein müssen, weil wir an dem Grundsatz „Köln für alle“ festhalten wollen. Wir möchten eine Stadt, in der es überall lebens- und liebenswert ist. Deshalb nehmen wir als Sozialdemokraten diese Stadtteile ganz besonders in den Blick.

Dabei haben wir festgestellt, dass sich in einigen Stadtteilen momentan aus verschiedenen Gründen die Möglichkeit bietet, in bestimmten politischen Fragen neu zu denken, und zwar vernetz-

ter als in der Vergangenheit. Die Handlungsansätze, die es jetzt dort gibt, sollten wir dann auch integriert nutzen.

Im Nahbereichszentrum Finkenberg gibt es die Möglichkeit, durch die im Stadtentwicklungsausschuss getroffenen Verabredungen – nun auch mit der in Kürze beginnenden Bürgerbeteiligung – zu Veränderungen zu kommen. Diese Veränderungen im Nahbereichszentrum Finkenberg werden dafür sorgen, dass in diesem Stadtteil eine deutliche Verbesserung für die Menschen erreicht werden kann.

Diese Veränderungen werden aber auch zu Auswirkungen auf den gesamten Sozialbereich führen. Zum Beispiel ist eine Kita von einem Umzug betroffen, weil ihre Außenanlage nicht in der bestehenden Form erhalten werden kann. Wenn an dieser Stelle eine Kita verlegt werden muss, stellt sich natürlich die Frage, was denn mit allen anderen bildungsrelevanten Einrichtungen in diesem Bereich passiert.

Wir haben in Finkenberg neben zwei Kindertagesstätten und der Jugendeinrichtung die sehr engagierte und höchst beeindruckende Förderschule Finkenberg mit tollen Ergebnissen. Wir haben in der Stresemannstraße eine starke Gesamtschule. Wir haben eine Familienbildungsstätte. Ganz viele – in der Vergangenheit auch von der Stadt stark unterstützte – Partner engagieren sich also in diesem Stadtteil und wollen für die Kinder eine Zukunftsperspektive erreichen.

Deshalb ist es uns ganz besonders wichtig, jetzt hier einen Schwerpunkt zu setzen, alle diese Akteure zusammenzufassen und sich Gedanken darüber zu machen, wie im Rahmen des dort nun stattfindenden Umbaus eine neue positive Situation geschaffen werden könnte. Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass man im Zentrum von Finkenberg in der jetzigen Kita ein Veranstaltungs- und Bildungszentrum einrichtet, um die Kita dann nicht weit entfernt neu aufzubauen.

Besonders froh sind wir darüber, dass wir uns gemeinsam dazu durchgerungen haben, die Übergangwohnheime an der Theodor-Heuss-Straße abzureißen – das eine ist schon abgerissen, der Abriss des anderen wird in Kürze erfolgen –; denn natürlich ist es ein Wahnsinn, dass gerade in den Stadtteilen, in denen es soziale Schwierigkeiten gibt, in der Vergangenheit noch zusätzliche Integrationsleistungen erbracht werden mussten. Es ist gut und richtig, dass unser Sozialamt an dieser Stelle jetzt einen anderen Weg geht und wir – auch durch unser gemeinsames Flüchtlingskonzept – andere Unterbrin-

gungsmöglichkeiten organisiert und vorbereitet haben.

Kurzum: Es geht darum, jetzt die Chance zu nutzen. Vernetzung und Kooperation bei allen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit ist notwendig. Dabei muss darauf geachtet werden, dass sie im Einklang mit dem Sanierungskonzept Finkenberg stehen. In diesem Zusammenhang ist auch dafür zu sorgen, dass sie mit der Sozialraumkoordinatorin für den Sozialraum Finkenberg eng abgesprochen und koordiniert werden, damit wir vor Ort eine Aufbruchstimmung erzeugen können.

Leider muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin sehr enttäuscht von denjenigen, die dort über große Immobilienvermögen verfügen; denn sie entziehen sich seit Jahren der sozialen Verantwortung und lassen die Gebäude verfallen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Wir wissen alle, dass es sehr schwierig ist. Im Grundgesetz steht aber eindeutig, dass Eigentum verpflichtet. Und wer in dieser Heuschrecken-Manier das Eigentum vernachlässigt und damit auch die Entwicklung des Stadtteils unmöglich macht, der sollte auch vom Rat der Stadt Köln ganz deutlich die Rote Karte gezeigt bekommen. Das gilt so lange, bis auch diese privaten Immobilienbesitzer sich hier an dem Gesamtkonzept beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich auf Folgendes hinweisen – in diesem Zusammenhang erinnere ich an das, was wir im letzten Jahr in Bezug auf das Projekt Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst angeregt haben; deshalb übernehmen wir den Antrag der FDP auch als Ergänzung –: Wir sind der Meinung, dass die Stadtverwaltung jetzt bei all diesen Aktivitäten insbesondere in den von uns ausgewiesenen Sozialräumen darauf achten sollte, dass auch vernetzt gedacht wird, wenn sich dort die Möglichkeit dazu ergibt.

Es macht nämlich keinen Sinn, dass sich die Kollegen im Ausschuss für Soziales und Senioren, im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Kunst und Kultur, im Liegenschaftsausschuss und im Ausschuss für Bauen und Wohnen parallel damit beschäftigen. Vielmehr müssen wir integriert, vernetzt denken.

Dazu leisten wir einen weiteren Beitrag, indem wir hier in Finkenberg ein klares Signal setzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ott. – Frau Ulke für die Grünen, bitte.

**Sabine Ulke** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus; denn ich könnte jetzt keine neuen Punkte ergänzen. Integriertes, vernetztes Denken ist das Stichwort.

Ich möchte nur noch einen Aspekt hinzufügen. Wir befassen uns in der Montag Stiftung in der Bildungslandschaft Altstadt-Nord seit langem mit diesem Thema. Meiner Meinung nach sollte man die dort gemachten Erfahrungen auch tatsächlich nutzen. Man muss nicht immer wieder neu denken, sondern kann viele Dinge, die bereits festgelegt worden sind, übernehmen.

Eben habe ich noch einmal gehört, dass neue Gebäude entstehen sollen. Auch bei dem Projekt Bildungslandschaft Altstadt-Nord haben wir zu diesem Thema Diskussionen geführt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht immer neue Gebäude sein müssen, sondern dass wir grundsätzlich zu einer besseren Auslastung von Gebäuden kommen müssen. Die notwendige Zusammenarbeit können wir nicht durch neue Gebäude erzwingen, in denen man zusammenkommt. Vielmehr muss das Ganze wachsen. Dann ergibt sich vielleicht irgendwann auch ein neues Gebäude. – Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Ulke. – Herr Dr. Schlieben für die CDU-Fraktion, bitte.

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Lieber Herr Ott, nach Recherche kann ich nur sagen: Vieles von dem, was hier in Bezug auf den Sozialraum Finkenberg angesprochen wurde, ist schon in Planung, und vieles davon wird schon lange umgesetzt.

Selbstverständlich kann man prüfen, welche Dinge noch verbessert werden müssten. Dann hätte ich das allerdings gerne auch sehr konkret benannt. Sie legen hier aber einen ganz allgemeinen Antrag vor, über den man auch jede an-

dere Überschrift – Vingst, Gremberg oder andere Stadtteile – hätte setzen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde es jetzt aber nicht bei diesen Allgemeinplätzen belassen, sondern Ihnen das konkret an den Zahlen und Fakten belegen, die mir zur Verfügung stehen.

Um den Sozialraum Finkenberg zu bewerten, schaue ich mir Bereiche Schule, Kita, Jugendarbeit und Stadtentwicklung an.

Nach meiner Kenntnis arbeiten die vorhandenen Schulen schon eng zusammen und kooperieren auch stark mit den Jugendhilfeträgern vor Ort. Die städtebauliche Neugestaltung befindet sich bereits in Planung; Herr Ott hat ja das Nahbereichszentrum angesprochen. Sozialraumorientierte Hilfsangebote werden vor Ort durch die Koordinatorin – das ist die Diakonie Michaelshoven – gemacht.

Die Basis für diese ganzen Projekte war die Erstellung des integrierten Handlungskonzepts aus dem Jahr 2000, das Sie in Ihrem Antrag auch zitiert haben. Dieses Konzept ist von den Fachämtern der Stadt erstellt worden. Heute wird das Ganze koordiniert. Alle Maßnahmen werden zwischen der Stadt, den Fachämtern und der Sozialraumkoordinatorin abgestimmt.

Deshalb kann ich nur Folgendes feststellen: Eine vernetzte Betreuungs- und Bildungslandschaft ist schon vorhanden oder befindet sich im Moment – und zwar bereits seit vielen Jahren – im Aufbau. Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen, die Herr Ott zum Teil auch angeführt hat.

Die Finkenbergschule in der Stresemannstraße wird durch das entsprechende Landesprogramm zum Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung. Das ist eine tolle Sache. Dabei spielt die Verknüpfung von sonderpädagogischen Projekten vor Ort eine zentrale Rolle. Das können Projekte von Jugendhilfe, Familienzentren, Beratungszentren und Schulsozialarbeit sein. Sie sollten genauso gut wissen wie ich, dass sich dort schon seit Anfang dieses Jahres die entsprechenden Arbeitsgruppen treffen und gemeinsame Planungen vornehmen. Die direkte Kooperation vor Ort beginnt also nicht erst mit dem heutigen Datum, sondern erfolgt in diesem konkreten Fall schon seit über einem halben Jahr.

Im Rahmen des Modellprojekts Selbstständige Schule gibt es in Finkenberg mehrere Korrespondenzschulen, die auch schon Arbeitsgruppen

eingrichtet haben. Dort existiert auch ein Bildungsbüro, das Hilfe bei der Koordination leistet. Das ist ebenfalls nichts Neues.

Alle Schulen sind Ganztagschulen. Die GGS Humboldtstraße, die GGS Konrad-Adenauer-Straße, die Förderschule Lernen in der Stresemannstraße und die Gesamtschule Stresemannstraße haben alle ein vernünftiges Ganztagsangebot. Sie arbeiten jeweils eng und vernetzt mit den Jugendhilfeträgern zusammen.

Das sind schon positive Ansätze. Über Verbesserung können wir immer reden. Dann brauchen wir aber konkrete Punkte und nicht irgendwelche plakativen Sätze.

(Beifall bei der CDU)

Die Kindergartenbetreuung wurde auch schon genannt. Meines Wissens gibt es dort nicht zwei, sondern drei Kindergarteneinrichtungen mit rund 250 Plätzen. Die Betreuungsquote von Dreijährigen bis zum Schuleintritt liegt bei 91 Prozent. Das ist ebenfalls keine schlechte Zahl. Natürlich könnten wir die fehlenden 9 Prozent auch noch ergänzen. Ich kenne aber Sozialräume, in denen es schlechter aussieht.

Herr Ott hat bereits darauf hingewiesen, dass es bei der sechsgruppigen Kindergarteneinrichtung an der Konrad-Adenauer-Straße aufgrund der Neugestaltung des Nahbereichszentrums gewisse Notwendigkeiten gibt. Dort kommt es zu einer geringfügigen Grundstücksveränderung. Es kann sein, dass daher die Sechspruppigkeit auf eine Zweigruppigkeit reduziert werden muss. Nach den Informationen, die ich aus der Jugendverwaltung bekommen habe, überlegt man sich jetzt aber ein Konzept zum Erhalt und auch zum Ausbau der Kitaplätze. Daran wird bereits gearbeitet. Ich würde gerne erst einmal die Ergebnisse abwarten, bevor ich heute etwas anderes beschließe.

Lassen Sie mich zu meiner vorhin getroffenen Aussage zurückkommen. Ein vernetztes Betreuungs- und Bildungsangebot ist schon heute vorhanden oder befindet sich bereits im Aufbau. Ich würde mir wünschen, dass man die bestehenden Netzwerke nutzt, die es dort vor Ort schon gibt. Das ist der richtige Weg. Ich warne vor jedem Beschluss, durch den Parallelstrukturen aufgebaut würden. Das wäre eher kontraproduktiv. Man sollte mit den dort vor Ort vorhandenen Modellen weitermachen.

Lassen Sie mich abschließend direkt auf Ihren Antrag eingehen. Wie ich eingangs schon fest-

gestellt habe, ist er sehr allgemein gehalten und hat wenig Bezug zum konkreten Sozialraum. Viele Punkte sind auch bereits umgesetzt oder in Planung. Ich gehe die Punkte einfach einmal durch.

Punkt 1: Darin fordern Sie eine Vernetzung. Das erfolgt schon.

Punkt 2: Dass das alles dem 2000 erstellten integrierten Handlungskonzept entsprechen soll, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Das geschieht also ebenfalls.

Punkt 3: Bei der Stadt soll es eine Fachstelle geben, die eine enge Abstimmung mit der Koordinatorin durchführt. Das ist auch schon erfolgt und damit ebenfalls erledigt.

Wenn die Punkte 1 bis 3 bereits umgesetzt werden oder erledigt sind, ist der Punkt 4 natürlich auch nicht mehr von Relevanz.

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Es kann ja durchaus sein, dass Herr Ott oder andere Ratsglieder hier etwas mehr Informationen haben als ich. Lassen Sie uns Ihren Beschluss mit der Aufforderung an die Verwaltung verknüpfen, eine Stellungnahme vorzulegen, in der sie die Ergebnisse der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts darstellt. Lassen Sie uns also ergänzend eine Art Status-quo-Abfrage vornehmen, um zu erfahren, was in diesen acht Jahren geschafft wurde und was nicht gelungen ist.

Das sollten wir in Ihren Antrag mit aufnehmen und ihn an die zuständigen Ausschüsse – Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Schule und Weiterbildung und Liegenschaftsausschuss – sowie an den Sanierungsbeirat Finkenbergring, der mir als Porzler besonders am Herzen liegt, überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Von daher schlage ich Ihnen vor: Lassen Sie uns das Ganze dorthin verweisen. Lassen Sie die Verwaltung uns allen hier die Ergebnisse auf den Tisch legen.

Wenn Sie dann einen spezifizierten Antrag mit ganz konkreten Punkten stellen, werden die CDU-Fraktion und ich die Letzten sein, die nicht sagen: An dieser Stelle haben wir etwas dazugelernt; da müssen wir noch etwas verbessern. – Dann können wir das auch unterstützen.

Falls Sie dieser Verweisung nicht zustimmen, können wir Ihrem Antrag in der vorliegenden

Form aus den dargelegten Gründen allerdings nicht unsere Zustimmung geben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Schlieben. – Frau Gebauer, bitte.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen bedarf der Kooperation. Im Rahmen einer Kooperation müssen aus den verschiedenen Bereichen Angebote und Ideen zusammengeführt werden.

Im Konzept der OGTS als neuer Angebotsform begegnen sich die Vorstellungen von Schule und Kinder- und Jugendhilfe zur adäquaten Gestaltung schulischer und außerschulischer Prozesse. Durch den offenen Ganztagsbetrieb im Grundschulbereich findet bereits eine verstärkte Einbeziehung außerschulischer Partner statt, welche eine stärkere Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe nicht nur im Rahmen der Offenen Ganztagschule zwingend notwendig macht. Diese Kooperation ist auch ein wichtiges Instrument in Bezug auf die Gestaltung einer öffentlichen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in der Kommune. Erst dann kann eine Bildungslandschaft entstehen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, besser hätte ich das auch nicht formulieren können. Diese Ausführungen stammen nämlich nicht von mir. All das können Sie in diversen Studien nachlesen, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, der verschiedenen Landesministerien und des Bundesministeriums erstellt worden sind, die auch die Erkenntnisse von Fachtagungen und Kongressen aufgreifen, die in den letzten Jahren zum Thema Bildungs- und Betreuungslandschaft in ganz Deutschland abgehalten worden sind.

Nun gilt es, diesen schlaun Worten Taten folgen zu lassen. Dies kann in den verschiedensten Varianten erfolgen. Eine Variante ist zum Beispiel, in jeder Ratssitzung einen neuen Stadtteil aufzurufen und diesen explizit als neue Bildungs- und Betreuungslandschaft auszuweisen. Dieses Verfahren begann mit der Bildungslandschaft Altstadt-Nord, im vergangenen Herbst folgte der Antrag von Rot-Grün zur Bildungslandschaft Vingst-Höhenberg, jetzt beraten wir über den Antrag von Rot-Grün zur Neuordnung der Bildungslandschaft Finkenberg.

Regionale Bildungslandschaften - das wurde hier schon mehrfach gesagt - bedeuten letztendlich nichts anderes als Auf- und Ausbau sowie Vernetzung der verschiedenen Institutionen vor Ort mithilfe der Politik. Wir als FDP-Fraktion stehen dieser Vernetzung nicht im Wege. Im Gegenteil, wir möchten, dass die Politik überall dort, wo es notwendig ist und Sinn macht, Unterstützung gibt. Deshalb haben wir diesen Ergänzungsantrag gestellt, der dafür Sorge tragen soll, dass die Verwaltung den Mitgliedern des Rates, sprich: uns, mitteilt, welche weiteren Stadtteile für eine Neugestaltung der Bildungs- und Betreuungslandschaft vorgesehen sind und warum es gerade dort erforderlich ist. Dieser Vorlage kann dann flächendeckend für Köln nachgegangen werden.

Wir als Kommunalpolitiker haben die Aufgabe, mithilfe der Jugend- und Bildungspolitik und unter Einbeziehung von Wirtschaft, Stadtentwicklung, Sport und Kultur sowie Kindern und Jugendlichen im gesamten kommunalen Raum Köln bessere Bedingungen und vielfältige Gelegenheiten für ihre Bildung zu bieten und insbesondere Kinder und Jugendliche in benachteiligten und schwierigen Lebensverhältnissen besser und wirksamer zu fördern. Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Frau Gebauer. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? - Bitte, Herr Ott.

**Jochen Ott (SPD):** Nur zum Verständnis: Herr Dr. Schlieben, es geht hier darum, dass wir auch in diesem Fall festgestellt haben, dass in verschiedenen Bereichen der Verwaltung unabhängig voneinander gearbeitet worden ist. Das, was Frau Gebauer zum Schluss gesagt hat, bringt es auf den Punkt. Wenn es die Notwendigkeit gibt, dass in bestimmten Bereichen bauliche Veränderungen stattfinden müssen, und diese auch vonseiten der Verwaltung als notwendig erachtet werden und auch schon vom Bereich Gebäudewirtschaft geplant werden, dann kann ich verstehen, dass Teile der CDU das lieber mit der Gebäudewirtschaft alleine regeln wollen.

Es ist aber grundsätzlich richtig, ein Gesamtkonzept zu verfolgen. Wir würden uns freuen, wenn wir mit einem solchen Konzept dafür sorgen könnten, dass alle Bildungsakteure vor Ort mitreden und mitgestalten könnten. Deshalb habe

ich die große Bitte, diesem Antrag mit den Zusätzen, die von der FDP vorgeschlagen worden sind, zuzustimmen. Damit werden wir Ratsmitglieder mittelfristig in die Lage versetzt, bevor wir das Geld verbauen lassen, alle Akteure an einen Tisch zu holen, damit eben keine Parallelstrukturen existieren, wie es in der Vergangenheit passiert ist. Genau das ist Sinn und Zweck des Sozialraumkonzepts und auch solcher Anträge.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Grau noch einmal.

**Walter Grau (CDU):** Herr Ott, ich spreche Ihnen ab, die Situation in Finkenberg relativ gut beurteilen zu können. Ich habe festgestellt, dass Sie Finkenberg immer nur dann aufgreifen, wenn Wahlen anstehen, in der dazwischen liegenden Zeit jedoch nicht. Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen, dass es in Finkenberg - das hat Herr Schlieben hier sehr präzise geschildert - unwahrscheinlich viele Initiativen gibt. Es gibt sehr viele private Organisationen, die sich dort einbringen. Die Leute vor Ort wundern sich schon - Sie sollten ihnen einmal zuhören - über jedes weitere Koordinierungsgremium.

(Beifall bei der CDU)

Wir sitzen nur noch in Koordinierungsgremien und können unsere praktische Arbeit vor Ort nicht durchführen.

(Beifall bei der CDU)

Die baulichen Maßnahmen, die Sie hier angesprochen haben, sind aufgrund von Fehlplanung beziehungsweise Versäumnissen der Verwaltung durchgeführt worden. Dort wird eine funktionierende Kindergartenlandschaft durch den Bau eines Investors zerstört. Ein sechszügiger Kindergarten muss auf vier Züge zurückgefahren werden. Wer wird dann die Investitionen tätigen? Es ist die Stadt.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/  
Die Grünen])

- Frau Moritz, Ihre Bemerkung greift zu kurz. Darauf will ich gar nicht eingehen. Sie kennen die Entwicklung ganz genau. Diese haben wir Ihnen immer wieder angekreidet.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie wollten doch nicht darauf eingehen, Herr Grau!)

Ich halte den Vorschlag von Herrn Schlieben für sehr vernünftig; denn er nimmt auch die dort engagierten Institutionen und ehrenamtlichen Helfer mit ins Boot. Wir können das im Beirat beraten und die Bürger einbinden. Das ist der richtige Weg. Das, was Sie hier vorschlagen, ist dagegen Aktionismus, ohne den Hintergrund wirklich zu kennen.

(Beifall bei der CDU sowie von Manfred Rouhs [pro Köln])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich darüber abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Verweisungsantrag der CDU, der um die Beteiligung des Sanierungsbeirates usw. ergänzt wird, ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, die Fraktion pro Köln, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Linken. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Verweisung abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen in Verbindung mit dem Änderungsantrag der FDP. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind SPD, Grüne, FDP und Linke. Gegenstimmen? - Gegen die CDU und meine Stimme. Enthaltungen? - Von pro Köln und Herrn Dr. Müser.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.7 auf:

**2.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Beteiligung an der Ganztagschuloffensive der Landesregierung“ AN/1010/2008**

**Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion AN/1126/2008**

Für die antragstellende Fraktion spricht Frau Manderla, bitte schön.

**Gisela Manderla (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wichtig und richtig die Schulreformen des Landes Nordrhein-Westfalen sind, kann man einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft zusammen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft entnehmen. Ergebnis der Studie war: Nordrhein-Westfalen ist Musterschüler in der Schulpolitik. Die Landesre-

gierung von Nordrhein-Westfalen hat ihre Hausaufgaben gemacht. Nordrhein-Westfalen schneidet bei dieser Untersuchung teilweise wesentlich besser als beispielsweise Bayern ab.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des Ganztags, zu dem wir uns alle bekennen, und aufgrund der Schulzeitverkürzung auf acht Jahre bis zum Abitur hat die Regierungskoalition in Düsseldorf ein umfangreiches Programm zum Ausbau des Ganztagsbetriebs und eine pädagogische Übermittagsbetreuung beschlossen. Das ist ein wichtiges Signal sowohl für die Schülerinnen und Schüler unseres Landes als auch für ihre Eltern.

Das Programm beinhaltet neben den bereits geschaffenen Ganztags Hauptschulen die zusätzliche Einrichtung von Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien, eine pädagogische Übermittagsbetreuung für alle Schüler der Sekundarstufe I, also auch für diejenigen, die keine Ganztagschule besuchen, aber Nachmittagsunterricht haben, sowie eine umfangreiche Investitionsinitiative, das sogenannte „1 000-Schulen-Programm“.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist das ein weiterer wichtiger Schritt zur nachhaltigen Optimierung der Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen und eröffnet der Kommune große Chancen. Deshalb halten wir es für zwingend erforderlich, die Rahmenbedingungen und Antragsmodalitäten schnellstmöglich durch die Verwaltung in Erfahrung bringen zu lassen, aber vor allen Dingen auch die Schulleiter umfassend über die Fördermöglichkeiten zu beraten.

Dazu soll eine Projektgruppe eingerichtet werden, die in enger Abstimmung mit den Schulen diese ist dringend notwendig - ein Konzept für ein ausgewogenes Ganz- und Halbtagsangebot erarbeitet und dessen Umsetzung stadtweit koordiniert. Um Köln die bestmögliche Ausgangslage zu verschaffen, soll die Projektgruppe, sobald der Erlass auf Landesebene ergeht, schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen und dabei auch die beim OGTS-Ausbau gewonnenen inhaltlichen und organisatorischen Erfahrungen einbeziehen. Köln hat bereits viele gute Programme erarbeitet. Beispielsweise werden bereits seit einigen Jahren Räume für ein Ganztagsangebot in die Planung von Bauprojekten einbezogen.

Meine Damen und Herren, wie wir nach Antragstellung erfahren haben, hat die Verwaltung bereits auf unseren Antrag reagiert und kann einige

unserer Fragen schon jetzt beantworten. Daher möchte ich Frau Dr. Klein bitten, die von uns gestellten Fragen, so weit möglich, zu beantworten.

Dem Änderungsantrag der FDP werden wir gerne zustimmen. Umso mehr Ganztagschulen wir in Köln auf unsere eigene Initiative und auf Initiative des Landes bekommen, desto besser für unsere Kinder. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie von Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Dr. Klein, ist es Ihnen möglich, direkt darauf zu antworten? - Bitte schön.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben unmittelbar nach der Presseerklärung des Ministerpräsidenten eine Anfrage an die Schulen der Sekundarstufe I gerichtet. Die Rücklaufquote liegt im Moment bei 75 Prozent, die der Gymnasien schon bei 93 Prozent. Sie sehen, es gibt ein großes Interesse. Ca. 60 Prozent der Gymnasien wollen in den Ganztag gehen. Die interne Arbeitsgruppe ist gebildet. Wir sind mitten in der Arbeit. Ich glaube, die Signale sind durchaus positiv. Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Frau Dr. Klein. Frau Heuer, bitte.

**Ulrike Heuer (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zielrichtung des CDU-Antrags liegt auf der Hand: Man startet zunächst eine landesweite Initiative, beauftragt anschließend die Kommune mit einer Abfrage zum Ganztagsbetrieb an weiterführenden Schulen, diese stellt, wie schon gehört, den großen Bedarf fest, und die Kölner CDU sonnt sich dann in ihrem Landesprogramm. Ich befürchte allerdings, dass dieser Schuss nach hinten losgeht.

Schon 2005 war Nordrhein-Westfalen bei den Ganztagsangeboten bundesweit federführend.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP schaffte die rot-grüne Landesregierung ein erhebliches Angebot in der Primarstufe. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich vor der Landtagswahl in Podiumsgesprächen gesessen

habe, bei denen Vertreterinnen der CDU gesagt haben: Mit uns wird es diese schreckliche Offene Ganztagschule nicht geben, sondern nur einige Horte.

(Jochen Ott [SPD]: Genau so war das!)

In logischer Konsequenz dessen, was wir eingeführt haben, verlangen die Eltern natürlich nun auch entsprechende Angebote an den weiterführenden Schulen. Weit mehr als 50 Prozent der Eltern von Kölner Grundschulern haben ihre Berufstätigkeit auf den Ganzttag ausgerichtet. Mit Recht verlangen sie, dass dieses Angebot an den weiterführenden Schulen fortgesetzt wird. Die Befragung, die Sie fordern - diese ist übrigens schon vor Antragsschluss von den Schulen beantwortet worden -, hat ergeben, dass 50 Prozent oder mehr den gebundenen Ganzttag wollen; diese Zahl wurde von Frau Dr. Klein eben noch einmal bestätigt.

Mit der Einführung des Turbo-Abiturs bewies Schulministerin Sommer einmal mehr, wie die Realität an den Schulen missachtet wird. Die Schulzeitverkürzung führt zu einer übermäßigen Verdichtung des Unterrichtes, insbesondere für die jüngeren Schülerinnen und Schüler. Der Nachmittagsunterricht ist heute schon an den Schulen der Sekundarstufe I Alltag. Um adäquate Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Ausstattung der Schulen für eine Übermittagsbetreuung und Verpflegung, hat sich die Landesregierung nicht gekümmert. Man hat wohl gehofft, die Entwicklungen aussitzen zu können. Ich erinnere mich noch gut an die Idee von Frau Sommer, dieses Problem mit Samstagsunterricht zu lösen. Die Reaktionen darauf waren verheerend; denn Schüler, Eltern, Lehrer und auch Wissenschaftler haben diesen Vorschlag abgelehnt.

Das „1 000-Schulen-Programm“, für das man sich jetzt loben lassen will, ist wieder eine solche Mogelpackung. Überstürzt zusammengeschustert, mit viel zu geringen finanziellen Mitteln ausgestattet und auf zwei Jahre begrenzt, ist die Landesinitiative nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Umwandlung von nur einem Gymnasium und nur einer Realschule pro Schulbezirk ist viel zu wenig und benachteiligt vor allem die größeren Städte. Wenn diese Initiative Wirkung entfalten soll, müssten in jedem Stadtbezirk mindestens zwei weiterführende Schulen umgewandelt werden, um die Nachfrage befriedigen zu können. Es zeigt sich, dass die Vernachlässigung des Themas Ganztagsunterricht in der Se-

kundarstufe I die CDU-FDP-Landesregierung wieder einholt.

(Marco Mendorf [FDP]: Eure Vernachlässigung!)

175 Millionen Euro stellt das Land bereit, allerdings mit einer groben Ungleichbehandlung: Die Ganztags Hauptschule, die immer weniger Schüler hat, wird mit 1 Million Euro gefördert, während andere Schulformen nur ein Zehntel des Betrages erhalten; das ist ein lächerlicher Betrag. Zur Kasse gebeten werden die Städte und Gemeinden, die den zusätzlichen Bedarf abdecken müssen. Übrigens, zu früheren Zeiten erhielten die Ganztagschulen, die heute eine halbe Stelle zusätzlich bekommen, bei vergleichbarer Größe das Zehnfache.

Eine Mogelpackung ist auch die angekündigte maximale Bezuschussung des Baus von Mensen und Aufenthaltsräumen in Höhe von 100 000 Euro. Das ist eine völlig realitätsferne Summe. Fachleute beziffern den Bau einer Schulmensa auf 750 000 bis 1 Million Euro. Die Kölner Schulverwaltung schätzt ein, dass für ein bedarfsorientiertes Umbauprogramm an den 30 städtischen Gymnasien und 23 Realschulen ein hoher zweistelliger Millionenbetrag benötigt wird.

Ein weiterer Knackpunkt ist, das nach den Landesvorstellungen das „Programm 13 plus“, das bisher die Übermittagsbetreuung sicherstellte, zugunsten der neuen Konzeption aufgegeben werden soll. In der Vergangenheit gab es da zusammen mit der Jugendhilfe eine ganze Menge von pädagogisch wertvollen Angeboten. Deren Zukunft ist jetzt massiv gefährdet.

Zum Glück sind wir in Köln - das wurde heute schon mehrfach festgestellt - den Düsseldorfern eine Nasenlänge voraus. Übrigens, bereits 2005 hat die Kölner SPD gefordert, in einem Pilotprojekt den Ganztagsbetrieb an mehreren Mülheimer Gymnasien einzuführen.

Die Schulverwaltung mit unserer Dezernentin Agnes Klein an der Spitze handelt und wird durch entsprechende politische Beschlüsse unterstützt. Sie legte im vorigen Jahr ein Raumprogramm für die Mittagsversorgung auf und stellte für die Baumaßnahmen an 14 Kölner Gymnasien insgesamt 9 Millionen Euro bis 2009 bereit. In einem ersten Schritt wird zum Beginn des kommenden Schuljahres jeweils ein Gymnasium pro Stadtbezirk eine Mittagsversorgung anbieten können.

Wie auch aktuelle Podiumsdiskussionen mit Eltern und Lehrern belegen, sind durchdachte Ganztagskonzepte und ein schlüssiges Raumkonzept gefordert. Hier kann sich die CDU-FDP-Landesregierung nicht aus der Pflicht stellen. Es wurden hier gerade Untersuchungen einiger Wirtschaftsinstitute erwähnt und betont, wie gut Nordrhein-Westfalen dabei abgeschnitten habe. Ich halte es da, ehrlich gesagt, mit Kanzler Kohl, der einmal gesagt hat: „Es kommt darauf an, was hinten herauskommt.“ Und das ist zurzeit überhaupt noch nicht zufriedenstellend.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt - da weiß ich mich wohltuend mit der Einschätzung unseres Oberbürgermeisters im Konsens - lässt uns das Land mit einer angemessenen Finanzierung im Stich. Viel zu oft springt Düsseldorf zu kurz und lässt die Städte und Gemeinden im Regen stehen. Ich schließe mich der Forderung des Oberbürgermeisters als Vorsitzenden des Städtetages NRW an, der ebenfalls eine Aufstockung der Finanzmittel für den Ganztag fordert.

Wie eben durch die Stellungnahme von Frau Dr. Klein deutlich geworden ist, betrachten wir beide Anträge als erledigt. Ich bitte dafür um Ihre Zustimmung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Heuer. Frau Ulke, bitte.

**Sabine Ulke** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heuer hat schon einiges zu der Mogelpackung gesagt. Ein weiterer wichtiger Hinweis ist, dass es kein zusätzliches Programm geben wird. Das „Programm 13 plus“ hat lediglich einen anderen Namen bekommen und heißt jetzt „Programm zum Ausbau des Ganztagsbetriebs und einer pädagogischen Übermittagsbetreuung“. Es kann sogar passieren, dass einige Schulen, die jetzt eine Übermittagsbetreuung für viele Gruppen anbieten, schlechter dastehen werden.

Ich hängele mich noch einmal am CDU-Antrag entlang, der immer wieder Beauftragungen an die Verwaltung fordert. Auch ich muss das Wort „Hausaufgaben“ in den Mund nehmen. Lange vor der Offensive des Landtags hat die Schulverwaltung bereits entsprechende Abfragen ge-

startet; das haben wir schon einige Male gehört. Der Schulausschuss hat auch schon ein umfangreiches Maßnahmenprogramm beschlossen und festgestellt, dass die dafür bereitgestellten Mittel in keinsten Weise den Anforderungen entsprechen, die wir hier in Köln haben.

Sie stellen sich heute hierhin und wollen sich als Helden des Ganztags feiern lassen. Darauf kann ich nur sagen: Als wir damals mit dem Ganztag angefangen haben, haben Sie uns lange Zeit dicke Knüppel zwischen die Beine geworfen. Ich erinnere mich noch gut daran, dass ich Sie, als es um die Erweiterung von Schule ging, gefragt habe: Wie sieht denn demnächst die Erweiterung für den Ganztag aus? Daran hat man 1999 und 2000 leider noch gar nicht gedacht.

Der einzig wahre Grund für die Offensive im Landtag ist, dass Sie mit dem Rücken an der Wand standen und den vielen Elternprotesten nicht mehr standhalten konnten. Aus diesem Grund mussten Sie sich irgendetwas überlegen. Das greift nun aber finanziell viel zu kurz. Es geht nicht nur um finanzielle Ausstattung. In dieser Sache geht es auch darum, andere pädagogische Konzepte zu entwickeln. Ganztagsbetrieb bedeutet auch, dass der Tag ganz anders rhythmisiert werden muss. Ganztag bedeutet nicht, dass es vormittags Unterricht und nachmittags Unterricht gibt und dazwischen ein Butterbrot und Hausaufgabenbetreuung. Deshalb greifen alle Ihre Vorschläge zu kurz; das ist Ganztag light.

Die Stellungnahme der Verwaltung hätte ruhig etwas ausführlicher ausfallen können. Vielleicht können Sie dazu noch etwas mehr sagen. Aber in Anbetracht der schon gemachten Ausführungen sage auch ich: Beide Anträge sind als erledigt zu betrachten. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie von Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Ulke. Für die FDP Frau Gebauer, bitte.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verwaltung war bereits, wie schon gehört, im Sinne des Antrags tätig. Entsprechende Auskünfte zu den Punkten 1, 2 und 3 des CDU-Antrags liegen vor. Nicht behandelt wurde dagegen Punkt 4, unser Ergänzungsantrag.

Mit der neuen, dringend gebotenen Ganztagsoffensive hat die Landesregierung nach den Hauptschulen nun die Realschulen und Gymnasien in den Blick genommen. Diese Ganztagsoffensive beinhaltet nicht nur die bedarfsgerechte Einführung von gebundenen Ganztagsgymnasien und -realschulen, sondern auch die pädagogische Übermittagbetreuung in allen Halbtagschulen der Sekundarstufe I mit dem Programm „Geld oder Stelle“ sowie ein Investitionsprogramm mit dem schönen Arbeitstitel „1 000 Schulen“.

Der Aufbau von gebundenen Ganztagsgymnasien und -realschulen sowie der Ausbau der Betreuungsangebote in der Sekundarstufe I ist die logische Konsequenz aus der stetig wachsenden Nachfrage nach Betreuungsangeboten, die über den Kindergarten und die Grundschule hinausgehen.

Meine Damen und Herren von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, lassen Sie mich kurz etwas zu Ihren Ausführungen sagen. Ihrer Kritik des zu geringen Wurfes dieser Offensive der Landesregierung möchte ich entgegenhalten: Diese Offensive, die zuerst auf die Hauptschulen nun aber auch auf die Gymnasien und Realschulen abzielt, ist um Klassen besser als der Tiefschlaf, den Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, in Sachen gebundener Ganztags an weiterführenden Schulen in den letzten Jahren gehalten haben.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Einstieg, der sicherlich noch ausbaufähig ist. Angesichts dessen, wie vehement sich Frau Moritz hier vorhin in Sachen KiBiz eingesetzt und gefordert hat, mehr für Köln herauszuholen, wundert es mich schon sehr, dass SPD und Grüne unseren Antrag jetzt als erledigt betrachten.

Meine Damen und Herren, Schule ist kein Allheilmittel, um Missstände in den Elternhäusern auszugleichen und gesellschaftliche Klassenschranken aufzuheben. Diesem falschen Anspruch wird auch die flächendeckende und bedarfsgerechte Einführung von gebundenen Ganztagsgymnasien und -realschulen nicht gerecht werden können. Schule muss vorrangig einen Bildungsauftrag, einen Bildungscharakter haben. Aber - das ist mittlerweile unbestritten - die Ausbildung an gebundenen Ganztagschulen kann auch für Chancengleichheit für alle Kinder, insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Schichten sorgen. Diesem Angebot gilt es, Tor und Tür weit zu öffnen.

Zur Offensive der Landesregierung sagen wir als Kölner FDP ausdrücklich Ja und danken der Landesregierung für die dringend notwendige Maßnahme. Der Weg des Ausbaus aber muss nach unserer Meinung für Köln ein anderer sein. Mithilfe eines geänderten Verteilerschlüssels soll mittelfristig und somit auch für Köln umsetzbar allen Kölner Eltern und Kindern das Angebot des gebundenen Ganztages als Alternativangebot zu den weiter bestehenden Halbtagschulen zur Verfügung stehen.

Die von der Verwaltung erstellte Umfrage an Kölner Realschulen und Gymnasien - an dieser Stelle möchte ich die Ausgestaltung des Fragebogens sowie die Zügigkeit, mit der die Verwaltung hier ans Werk gegangen ist, ausdrücklich positiv erwähnen - hat, wie von Frau Dr. Klein ausgeführt, ergeben, dass über 50 Prozent beider Schulformen gerne in den gebundenen Ganztags einsteigen möchten, und zwar zeitnah. Mit der jetzigen Methode der jährlichen Umwandlung von je einem Gymnasium und einer Realschule in eine Ganztagschule ist der Aspekt „zeitnah“ leider nicht zu verwirklichen. Um den jetzt vorhandenen Schwung bei den Schulen in Sachen Ganztags aufzugreifen und mitzunehmen, müssen wir den Schulen eine zeitnahe Perspektive zur Umsetzung ermöglichen.

Mithilfe unseres Ergänzungsantrages wollen wir erreichen, dass auch in Großstädten wie Köln die bedarfsgerechte Umwandlung gemäß der Landesoffensive mit den damit verbundenen Sach- und Personalkosten innerhalb der nächsten vier Schuljahre, beginnend ab dem Schuljahr 2009/2010, erfolgreich abgeschlossen sein wird. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass bis zum Schuljahr 2012/2013 jede Schule in Köln, sowohl Gymnasium als auch Realschule, die den Willen zum Ganztags bekundet hat, so früh wie möglich an den Start gehen kann.

Ich appelliere noch einmal an Rot und an Grün, den von uns gestellten Antrag nicht als erledigt anzusehen. Wir hoffen auf Unterstützung für unsere Kölner Kinder. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Gebauer. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Demirel.

**Özlem Demirel (Die Linke.Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Gebauer, eigentlich wurde fast alles, was

dazu zu sagen ist, von Frau Heuer und Frau Ulke gesagt. Das möchte ich hier nicht noch einmal wiederholen.

Allerdings habe ich nach Ihrer Rede das Bedürfnis, Folgendes noch einmal richtig zu stellen: Sie haben stolz erwähnt, dass das viel mehr sei als das, was die alte Landesregierung im Bereich Ganzttag gemacht hätte. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass diese Ganzttagsoffensive eine logische Konsequenz aus der Schulzeitverkürzung ist und Sie gar keine andere Wahl hatten. Nichtsdestotrotz greift das, was nun gemacht werden soll, viel zu kurz. Sie haben im Grunde gerade zugegeben, dass das noch stärker von den Kommunen geschultert werden muss. Das heißt, dass Sie große Projekte auf Landesebene machen, sich mit irgendwelchen Federn schmücken, aber sagen, dass die Kommunen das leisten sollen, obwohl eine ganz andere Sache dahintersteckt, nämlich die Schulzeitverkürzung.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Mir wurde gerade signalisiert, dass die Dezernentin noch einmal dazu Stellung nehmen will. Bitte schön, Frau Dr. Klein.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wurde eben gebeten, noch etwas ausführlicher Stellung zu nehmen. Das will ich gerne tun.

Wir haben unmittelbar nach der Presseerklärung des Ministerpräsidenten eine Fragebogenaktion an allen Schulen der Sekundarstufe I gestartet. Wir haben jetzt einen Rücklauf von 75 Prozent. Ich sagte bereits, dass sich 93 Prozent der Gymnasien gemeldet haben; durch G8 ist der Druck und der Bedarf bei denen natürlich am höchsten. Im Moment haben uns 59 Prozent der Gymnasien und Realschulen - das sind circa 27 Schulen - zurückgemeldet, dass sie in den gebundenen Ganzttag wollen. Wir werden jetzt eine Vorauswahl treffen, Kriterien entwickeln und dann auch mit einem Vorschlag in die Debatte gehen.

70 Prozent insgesamt und 90 Prozent der Gymnasien haben ein Interesse an der pädagogischen Übermittagbetreuung geäußert; auch das ist ein sehr hoher Bedarf. Im Rahmen der Arbeitsgruppe werden wir alle Schulen aufsuchen und beraten. 62 Prozent der Schulen, die eine Übermittagbetreuung befürworten, wollen mit Jugendhilfeträgern als möglichen Kooperations-

partnern ins Rennen gehen. Ich sage ausdrücklich: Das finde ich sehr positiv.

Bezüglich der Investitionen darf ich Ihnen mitteilen, dass wir derzeit an elf Gymnasien in Köln mitten in der Arbeit stecken, um dort zum Schuljahresbeginn 2008/2009 eine Übermittagbetreuung inklusive Mittagessen auf den Weg zu bringen. Wir wollen natürlich die Investitionsmittel, die jetzt im Rahmen des Landesprogramms zur Verfügung gestellt werden, möglichst einbinden. Wir stehen im Moment in sehr engen Gesprächen mit dem Land. Das Land ist zurzeit dabei, den Erlass zu erarbeiten. Wir versuchen, nahtlos darin einbezogen zu werden. Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Dr. Klein. Herr Sterck noch einmal.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Frage an Frau Dr. Klein. In der Debatte wurde ja von Frau Heuer gesagt, der Ergänzungsantrag der FDP sei damit erledigt. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass ein solcher Appell an das Land, nämlich nicht pro Kreis und Jahr nur eine solche Schule einzurichten, hilfreich sein könnte? Kann es nicht hilfreich sein, dass uns von Seiten des Landes ein anderer Verteilerschlüssel zugesprochen wird, sodass wir mehr Schulen der jeweiligen Schulformen in Ganzttagsschulen umwandeln können?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Dr. Klein.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Meine Damen und Herren! Herr Sterck, natürlich ist es nicht meine Aufgabe, politische Anträge zu kommentieren.

(Ralph Sterck [FDP]: Und wenn Sie danach gefragt werden?)

Ich habe Ihnen die Bedarfslage ja geschildert. Bisher haben auf unsere Abfrage hin schon 27 Gymnasien und Realschulen ihr Interesse bekundet. Wenn wir von dieser Bedarfslage ausgehen, pro Jahr aber nur ein Gymnasium und eine Realschule in den Ganzttag überführen können, wird das - das können Sie sich selbst ausrechnen - 13 bis 14 Jahre dauern. Angesichts des Drucks, den viele Eltern durch die Verkür-

zung der Schulzeit spüren, ist dieser Zeitraum deutlich zu lang.

Anlässlich einer Podiumsdiskussion im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium wurde von den Elternpflegschaftsvorsitzenden und den Eltern sehr deutlich gemacht, dass sie einen erhöhten Bedarf sehen. Der Staatssekretär hat auch signalisiert, dass er die besondere Situation erkannt hat und diese beachten wird und dass Köln möglicherweise mit einer höheren Zahl rechnen kann. Diese Aussage erfolgte allerdings im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Wir werden gegenüber unseren Gesprächspartnern auf Landesebene, aber auch in den Stellungnahmen, die der Städtetag zur Erlasslage abgeben wird, sehr deutlich machen, dass die Vorgabe „ein Gymnasium und eine Realschule pro Jahr“ für die größte Stadt Nordrhein-Westfalens mit immerhin 30 Gymnasien und 23 Realschulen nicht ausreichen wird.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Dr. Klein. Herr Sterck noch einmal.

**Ralph Sterck (FDP):** Frau Dr. Klein, ich verstehe natürlich, dass Sie hier keine politischen Aussagen machen dürfen. Aber ich fasse es einmal so zusammen: Wenn Sie hier Stimmrecht hätten, würden Sie dem Änderungsantrag zustimmen, oder?

(Heiterkeit)

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Ich habe ja kein Stimmrecht.

**Ralph Sterck (FDP):** Ich wende mich noch einmal an SPD und Grüne: Sie richten in anderen Fällen immer wieder Resolutionen und Appelle an das Land. Jetzt geht es um den Appell einer Partei, die auch in der Regierung in Düsseldorf sitzt, damit wir in Düsseldorf mit unserer Forderung ein besseres Standing haben. Ich finde schon, dass SPD und Grüne sich durchringen sollten, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir nicht noch so ein Fiasko erleben wie vorhin bei der Abstimmung über die zweite Baustufe.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir jetzt abstimmen. - Wer für den Antrag der CDU plus den Änderungsantrag der FDP - -

(Ralph Sterck [FDP]: Darüber können wir doch getrennt abstimmen!)

- Sie wollen, dass wir darüber getrennt abstimmen. Okay, wenn das so von Ihnen gewünscht wird, tun wir das. Ursprünglich hatten Sie ja gesagt, dass Sie sich dem Antrag der CDU anschließen können. Das scheint jetzt nicht mehr gewollt zu sein.

Wer für den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, Herr Dr. Müser und Frau May. Gegenstimmen? - Von der SPD, den Grünen, pro Köln und der Linken. Enthaltungen? - Bei der FDP und mir.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Grünen, die FDP, Herr Dr. Müser, Frau May und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Enthaltung bei der Linken. Dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

#### **2.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus“ AN/0999/2008**

Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Grundgesetz von 1949 erhielt Deutschland seine freiheitlichste, stabilste und erfolgreichste Verfassung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung versteht sich nicht von selbst. Ihre grundlegenden Ideen müssen stets aufs Neue erworben, bewahrt, gesichert und verteidigt werden.

Unsere Verfassung, das deutsche Grundgesetz, gewährt den Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl von Freiheitsrechten. Diese Freiheitsrechte stehen allen zu, auch den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen. Das ist die logische Konsequenz aus dem Anspruch von unveräußerlichen Freiheitsrechten. Wer sich zu diesen unveräußerlichen Freiheitsrechten bekennt, muss dann aber auch sicherstellen, dass sie unveräußerlich bleiben. Wo deutlich erkennbar wird, dass Rechte dazu missbraucht werden, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben und damit das Fundament der Frei-

heitsrechte zu beseitigen, muss man gewillt sein, diese Werte zu verteidigen und unserem staatlichen Gemeinwesen die dafür nötigen Instrumente an die Hand zu geben.

Darum ist in unserem Grundgesetz das Prinzip der wehrhaften Demokratie verankert. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie artikuliert den Selbstbehauptungswillen der Demokraten gegen die Feinde der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Gerade die Erfahrungen der Weimarer Zeit haben uns Demokraten gelehrt, unsere Verfassung zu schützen, und zwar nicht erst dann, wenn die Bedrohung schon real ist, sondern präventiv. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie umfasst daher auch den Schutz vor der legalen Machtergreifung der Gegner unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Gefahr artikuliert sich nicht nur durch Gewalt, sondern schleichend auch durch Wahlergebnisse. Köln ist dafür ein Beispiel.

Wir Demokraten müssen wachsam sein. Die FDP hat darum mit voller Überzeugung der Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus in Köln zugestimmt. Die Gefahr von extremen Rechten ist da. Wir Demokraten müssen in Köln tätig werden.

(Beifall bei der FDP, von Teilen der CDU sowie bei pro Köln)

Es beunruhigt uns Liberale aber auch, dass die Systemfrage auch von extremen Linken gestellt wird und einhergeht mit parlamentarischen Erfolgen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Der Parteivorsitzende der Linken, Lothar Bisky, kommt medial vielleicht als netter älterer Herr herüber. Wir Liberalen nehmen ihn ernst und beim Wort, wenn er auf dem Bundesparteitag im Juni 2007 anführt - ich zitiere -:

Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse ... Wir stellen die Systemfrage!

Das sagt er nicht nur, das meint er auch. Herr Bisky ist kein gewalttätiger Umstürzler, der Bomben legt. Seine Mittel sind demokratisch und legal. Seine Ziele sind es aber nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer die Systemfrage stellt, will die existierende freiheitliche demokratische Grundordnung verändern. Ansonsten würde er sie nicht infrage stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Systemfrage wird schleichend und vermeintlich ganz legal gestellt. Unser System der freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll uns scheinbarweise genommen werden, und zwar auch von den extremen Linken, die aus ihren Wahlerfolgen genügend Motivation ziehen. Hüten wir Demokraten uns davor, die extremen Linken unter dem Deckmäntelchen des Antifaschismus als Verbündete im Kampf gegen Rechtsextremismus in unsere Reihen einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Regina Wilden [pro Köln]: Bravo! - Unruhe)

Deren Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Er dient der extremen Linken dazu, auch der ihnen verhassten freiheitlich-demokratischen Grundordnung den Garau zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU sowie bei pro Köln)

Im Namen des Antifaschismus wurden den Menschen schon einmal in Deutschland die Freiheitsrechte durch eine Mauer geraubt.

(Josef Müller [CDU]: Richtig!)

Die pervertierte Begrifflichkeit eines antifaschistischen Schutzwalls gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sollte Mahnung für alle Demokraten sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Antwort auf den Faschismus war nicht die sozialistische DDR, auch nicht die DDR light ohne Mauer und mit menschlichem Antlitz. Die Antwort war und ist das deutsche Grundgesetz und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Das jedenfalls ist unser Verständnis, das Verständnis der Liberalen. Ich hoffe, dass alle Demokraten hier in diesem Hause das ebenso sehen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU sowie bei pro Köln)

Es ist Aufklärung gefragt, gerade auch bei jungen Menschen. Damit beschäftigt sich unser Antrag. Wir Liberalen sagen: Auch hier müssen wir Demokraten wachsam und präventiv tätig sein. Deshalb fordern wir eine Info- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus im Sinne einer wehrhaften Demokratie. Die Gefahr durch die extreme Linke ist in Köln da. Wir Demokraten müssen auch hier tätig sein. Ob nun rechter oder linker Demokrat, ob nun grüner oder liberaler Demokrat: Wir haben ein System zu verteidigen, die

freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf der unser Rechtsstaat fußt. Aus welcher Richtung, ob rechtsextrem oder linksextrem, die Gefahr kommt, sollte uns nicht auseinander dividieren. Wir tragen gemeinsam Verantwortung. Danke schön.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU sowie bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. Für die CDU spricht Herr Dr. Lemper, bitte schön.

**Dr. Lothar Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man kann sich manchmal nicht vor Zustimmung zu Wahrheiten schützen. Aber man kann sich natürlich vor falschen Koalitionspartnern schützen. Das nur als Hinweis am Rande.

(Beifall bei der CDU)

Die heutige Debatte muss im Zusammenhang mit der Debatte der letzten Ratssitzung gesehen werden. Ich sage noch einmal im Namen der CDU-Fraktion: Es war richtig, dass wir im NS-Dokumentationszentrum eine Stelle gegen den Rechtsradikalismus eingerichtet haben, die Grundwissen zum Rechtsradikalismus vermittelt, Bildung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit leistet und sich vor allem auch der rechtsextremistischen Jugendkultur widmet. Angesichts der Tatsache, dass vom Rechtsradikalismus in Deutschland eine große Gefahr ausgeht, die wir in keiner Weise negieren dürfen, war diese Entscheidung richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dort hinten rechts sitzen diejenigen, die mit Biederer-Männern gesichtern auftreten. Herr Rouhs, als Sie eben scheinheilig über die Straßenbeleuchtung geredet haben, war mir völlig klar, was Sie wollen: Ihnen ist doch völlig gleichgültig, ob die Kosten für die Straßenbeleuchtung oder die Müllgebühren steigen. Sie haben ein einziges Ziel, nämlich das rechtsradikale Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft hineinzutragen.

(Regina Wilden [pro Köln]: Das ist eine Frechheit!)

Sie treten hier mit einer widerlich biedereren Maske auf und wollen das Gegenteil dessen, was Sie uns hier erklären.

(Regina Wilden [pro Köln]: Das stimmt nicht, was Sie sagen! Seien Sie still!)

- Passen Sie einmal auf: Ich habe gerade gelesen, dass es in Köln 44 000 Analphabeten gibt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Regina Wilden [pro Köln])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe dieser Tage gelesen, dass der ehemalige Vizepräsident der FU Berlin erklärt hat, die Kölner CDU sei nicht in der Lage, sich von Rechts abzugrenzen. Ich kann darauf nur sagen: Zu dem Zeitpunkt, als wir uns von Herrn U. verabschiedet und gelöst haben,

(Manfred Rouhs [pro Köln]: Uckermann war das!)

haben Sie von der SPD mit der PDS koalitiert und überlegt, wie Sie die Zusammenarbeit einer stolzen demokratischen Partei mit einer linksradikalen Partei hier im Rat der Stadt Köln durchführen können. Auch das muss in diesem Zusammenhang gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt zwar unterschiedliche Ausrichtungen, unterschiedliche Schwerpunkte und auch unterschiedliche Wirkungen des Radikalismus. All das ist richtig. Aber wir unterscheiden nicht zwischen gutem Radikalismus und weniger schlechtem Radikalismus. Alles das, was Radikalismus ausmacht, ist schlecht und muss von den Demokraten bekämpft werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP sowie bei pro Köln - Regina Wilden [pro Köln]: Ja, da stimme ich Ihnen zu! Bravo!)

Deswegen war ich - Herr Börschel, das muss ich Ihnen sagen - schon unangenehm berührt, dass Sie unserer Überlegung nicht gefolgt sind, nämlich davon Abstand zu nehmen, ein Mitglied der PDS in den Beirat zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus einzubringen. Das war ungehörig und nichts anderes als eine moralische Aufwertung der PDS und der Linken, die eines Demokraten unwürdig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wurde eben aus dem Verfassungsschutzbericht zitiert. Dieser umfasst etwa 250 Seiten. In der kurzen Redezeit, die mir zur Verfügung steht, kann ich das nicht so ausführlich darstellen. Aber lesen Sie einmal nach, was darin zur PDS und der Linken gesagt wird. Ich wehre mich dagegen,

die eigentliche Zielsetzung der PDS und der Linken nur deshalb, weil Herr Gysi sozusagen der Talkshowmeister in Deutschland ist, zu negieren.

Ich habe hier die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, also der Verfassung, die von den Vorgängern der Linken formuliert worden ist. Ich will Ihnen nur einen einzigen Satz zitieren. In Art. 10 steht:

Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern. Dieses Recht kann nur durch Gesetz der Republik beschränkt werden.

Und durch die - -

(Regina Wilden [pro Köln]: Und durch die Mauer!)

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich der ganze Zynismus: Eine Freiheit, die den Bürgern gemäß Verfassung garantiert war, wurde ihnen nicht gewährt. Dafür war die Vorgängerorganisation der PDS, die SED, verantwortlich. Es ist wichtig, dass wir das nicht aus dem Blickwinkel verlieren.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP sowie bei pro Köln)

Deswegen ist es wichtig, dass wir, die demokratischen Parteien, den Kampf gegen den Extremismus führen. Dabei untergliedere ich nicht zwischen Links- und Rechtsextremismus, obwohl ich weiß, dass es Unterschiede, unterschiedliche Wirkungen und auch unterschiedliche Bedrohungen gibt. All das ist richtig.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Komisch! Sehr komisch!)

Aber unsere Aufgabe als Demokraten - das hat Kollege Breite hier eben gesagt - ist, die wehrhafte Demokratie zum Ausdruck zu bringen. Der Antrag der FDP ist eine gute Grundlage. In dieser Großstadt Köln, in einer Großstadt, die auch in der Vergangenheit ihren Widerstand gegen solche Entwicklungen gezeigt hat, in dieser stolzen Stadt müssen die demokratischen Parteien den Kampf gegen den Rechtsradikalismus und gegen den Linksradikalismus als eine wichtige, als eine notwendige Aufgabe begreifen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. Für die SPD spricht Herr Ott, bitte.

**Jochen Ott (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion wurde schon einmal im Mai 2007 gestellt. Damals wurde er mit Mehrheit abgelehnt. Im Anschluss an die Debatte um die Besetzung des Beirats folgt nun wieder derselbe Antrag mit lediglich einer Veränderung: Das Wort „Rechtsextremismus“ wurde gegen das Wort „Linksextremismus“ ausgetauscht.

Wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieser Stadt, sind der festen Überzeugung, dass uns eine allgemeine Debatte über Rechts- und Linksextremismus nicht weiterführt. Hier wird in unverantwortlicher Weise von den eigentlichen Gefahren abgelenkt. Mit den politischen Realitäten in Köln hat das nichts zu tun.

Worum geht es in dieser Kommune? Ich will mich zunächst auf Köln konzentrieren. Erstens: Von wo geht die eigentliche Gefahr für die Demokratie aus? Zweitens: Was können wir in Köln dagegen tun?

Zum ersten Punkt. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie - ich glaube, das ist ziemlich eindeutig - besteht darin, Rechts- und Linksextremismus inhaltlich gleichzusetzen; denn das kann den Blick auf die Realitäten in dieser Stadt verstellen. Wenn das Thema nicht so ernst wäre, müsste man den Antrag der FDP tatsächlich als Lachnummer bezeichnen. Denn für Köln können die Gruppierungen, die im Antrag erwähnt worden sind, überhaupt gar keine wie auch immer geartete Gefahr darstellen, weil sie schlicht nicht existieren.

(Zurufe: Doch!)

Da Sie gerade vom Verfassungsschutzbericht sprachen, will ich Sie von der CDU einmal daran erinnern, dass sich die Gruppe Linksruck 2007 aufgelöst hat und dass es eine Ortsgruppe der Roten Hilfe und der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union in Köln nicht gibt. Zwei der von Ihnen angeführten Gruppierungen werden im Verfassungsschutzbericht nicht einmal erwähnt.

Daraus wird eines deutlich, dass nämlich in Köln im Moment eines pressiert: Es sind rechtsradikale Umtriebe, wie wir sie letzte Woche in der Bezirksvertretung Ehrenfeld erleben mussten. Das ist ein akutes Problem in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Herr Lemper, wenn es Ihnen gar nicht um die „Spinner“, die es in einer Demokratie immer wieder gibt, geht, sondern in Wirklichkeit um die Lin-

ke, dann sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, dass ich der festen Überzeugung bin, dass uns eine Bildungsstätte gegen die Linkspartei in der politischen Auseinandersetzung nicht helfen wird. Hier kommt es darauf an, politisch Akzente zu setzen, statt die PDS - so haben Sie sie genannt - zu bekämpfen. Wir Sozialdemokraten nehmen diesen Ball auf.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln - Zurufe von der CDU)

Politisch motivierte Kriminalität geht von Rechtsextremen aus. Innenminister Wolf, der, wie Sie alle wissen, nicht meiner Partei angehört, hat in seinem Bericht dargestellt, dass in NRW über 4 000 Straftaten gemeldet wurden. Davon sind allein 3 000 der rechtsextremistischen Seite und 649 der linksextremistischen Seite zuzuordnen.

(Ralph Sterck [FDP]: Ist das nichts!)

Aber - ich zitiere jetzt Herrn Wolf -:

Der mit Abstand größte Teil der linksextremistischen Gewalttaten findet im Zusammenhang mit Demonstrationen statt - häufig solchen, die sich gegen Aufmärsche rechtsextremistischer Organisationen wenden.

Diese Zahlen richtig zu bewerten, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört auch zu einer realistischen Sicht der Dinge.

Der Innenminister betonte auf einer Pressekonferenz im März 2008:

NPD und pro NRW wollen über die NRW-Rathäuser den Sprung in den Landtag schaffen. ... Dies müssen wir Demokraten gemeinsam verhindern. ... Wir wollen mit den Kommunen Wege finden, die den Rechtsextremismus konsequent eindämmen.

(Ralph Sterck [FDP]: Machen wir ja!)

In den Kommunen muss die Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Rechtsextremismus intensiviert werden. Hier setzt Minister Wolf einen klaren Schwerpunkt, indem er zum Ausdruck bringt, dass sich darum gekümmert werden muss, was im Moment eine Gefahr ist; das sind die Rechtsextremen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Was unsere Vertreter, sowohl die Sozialdemokraten, die Christdemokraten, die Grünen als auch die Libe-

ralen, in den Bezirksvertretung Ehrenfeld erleben, ist eine absolute Zumutung.

(Zuruf: Waren die alle da? –  
Gegenruf: Ja!)

Auf Bürgerversammlungen der letzten Wochen wurde uns von Bürgern von diesen Ereignissen berichtet. Sie haben gesagt: Das ist ja wie in Weimar. Ältere Bürger haben gesagt: Das kann doch alles nicht wahr sein. Ich glaube, da lauert die wirkliche Gefahr. Diese müssen wir Demokraten erkennen und noch viel stärker zusammenstehen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der FDP - Ralph Sterck [FDP]: Tun wir ja!)

Das Schöne ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Köln einen ganzen Schritt weiter sind.

(Walter Grau [CDU]: Na klar,  
Ihr seid hemmungslos!)

Wir haben eine unglaublich gute Stelle geschaffen, nämlich die Info- und Bildungsstelle im NS-Dokumentationszentrum, die national Anerkennung erfährt, weil sie inhaltlich gut arbeitet.

(Josef Müller [CDU]: Dann lassen Sie  
die Linke raus!)

Über die Inhalte dieser Stelle jedoch wird hier gar nicht mehr diskutiert, sondern es werden immer wieder nur unsägliche Diskussionen geführt.

Last but not least, lassen Sie mich noch eines kurz zitieren, weil ich es für wichtig halte, was Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* in dieser Woche geschrieben hat:

Die Frage lautet: Taugt der Anti-Kommunismus, der jahrzehntelang der Kitt der westdeutschen Gesellschaft war, gleichwohl noch immer zu politischer Instrumentalisierung? Wirtschaftswunder, Westbindung, Integration ehemaliger Funktionäre des NS-Regimes - das alles funktionierte in der alten BRD auf der Basis eines parteiübergreifenden Anti-Kommunismus.

Er hatte seinen Höhepunkt zu Zeiten des Kalten Krieges, dessen innenpolitischer Gipfel wiederum das KPD-Verbot war: ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich ernsthaft, ob uns eine solche sehr einfach strukturierte Stimmungsmache und auch das Gleich-

setzen von Rechts und Links angesichts der historischen Erfahrungen wirklich weiterbringt. Ich glaube, in den nächsten Jahren ist es ganz besonders wichtig, den Rechtsradikalen dieser Stadt das Handwerk zu legen

(Josef Müller [CDU]:  
Den Linken auch!)

und die Partei Die Linke politisch zu bekämpfen. Dafür steht die Sozialdemokratie in Köln.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Andreas Köhler [CDU]:  
Mit den Linken? Hör auf! – Lachen bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz ist die nächste Rednerin.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lemper, ich höre Ihnen immer gerne zu. Aber Ihre Behauptung, wir würden mit den Linken koalieren, ist Quatsch, und das wissen Sie auch.

(Lachen bei der CDU)

- Muss ich Sie belehren, was eine Koalition ist?

(Zurufe bei der CDU: Nein!)

Eine Koalition geht man mit jemandem ein, indem man einen Vertrag macht.

(Walter Grau [CDU]: Machen Sie doch keine Wortspiele!)

Sogar unsere Zusammenarbeit mit der SPD bezeichnen wir als Kooperation. Wir hatten schon viele Formen der Zusammenarbeit.

(Martin Börschel [SPD]: Unsere ist die Schönste! - Heiterkeit)

Ich sage hier und jetzt: Jeder muss mit jedem demokratischen Mitglied hier im Rat zusammenarbeiten können,

(Zurufe bei der CDU)

und das erwarte ich auch. Die einzige Gruppe - -

(Zuruf von Wolfgang Simons [CDU])

- Herr Simons, Sie rufen hier oft Sachen herein, zu denen ich mich fragen muss, wo die wirklich Radikalen sitzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vielleicht sind Sie ja der nächste Uckermann.

(Widerspruch bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Das ist ja unverschämt! – Winrich Granitzka [CDU]: Du arbeitest doch mit den Kommunisten zusammen! - Walter Grau [CDU]: Das darf doch wohl nicht war sein! Das ist eine Rüge! Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir beschäftigen uns jetzt aber nicht mit der Frage, wer mit wem koalieren, kooperieren oder zusammenarbeiten kann, sondern

(Winrich Granitzka [CDU]: Ihr toleriert doch die Kommunisten! Das ist es doch! - Unruhe)

wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag der FDP, der eine Infostelle gegen Rechts fordert.

(Ralph Sterck [FDP]: Gegen Links!)

- Gegen Links. Ich kann es kaum aussprechen, Herr Sterck, so schlimm finde ich das. - Nun muss man sich als Erstes die Frage stellen, ob der Linksextremismus in Köln tatsächlich eine Bedrohung darstellt. Ich will die Ausführungen von Herrn Ott jetzt nicht wiederholen. All die Gruppen, die Sie in Ihrer Begründung aufzählen, sind in Köln entweder unbekannt oder sie haben sich vor längerer Zeit aufgelöst. Sie benutzen also ein Phantom, um andere Motive dahinter zu verbergen.

Im Kampf gegen politischen Extremismus, der als letztes Mittel auch Gewalt nicht ausschließt, sind wir uns alle einig. Darum scheint es aber nur vorgeblich zu gehen. Tatsächlich versucht die FDP zum wiederholten Male, durch eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus die rechte Gefahr zu banalisieren und zu bagatellisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Josef Müller [CDU]:  
Nein, nein!)

Allein schon der Vergleich der Hauptbetätigungsfelder zwischen der politischen Rechten und der Linken zeigt deutlich, von wem die wirkliche Gefahr für unsere Demokratie und unseren Rechts- und Sozialstaat ausgeht.

(Zuruf von der CDU: Schlafen Sie gut weiter)

Linke Schwerpunktthemen sind Antikapitalismus,

(Zuruf von der CDU)

- jemanden ausreden zu lassen gehört auch zur Demokratie -

(Josef Müller [CDU]: Zwischenrufe auch!)

Antimilitarismus, Antirassismus, Antifaschismus und der Kampf gegen Sozialabbau.

Auch die politische Rechte benutzt gerne ein antikapitalistisches Vokabular. Ihr klassischer Schwerpunkt liegt aber - das ist eine unrühmliche Tradition - in einer Ausgrenzungspolitik und in Hassattacken gegen Flüchtlinge, Migranten, insbesondere gegen Türken, gegen Juden, Behinderte, Lesben und Schwule, Obdachlose sowie - hören Sie gut zu - gegen Linke und Kommunisten. Sie versuchen, bei den gesellschaftlich und sozial zu kurz Gekommenen aggressiven Neid zu schüren. Von den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in unserer Gesellschaft fühlen sich viele Menschen überrollt, verängstigt und verunsichert. Einfache und autoritäre Denkmuster fallen daher auf fruchtbaren Boden. Es ist leider - ich betone: leider - zu konstatieren, dass fremden- und minderheitenfeindliche Positionen heute bis weit in der Mitte unserer Gesellschaft anzutreffen sind. Gerade das ist gefährlich.

Das bewegte den Rat zur Einrichtung der Info-stelle gegen Rechts. Hier setzt nämlich pK an. Es wäre die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, sich davon strikt abzusetzen und sich gemeinsam der rechtspopulistischen Politik entgegenzustellen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stattdessen, Herr Sterck,

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

spielen Sie das Spiel der Rechten mit. Ihr unrühmliches Taktieren um den Beirat für die Info-stelle gegen Rechts hatte nicht das Ziel, diese zu stärken. Es bestand einzig und allein darin, den Linken eins auszuwischen, auch auf die Gefahr hin, damit den antirechten Konsens im Rat aufzukündigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der Linken.Köln - Andreas Köhler [CDU]: Abenteuerlich! Hauptsache auf dem linken Auge blind!)

Damit spielen Sie den Rechten direkt in die Hände, die heute folgerichtig einen Antrag stellen, die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums zu diskreditieren.

Das erinnert mich fatal an Ihren Wahlkampf von 2004, als Sie die fremdenfeindlichen Attacken von pK gegen Flüchtlingsunterkünfte in Poll und Merkenich aufgegriffen und durch Ihre Äußerungen erst gesellschaftsfähig gemacht haben. Sie waren dafür mitverantwortlich, dass pK in beiden Stadtteilen weit über 10 Prozent der Stimmen holen konnte.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP] - Josef Müller [CDU]: Die Linken holen noch mehr! - Zuruf von Regina Wilden [pro Köln])

- Nein, die Linken holen Gott sei Dank nicht mehr. - Ich weiß, dass Sie glauben, dass Sie durch Ihre Stimmungsmache den Rechten Wähler ausspannen können. Aber erstens zeigt das Kommunalwahlergebnis von 2004, dass diese Rechnung nicht aufgeht, und zweitens haben Sie dadurch nichts an der Einstellung dieser Wähler geändert. Sie werden sich noch wundern über die Geister, die Sie riefen. Diesen Vorwurf richte ich an alle, die glauben, am rechten Rand fischen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich manche Zwischenrufe aus der Mitte des Rates, also nicht von pK, höre, bin ich erschrocken und angewidert. Hören Sie auf, rechtspopulistische Stimmung zu betreiben! Indem Sie deren Parolen gesellschaftsfähig machen, stärken Sie die Rechten nur. Bekämpfen wir alle gemeinsam Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass gegen Minderheiten, wo auch immer sie auftreten!

(Andreas Köhler [CDU]: Das ist wieder eine ganz schlimme Rede!)

Ihr heutiger Antrag lenkt vom Wesentlichen ab. Sie bekommen den Beifall - auch Sie, Herr Lemper; es tut mir Leid, das sagen zu müssen - von den falschen Leuten. Die Gefahr kommt von Rechts. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Jetzt hat für pro Köln Frau Wolter das Wort.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP fordert mit diesem Schaufensterantrag die Einrichtung einer Informations- und Bildungsstelle gegen den Linksextremismus. In der letzten Ratssitzung hat die kölsche Volksfront die Einrichtung einer solchen Informations- und Bildungsstelle gegen den Rechtsextremismus durchgesetzt – mit dem traurigen Ergebnis, dass wenigstens ein Linksextremist nunmehr politisch nicht korrekte Formationen ausspähen bzw. stigmatisieren kann. Der Steuerzahler darf dieses traurige Spektakel auch noch bezahlen. Nun entdeckt ausgerechnet die Kölner FDP die Gefahr des Linksextremismus in Köln.

Wie gefährlich der Linksextremismus ist, hat der Ablauf der Bürgeranhörung der Ehrenfelder pro-Köln-Fraktion am vorletzten Donnerstag im Ehrenfelder Bezirksrathaus eindrucksvoll bewiesen. Gewaltbereite Verfassungsfeinde, verummte Horden mit hasserfüllten Gesichtern und linke Gewalttäter, machten mit Unterstützung des Ehrenfelder Bezirksbürgermeisters Wirges gegen einen demokratischen Mitbewerber mobil. Gewaltsam sollte verhindert werden, dass im Bezirksrathaus eine friedliche Bürgeranhörung zum Bau der Kölner Großmoschee stattfinden konnte.

Dass ein SPD-Bezirksbürgermeister potenziellen Gewalttätern auch noch Zutritt in das Bezirksrathaus verschafft, damit diese eine Bürgeranhörung sprengen können, muss jeden Demokraten erschüttern.

(Beifall bei pro Köln)

Personen wie Herr Wirges bewegen sich in einer gefährlichen Grenzzone zum Linksextremismus und machen durch ihr Verhalten Verfassungsfeinde hoffähig.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der Linksextremismus stellt in Köln eine reale Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen dar. Deshalb begrüßen wir trotz gewisser Bedenken den FDP-Antrag und werden diesen auch unterstützen.

Wir haben natürlich gewisse Bedenken, da gerade die FDP in jüngerer Vergangenheit die Linksparteien in Köln mit hoffähig gemacht hat. Hier ist auf gemeinsame Entschlüsse zum Beispiel für den Moscheebau in Ehrenfeld zu verweisen. Ebenso kann ich mich noch an eine gemeinsame Entschlüsselung der etablierten Ratsfraktionen einschließlich der Linkspartei zum 8. Mai erinnern.

Wer mit Linksextremisten gemeinsame Sache macht, kann hinterher nicht als demokratischer Saubermann auftreten. Das Engagement der FDP gegen den Linksextremismus ist daher nicht sonderlich glaubwürdig und lediglich taktisch bestimmt. Nichtsdestotrotz verdient dieser Antrag unsere Unterstützung.

Mir persönlich ist zudem wichtig, zu betonen, dass es hier nicht darum gehen darf, politische Meinungen durch staatliche Mittel zu bekämpfen. Sinn und Zweck einer solchen Informations- und Bildungsstelle darf ausschließlich sein, verfassungsfeindliche Aktivitäten durch Prävention zu verhindern; denn auch jemand, der so abseitige Auffassungen vertritt wie ein Linksextremist, hat ein Recht auf Meinungsfreiheit. Wer dies nicht beachtet, wird leicht selbst zum Verfassungsfeind. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was bewegt die FDP, diesen Antrag nach einem Jahr erneut zu stellen? Etwa der Wettbewerb mit den Anträgen zum gleichen Thema von pro Köln?

Die FDP will den rechten Populismus bedienen und hat dabei die Grenzen überschritten. Das hat Tradition. Das haben Sie schon vor vier Jahren gemacht. Wenn man sich die nordrhein-westfälische FDP anguckt, weiß man, dass es dort immer einen Widerstreit zwischen liberalen Positionen und rechten, nationalen Positionen gab – Stichworte: Möllemann und Mende.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]:  
Oh Gott!)

Ich möchte das an Ihrem Antrag deutlich machen. Darin heißt es – ich zitiere –:

Sie

– gemeint sind die sogenannten Linksradiakalen –

verfolgen stattdessen Utopien einer eigentumslosen Ordnung bzw. herrschaftsfreien Zusammenlebens. Sie bedrohen folglich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung genauso wie die Rechtsextremen.

Was ist an diesen Utopien von Eigentumslosigkeit und Herrschaftslosigkeit so schlimm?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Nach der Niederlage des Nationalsozialismus hat es in dieser Gesellschaft immer wieder heftige Diskussionen über Herrschaft und Eigentum gegeben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch in der CDU!)

Das spiegelt sich auch in der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen nieder. Art. 27 befasst sich mit monopolartigen Betrieben. Ich zitiere Abs. 2:

Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

Was ist an dieser NRW-Verfassung linksradikal? – Die Antwort muss sich die FDP selber geben.

Allerdings ist die Fraktion der Linken der Meinung, dass die FDP den Begriff Herrschaft völlig undifferenziert und reichlich oberflächlich einsetzt. Als wäre Herrschaft – im Gegensatz zu herrschaftsfreiem Zusammenleben – im Laufe der Geschichte immer positiv gewesen! Die Herrschaft des Feudaladels zum Beispiel wurde mit der Französischen Revolution niedergeworfen. Das waren die Ursprünge der Liberalen, der Demokraten und der Sozialisten.

Ich will nicht verhehlen, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder einen Missbrauch von Herrschaft gegeben hat – auch durch Linke,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

aber zum Beispiel auch durch die Kirche und durch Kolonialmächte.

(Josef Müller [CDU]: Der Missbrauch der Herrschaft fand in der DDR statt! Aber ganz klar!)

Der Missbrauch einer Herrschaft und die dahinter liegende Ideologie sind aber etwas ganz anderes als die bereits im Ursprung angelegte und formulierte Umsetzung einer menschenfeindlichen Ideologie.

Genau das finden wir nämlich im Nationalsozialismus bzw. im Rechtsextremismus.

(Josef Müller [CDU]: Und im Linksextremismus!)

Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt sind die Grundlagen rechtsextremer Herrschaftsideologien.

(Josef Müller [CDU]: Und linksextremer!)

Darauf hat Frau Moritz in ihrem Beitrag bereits hingewiesen.

Wohin entwickelt sich die FDP, wenn sie rechte Themen aufgreift und vereinnahmt und an das braune Gedankengut auch noch glaubt?

Wie weit sich so etwas entwickeln kann, erlebte die FDP Anfang der 50er-Jahre. Dr. Werner Naumann, letzter Staatssekretär von Reichspropagandaminister Goebbels, versuchte 1951 mit anderen Nazigrößen, die FDP in NRW schleichend, um bei Ihren Begriffen zu bleiben, zu unterwandern.

(Zurufe von der FDP)

Nur mithilfe der Alliierten – und nicht aus eigenen Kräften – konnte dieser Mann aus der FDP verbannt werden. Das ist die Realität.

Meine Damen und Herren, die Linke ruft: Haltet den Dieb. – Denn was hat die Kölner FDP Ende 2004 gemacht? Sie hat mit der damaligen PDS-Gruppe und den Grünen eine Liste für die Aufsichtsratswahlen gebildet und mit den Stimmen der Linken weitere Aufsichtsratsmandate ergattert.

(Jochen Ott [SPD]: Nein! Mit Kommunisten? Das gibt es ja nicht!)

Herr Sterck, Sie müssen sich fragen: Wollen Sie diese Mandate jetzt zurückgeben?

Der Gleichsetzung von Rechts und Links folgen übrigens längst nicht alle CDU- und FDP-Mitglieder. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat eine gemeinsame Resolution aller bürgerlichen Parteien – zusammen mit den Linken – gegen den rechten Aufmarsch verabschiedet. Das ist Antifaschismus in der Realität.

(Beifall bei der SPD)

Am 8. Mai 1985 hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die Gleichsetzung von Rechts und Links hinter sich gelassen. Er ehrte damals auch den kommunistischen Widerstand.

Der Kölner DGB-Vorsitzende Uellenberg-van Dauen erklärte am diesjährigen 8. Mai 2008 – ich zitiere –:

Spätestens nach dem Holocaust dürfte zumindest denen, die unterscheiden können, klar sein, dass es keine Gleichheit von Rechts- und Linksextremismus gibt und geben darf.

Was bleibt? Ein erhebliches Demokratiedefizit bei der Kölner FDP und ein Mangel an intellektuellem Profil. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau May.

**Petra May** (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Damen und Herren! Konrad Adenauer pflegte immer das Grundgesetz dabei zu haben. Das ist auch gut so. Wenn man sich das Grundgesetz genau anguckt, stellt man nämlich fest, dass es keine Wirtschaftsordnung festlegt. Und wenn man sich einmal die Anfänge der CDU und deren Wirtschaftsprogramme anschaut, stellt man fest, dass die CDU sich anders entwickelt hat. Das ist auch ihr gutes Recht. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft als Mittelweg zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Dies ist politisch entschieden. Das Grundgesetz lässt alles offen.

Das ist auch der Grund, aus dem ich hier spreche. Rechtsextremismus und Linksextremismus bedürfen einer sachgerechten Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung muss natürlich auch auf Basis des Grundgesetzes geführt werden. Man muss aber genau hinschauen. Hier ist stellenweise das eine oder andere gesagt worden, bei dem ich gedacht habe: Das ist keine sachliche Diskussion.

Unser Grundgesetz ist die Antwort auf die Verhältnisse in Weimar und die Weimarer Reichsverfassung. Wir haben natürlich ein Widerstandsrecht. Wir haben sogar die Möglichkeit, dass Grundrechte verwirkt werden – von denjenigen, die die Grundrechte infrage stellen. Außerdem haben wir den Parteien einen besonderen Status gegeben. Die Parteien sind für die politische Willensbildung verantwortlich. Deswegen sind sie im Grundgesetz ja besonders hervorgehoben. Daher können auch Parteien verboten werden.

Schauen wir uns jetzt einmal an, wie die Parteienlandschaft sich entwickelt. Gucken wir auf

Schleswig-Holstein. Die großen Parteien haben Stimmen verloren. Bei den Kommunalwahlen fiel die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent.

Vor diesem Hintergrund muss ich mir doch die Frage stellen, bevor ich nach links oder rechts gucke – ich möchte hier bitte nicht falsch verstanden werden –: Wo ist die Integrationsfähigkeit der großen Parteien? Wo leisten sie ihre politische Arbeit, damit nicht nach rechts und nach links abgewandert wird?

Das, was in Schleswig-Holstein passiert ist, kann bei der nächsten Kommunalwahl auch hier in Nordrhein-Westfalen passieren.

(Demonstrativer Beifall bei pro Köln)

An dieser Stelle liegt unsere Verantwortlichkeit. Das heißt, dass wir nicht „dagegen“ sagen dürfen, sondern überlegen müssen, wofür Demokratie steht. Darauf müssen wir stärker eingehen.

Die FDP hat zu Recht von der Förderung des demokratischen Bewusstseins gesprochen. Unseren jungen Menschen ist allerdings Folgendes nicht bewusst: Demokratie ist Arbeit. Demokratie ist ein ständiges Einsetzen und ein Wissen, warum.

Ich habe hier vor kurzem den Vorschlag gemacht, einen Internetauftritt zu konzipieren, politische Partizipation zu erhöhen und den jungen Menschen klarzumachen: Was tut diese Demokratie für mich? Was leistet die Demokratie in der Gemeinde für mich? Warum muss ich mich dafür einsetzen? Warum darf ich da nicht weggucken? Warum muss ich etwas tun? – Dieser Antrag von mir ist auf der Strecke geblieben. Er ist in der Verwaltung stecken geblieben. Das ist bedauerlich.

Ein weiterer Punkt: Mit dem Thema Rechts- und Linksextremismus kann man sich nicht nur im Politikunterricht befassen; auch im Geschichts- und im Philosophieunterricht kann man wunderbar darauf eingehen.

Wer sich damit auseinandersetzt, der weiß, dass es in Köln bereits eine Behörde gibt, die sich damit beschäftigt – nicht nur mit der Beobachtung, sondern auch mit Angeboten. Der Verfassungsschutz bietet zu diesem Thema Wanderausstellungen an. Auf Anfrage kommt er auch in die Schulen und breitet dort entsprechendes Material aus.

Da möchte ich den Bogen spannen. Wir haben das NS-Dokumentationszentrum. Das ist hervorragend. Jugendliche brauchen nämlich An-

schauung. Dafür sind eine Ausstellung und eine konkrete Auseinandersetzung mit diesem Thema notwendig – und zwar eine sachliche Auseinandersetzung unter Einbeziehung unseres Grundgesetzes. Man braucht nicht nur Informationsmaterial; man braucht diese konkrete Auseinandersetzung, wie sie zum Beispiel im NS-Dokumentationszentrum stattfindet.

Man sollte überlegen, in die Richtung zu gehen, dass man etwas für die jungen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt macht. Das wäre der richtige Weg.

Letzte Bemerkung: Die Auseinandersetzung mit Extremismus, ob nun von links oder von rechts, im Jugendzentrum anzukoppeln, ist richtig. Allerdings hätte ich lieber mehr Sozialpädagogen. Schließlich rühren die Probleme, wie Frau Moritz bereits gesagt hat, teilweise aus unterschiedlichen Quellen her. Daher würde ich lieber Sozialpädagogen einsetzen, die in dieser Thematik noch besser ausgebildet sind, um sich in den Jugendzentren oder an anderen Stellen damit auseinanderzusetzen. – Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. – Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Von Herrn Breite haben wir hier einen breiten Geschichtsexkurs gehört, in dem er sich mit den Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus und dem Linksextremismus in der Vergangenheit beschäftigt hat.

Natürlich ist jede Form von Extremismus abzulehnen. Hier stellt sich aber doch die Frage: Brauchen wir eine eigene Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus?

Herr Dr. Lemper, ich schätze Sie als brillanten Redner. Aber wenn jemand, der so brillant ist wie Sie, einen derart langen Anlauf braucht, um einen Punkt zu machen, an dem man das Ganze aufhängen kann, merkt man, dass die Argumentation doch auf sehr tönernen Füßen steht.

Das ist auch unsere Ansicht. Sind die Gefahren, die in Köln vom Linksextremismus ausgehen, gleichwertig mit den Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen? Unsere Einschätzung ist hier ganz klar: Nein. Es gibt in Köln keine mit den Rechtsradikalen vergleichbare, etablierte und organisierte radikale linke Szene. Bezüglich der von der FDP in ihrem Antrag genannten

Gruppen hat Herr Ott das gerade auch noch einmal dargestellt.

Ich selber habe hier die Linken kennengelernt. Wir haben auch verschiedene Anträge zusammen besprochen. Ich kenne schlicht und ergreifend keine Anträge der Linken, die sich gegen die herrschende Ordnung und gegen die Verfassung gerichtet haben. Das ist ein ganz großer Unterschied.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das würde ich auch nicht zulassen.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Das kommt noch dazu. Aber allein der Versuch, irgendetwas zu tun, was man in die Nähe dessen stellen könnte!

Wir vom Kölner Bürger-Bündnis meinen sogar, dass eine eigenständige Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus von den aktuellen Gefahren, die von den Rechtsextremisten ausgehen, ablenkt und diese bagatellisiert.

(Beifall bei der SPD und der Linken.Köln)

In Köln gibt es Linksextremisten. Selbstverständlich muss über diese aufgeklärt werden. Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass sie eins zu eins vergleichbar seien mit den Rechtsradikalen, die zurzeit durch die Stadt laufen und gegen Ausländer und Migranten hetzen, die religiös anders, nämlich muslimisch orientierten Menschen ihre Grundrechte verwehren möchten, die ausländischen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz und damit eine Zukunft verwehren möchten, die sich hier im Rat über integrationswillige junge Menschen lustig machen, wie wir bei der vorletzten Ratssitzung erleben mussten, und die auf allen Randgruppen, auf allen, die auf Unterstützung angewiesen sind, herumtrampeln, solange es ihren rechtsextremen Umtrieben nützt und populistische Wahlwirkung verspricht. Dass Neonazis und Nationalisten, die unter dem Deckmantel bürgerlicher Anliegen geistige Brandstiftung betreiben, auch nur annähernd auf einer Stufe mit linken Gruppierungen stehen sollen, das negieren wir ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD und der Linken.Köln)

Die Feinde unserer Gesellschaft stehen hier und heute eindeutig rechts. Sie sitzen hier auf der

rechten Seite. Wir müssen unsere Energie darauf verwenden, über diese aufzuklären.

Wir vom Kölner Bürger-Bündnis treffen uns zu diesem Zweck am kommenden Wochenende mit anderen freien Wählergemeinschaften aus dem Rheinland, um eine gemeinsame Plattform zu schaffen, auf der wir diesen rechtsradikalen Umtrieben Einhalt gebieten können.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich fest: So sehr wir jede Form von Extremismus ablehnen – hier und heute halten wir den Antrag der FDP aus den genannten Gründen für nicht zielführend. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln sowie bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. – Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am Ende dieser Debatte muss ich sagen: Ich bin etwas enttäuscht über einige Beiträge, die ich hier hören musste. Es ist – das stelle ich gerade mit Blick auf Herrn Ott und Frau Moritz fest – natürlich schade, wenn man seine vorbereitete Rede dann so hält, wie man sie vorher aufgeschrieben hat oder wie sie einem aufgeschrieben wurde, ohne die Begründung desjenigen zu berücksichtigen, der den Antrag hier eingebracht hat.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mir wird keine Rede aufgeschrieben!)

– Dann hast du sie selber geschrieben. Aber du hast sie auch einfach vorgelesen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich nicht!)

ohne das zu würdigen, was Ulrich Breite hier vorher gesagt hatte.

Von daher gehen viele der Vorwürfe, die ich hier gehört habe – wir würden in unserem Antrag Rechts- und Linksradikalismus in irgendeiner Form gleichsetzen; wir würden, wie Herr Dr. Müser jetzt gesagt hat, in irgendeiner Form ablenken –, vollkommen an unserem Antrag vorbei.

Ulrich Breite hat weite Teile seiner Einbringungsrede unserem Vorgehen gegen Rechtsradikalismus gewidmet. Auch Herr Dr. Lemper hat das

getan. Deswegen sind wir auf dem rechten Auge eben nicht blind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die hier vorgetragene Argumentation von Jochen Ott schließt aber auch an genau das an, was er bei der letzten Ratssitzung gesagt hat – womit er uns im Grunde dazu gebracht hat, diesen Antrag vorzulegen –,

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt bin ich auch noch schuld daran? Ach so!)

als er das linke Auge ganz geschlossen hat und uns nur über die Gräueltaten der Rechten in der deutschen Geschichte berichtet hat. So kann man mit diesem Phänomen nun einmal nicht umgehen.

Frau Kollegin Moritz hat den Beirat angesprochen. Das möchte ich noch einmal aufgreifen – auch mit Blick auf die Pressebank; denn der Kommentator des *Kölner Stadt-Anzeigers* hat nach der letzten Sitzung gemutmaßt, durch den möglicherweise anstehenden Rückzug von CDU und FDP aus dem Beirat könne man diesen Platz für pro Köln freimachen.

Da kann ich alle hier im Saal beruhigen, auch die Vertreter der Presse. Das wird nicht passieren. Dieser Platz wird dann sicherlich nicht dorthin freigegeben. In diesem Fall würde er natürlich von der Mehrheit des Hauses – das macht nun einmal d'Hondt aus – entsprechend ausgefüllt werden. In dieser Richtung braucht man also keine Angst zu haben.

Jochen Ott hat aber die Frage gestellt: Von wo geht eigentlich die Gefahr für unsere Demokratie aus? – Jochen, meine Antwort ist ganz klar: Aus meiner Sicht geht die größte Gefahr heute von den Linken aus.

(Zurufe von der SPD und der Linken.Köln: Oh!)

Die Rechten sind die Schmuddelkinder, mit denen hier politisch in keiner Weise etwas gemeinsam gemacht wird. Aber die Linken sitzen hier mit am Regierungstisch. Da werden Mehrheiten gefunden; da wird Politik gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Daher macht es keinen Sinn, auf irgendwelche Gruppen abzustellen, die im Verfassungsschutzbericht stehen, und dann darauf zu verweisen, wann sie in Köln aufgelöst worden sind – nach

dem Motto: Gott sei Dank; also ist das Problem hier nicht mehr gegeben.

Auch die PDS, auch die Linke, wird im Verfassungsschutzbericht entsprechend gewürdigt. Und sie sitzt nicht nur mit im Rat wie pro Köln von der anderen Seite auch, sondern mischt hier in Köln in der Politik ganz gehörig mit.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil ihr euch verweigert!)

Das finde ich im Vergleich zu der Ausgrenzung, die alle Demokraten hier gegenüber von pro Köln vornehmen, viel gefährlicher.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sehe ja, dass wir für unseren Antrag heute keine Mehrheit bekommen. Das ist auch Demokratie. Solche Entscheidungen des Rates muss ich akzeptieren.

Gerade nach der Rede, die Jochen Ott hier gehalten hat, fordere ich aber insbesondere die SPD und die Grünen auf, sich auch wirklich kämpferisch mit der Linken auseinanderzusetzen und sie so zu bekämpfen, wie du das eben hier in deiner Rede dargestellt hast, Jochen.

Davon sehe ich in Köln überhaupt nichts. Auch bei der Politik, die Herr Beck in Berlin macht, sehe ich davon überhaupt nichts. Bei Frau Kraft in Düsseldorf sehe ich davon ebenfalls überhaupt nichts.

Nehmt euch dieser Verantwortung an. Sorgt dafür, dass euer Lager sauber gehalten wird. Bekämpft diese Bestrebungen bei den Linken, anstatt sie dadurch, dass ihr mit ihnen politisch kooperiert und sie in Köln in die Politik bringt, noch entsprechend stark zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. – Herr Ludwig.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Sieben Seiten Verfassungsschutzbericht!)

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Herr Sterck, Ihre Fraktion hat in der Debatte tief blicken lassen. Es geht Ihnen nicht um Gewalttäter oder Extremisten. Ihnen geht es offensichtlich um die Wahlerfolge der Linkspartei, die Sie so nervös machen.

(Josef Müller [CDU]: Das kann nur die SPD nervös machen, nicht die CDU!)

Es ist vollkommen verständlich, dass Sie nervös werden, wenn die Linke bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen in allen Großstädten über 11 Prozent kommt. Ihre Nervosität ist auch verständlich, weil die neoliberale Ideologie bröckelt, ja, bei breiten Teilen der Bevölkerung geradezu verhasst ist, und es eine Massenzustimmung zu antikapitalistischen Ideen gibt. Es ist Ihr gutes Recht, als Liberaler und Bürgerlicher dann nervös zu werden, Herr Sterck.

Wir sind auch gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob Utopien einer herrschaftsfreien Gesellschaft machbar sind oder wie Herrschaft gut ausgeübt werden kann. Eine solche Debatte ist wunderbar.

Das gibt Ihnen aber nicht das Recht, heute hier einen so frechen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

In einer Woche, in der wir des grausigen Brandanschlags von Solingen gedenken, hier eine solche – und zwar wörtlich; Sie haben es eben bestritten; es steht aber so in Ihrem Antrag – Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vorzunehmen, ist wirklich frech.

(Josef Müller [CDU]: Wir haben bald den 17. Juni!)

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Rechtsextremisten seit der deutschen Einigung 130 Menschen in Deutschland umgebracht, zu Tode geprügelt oder verbrannt haben,

(Ralph Sterck [FDP]: Wie viele haben Sie denn vor der deutschen Einheit umgebracht?)

weil sie ihnen nicht in ihr Konzept passten, da sie einer anderen Religion angehörten oder eine andere Hautfarbe hatten.

In der gleichen Zeit haben Linke in Deutschland, egal – –

(Andreas Köhler [CDU]: Bleiben Sie ruhig weiter auf dem linken Auge blind, Herr Ludwig! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Beruhigen Sie sich doch bitte. – In der gleichen Zeit haben Linke in Deutschland, egal in welchen Organisationen, mitgeholfen, Menschen zu organisieren, Selbstorganisation voranzutreiben, Proteste im Bildungsbereich zu organisieren und

Streiks von Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen.

Das ist nämlich der grundlegende Unterschied. Die Faschisten setzen auf Ausgrenzung, Gewalt und Terror als zentrale Methode ihrer Politik, und die Linke setzt auf die Selbstorganisation der Menschen und auf demokratische Massenorganisation, um das eigene Leben zu verändern, damit die Menschen, die nicht die Macht oder das Geld haben, ihr Leben in die Hand nehmen können, und diese Gesellschaft wahrhaft demokratisch von unten zu verändern. Dies ist der grundlegende Unterschied. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Sie haben in Ihrer Antragsbegründung und Ihrer Rede eine Konstruktion bemüht und die Legende verbreitet, dass das Grundgesetz per se eine kapitalistische Wirtschaftsordnung vorschreibe. Das haben Sie mit der Begrifflichkeit der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung beschrieben.

Die FDGO ist ja ein Kampfbegriff aus den 50er-Jahren, also aus den Zeiten des kalten Krieges und der Debatte um das KPD-Verbot. Die FDGO ist keineswegs mit dem Grundgesetz identisch. Wie Herr Kollege Detjen schon dargestellt hat, gab es nach dem Krieg eine breite Debatte über das Thema Vergesellschaftung. Bis tief in die CDU hinein war man der Auffassung, dass eigentlich die Herrschaft der Monopole, der Banken und Konzerne, den Faschismus hervorgebracht hat und dass an sich umfassende Vergesellschaftungen notwendig sind. Diese Diskussionen sind in den 50er-Jahren vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation dann wieder zurückgegangen. Diese Debatte gab es aber.

Insofern stehen wir als Linke natürlich zu den Freiheitsrechten und den demokratischen Rechten, die in diesem Grundgesetz niedergelegt sind. Änderungen des Grundgesetzes hat es ja schon gegeben – leider zum Schlechteren; siehe Asylrecht usw. Mögliche Änderungen des Grundgesetzes in Bezug auf die wirtschaftlichen Grundlagen sind aber keineswegs gegen diese Freiheitsrechte und keineswegs gegen demokratische Rechte gerichtet.

Sie möchten hier per Dekret gegen Gedanken vorgehen; denn Sie gehen nicht auf Gewalttaten oder so etwas ein, sondern auf Utopien. Sie wollen nicht, dass Linke ihre Gedanken verbreiten, bzw. wollen das beobachten. Sie wollen per Dekret das Ende der Geschichte, nämlich das Ende der Debatte darüber, in welcher Gesellschaft wir leben, verfügen.

Die Fassade des Kapitalismus, der angeblich das Beste ist, was die Geschichte hervorgebracht hat, und der in den 90er-Jahren unangreifbar schien, bröckelt zurzeit aber. Schauen Sie sich nur die Finanzkrise und die Massenarmut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik an. Wir sehen jedes vierte Kind in diesem Land von Armut bedroht. Wir sehen Hungerrevolten in der Welt gegen die steigenden Lebensmittelpreise.

Vor diesem Hintergrund ist doch die Frage erlaubt, ob der Kapitalismus nun wirklich das beste Wirtschaftsmodell der Geschichte ist oder ob wir nicht eine grundlegend andere Gesellschaft brauchen –

(Josef Müller [CDU]: Aha! Aha! – Winrich Granitzka [CDU]: Ja, das wollen Sie! Sie wollen eine grundlegend andere Gesellschaft!)

allein um die sozialen Lebensbedingungen für die Menschen auf diesem Planeten zu verbessern,

(Andreas Köhler [CDU]: Wollen Sie wieder Menschen einsperren wie in der DDR?)

allein um die natürlichen Lebensgrundlagen dem Profitinteresse zu entziehen und das Leben auf diesem Planeten zu sichern.

(Winrich Granitzka [CDU]: Eine andere Gesellschaft wollen Sie!)

– Wir stellen natürlich die Systemfrage – das brauchen Sie mir gar nicht zu beweisen, Herr Granitzka –; denn dieses System ist nicht das Ende der Geschichte. Es ist nicht das bestmögliche und nicht das gerechte System, das ein menschenwürdiges Leben für alle möglich macht.

Deswegen führen wir diese Debatte und diesen Kampf mit den demokratischen Methoden von Wahlen, von Massenmobilisierung, von Demonstrationen und von Arbeitnehmerstreiks – ob Ihnen das nun passt oder nicht. Werden Sie ruhig nervös. Aber unterlassen Sie in Zukunft bitte solche Anträge. – Danke sehr.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Als Nächster spricht Herr Helling.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach dieser Debatte – ich habe sehr interessiert zugehört – kann ich mir fünf Bemerkungen nicht verkneifen.

Erstens. Die FDP betreibt – das ist völlig klar geworden – tatsächlich die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus.

(Ralph Sterck [FDP]: Die erste Bemerkung ist schon falsch!)

Zweitens. Die Geschichts- und die Politikwissenschaft sind sich einig, dass die schlichte Definition von Extremismus „Extremismus gleich Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet“ nicht mehr haltbar ist. Sehr vereinfacht – ansatzweise ist das hier schon einmal angeklungen – lautet die Definition für Rechtsextremismus doch:

Rechtsextremismus ist die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von rassistisch oder ethnisch bedingter sozialer Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen.

Das ist eine sehr allgemeine Definition von Rechtsextremismus, die nicht ausdifferenziert ist, aber zumindest ansatzweise versucht, ein differenziertes Bild von Rechtsextremismus zu schaffen.

Die ebenso grobe Definition von Linksextremismus lautet:

Der Linksextremismus verfolgt die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft und will die parlamentarische Demokratie durch ein kommunistisches System bzw. eine egalitäre Gesellschaft ersetzen.

Drittens. Historisch gesehen wurde bereits im Streit um die sogenannte Totalitarismustheorie überzeugend – überwiegend unter Historikern – festgehalten, dass nur an der Oberfläche eine Vergleichbarkeit von nationalsozialistischem System und stalinistischer Diktatur gegeben ist. Schürft man tiefer, stößt man nicht auf Gleichheiten, sondern auf erhebliche Unterschiede.

Viertens. Heutzutage haben wir es in Köln mit massiven und dominanten Versuchen zu tun, rechtsextremes Gedankengut durch ideologische

Propaganda in den Köpfen der Kölner Bürgerinnen und Bürger zu verankern.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Linksextreme Ideologie – da sind wir überhaupt nicht einäugig – existiert auch. Erstens gibt es sie aber längst nicht in diesem Umfang, und zweitens – das muss hier unbedingt auch gesagt werden – muss sie dann, wenn sie existiert, mit gänzlich anderen Methoden und Arbeitsweisen bekämpft werden als der Rechtsextremismus.

Meine Damen und Herren, ganz sicher ist eine Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus ein völlig untaugliches Mittel dieser Auseinandersetzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Winrich Granitzka [CDU]: Warum?)

Fünftens. Geradezu lächerlich – das ist jetzt schon mehrmals betont worden – sind die im FDP-Antrag angeführten Gefahren. Herr Sterck, da können Sie noch so oft sagen, das sei doch nur eine Kleinigkeit am Rande. Die Rote Hilfe, die Sie in Ihrem Antrag als linksextremistisch anführen, ist laut Verfassungsschutzbericht 2007 zum Beispiel zu dem Schluss gekommen, dass ihre politischen Erfolge von Jahr zu Jahr zurückgehen. Sie bemängelt nach Aussage des Verfassungsschutzes selbst die fehlende Arbeits- und Aktionsbereitschaft ihrer Mitglieder. Tatsächlich sind – das ist hier auch gesagt worden – vor diesem Hintergrund in Köln von ganz vielen linksextremistischen Organisationen in Form von speziellen Ortsgruppen nicht mehr aufgetaucht.

Fazit: Der FDP-Antrag hält keinerlei ernsthafter Prüfung stand.

Allerdings ist in der heutigen Debatte, speziell in dem Redebeitrag von Herrn Breite, ein neuer Trend hineingekommen, der in dem Antrag so nicht formuliert war, nämlich der Trend, die gesamte Linkspartei als eins zu eins identisches Abziehbild der SED zu brandmarken.

(Josef Müller [CDU]: Wo ist denn das Vermögen der SED geblieben?)

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, diese Einschätzung ist – das tut mir leid sagen zu müssen – politisch absoluter Stuss; denn Lafontaine und Gysi, die beiden Zugpferde der Linken, sind linke Sozialdemokraten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Der Gysi? – Josef Müller [CDU]: IM!)

Alle Reden, die sie halten, sind linkssozialdemokratische Reden.

Diese linkssozialdemokratischen Reden und die linkssozialdemokratischen Handlungsweisen dieser Partei muss man – das ist die Pflicht aller demokratischen Parteien – politisch bekämpfen.

Man kann die Angehörigen dieser Partei aber nicht dadurch bekämpfen, dass man sie als linksextremistische Verfassungsfeinde verteufelt und gegen diese Kräfte auch noch eine Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus aufbauen will. Das ist ein totaler politischer Irrweg. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe hier zwei Dinge sehr sorgfältig zur Kenntnis genommen.

Zum einen ist das die Tatsache, dass Sie sich, obwohl Sie im Prinzip doch über einen Antrag der FDP-Fraktion verhandeln wollten, bei dem es um Linksextremismus und die Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus geht, im Wesentlichen mit der Bürgerbewegung pro Köln auseinandersetzt haben.

Dabei sind Sie hier zu einer Schlussfolgerung gekommen, die, wenn man einmal den gesamten politisch-ideologischen Aspekt beiseite lässt, im Kern vielleicht gar nicht völlig falsch ist. Sie sagen, wenn man die politische Klasse in Köln als Gesamtheit nehme und deren Interessen definiere, stelle man fest, dass der Kern der alten Parteien in Köln in einem höheren Maße mit der Bürgerbewegung pro Köln ein Problem habe als mit der Linkspartei.

Das sehen Ihre politischen Freunde in Schleswig-Holstein natürlich nicht so. Dort ist die Lage anders. In Schleswig-Holstein ist die Linkspartei das größere Problem.

In Ihrer Einschätzung steckt insofern ein Körnchen Wahrheit, als dass wir Ihnen natürlich politisch dergestalt, dass wir Ihnen Stimmen bei der Wahl wegnehmen, weitaus mehr Scherereien machen als der kleine, weltfremde Haufen, der in Köln als Linkspartei in die politische Arena tritt.

Dessen Angehörige tragen sicherlich ein hohes Maß an Radikalität zur Schau. Das haben wir ja gehört, als Herr Ludwig gerade die Systemfrage gestellt hat. Selbstverständlich sind sie extremistisch im Sinne von verfassungsfeindlich. Gerade bei Herrn Ludwig und bei dem Spätmaoisten Jörg Detjen wird das deutlich.

Sie stellen nicht nur das Privateigentum infrage – über die Sozialbindung des Eigentums kann man da sicherlich manche Verrenkung machen –; ihnen geht es auch darum, an die Stelle eines demokratischen Rechtsstaats eine Funktionärs-herrschaft zu setzen. Das ist ihre Vision. Da sollen politische Funktionäre einen Fünfjahresplan aufstellen und den Leuten verdeutlichen, welche Ziele sie sich im Leben zu setzen haben, um dann eine Herrschaft über die Menschen auszuüben, die materiell-politisch begründet wird.

Herr Detjen gesteht selber ein – das hat er hier in seinen Ausführungen getan –, dass da auch schon einmal etwas schiefgehen kann. Da müsse man auch schon einmal eine Fünf gerade sein lassen; aber das sei ja für die gute Sache, für ein humanistisches Ziel, für eine Weltanschauung, die als materiell in Ordnung definiert wird. – Das ist natürlich wirklich der Kerngehalt von politischem Extremismus.

Im rechten Spektrum gibt es das selbstverständlich genauso. Das ist dann auch eine Form von Rechtsextremismus, die es zu bekämpfen gilt.

Meine Damen und Herren, allerdings ist die Bürgerbewegung pro Köln für Sie in der politischen Auseinandersetzung in einem höheren Maße ein Problem als die Linkspartei, weil gerade das für unsere politische Arbeit in Köln nicht prägend ist.

Das also ist das eine Faktum, das zur Kenntnis zu nehmen ist. Sie fürchten uns mehr als die Linkspartei. Schließlich tut jeder, der keine Lust mehr auf den etablierten Konsens hat – und das sind bei Kommunalwahlen im Regelfall 50 Prozent plus X der Bevölkerung –, besser daran, sein Kreuz bei uns zu machen als bei der Linken.

Das zweite Faktum, das ich für bemerkenswert halte, ist der Umstand, dass die FDP-Fraktion hier überhaupt einen solchen Antrag einbringt. Denn damit macht sie klar, dass sie sich – wahrscheinlich genauso wie die CDU – in einer ganz wichtigen Frage nicht auf alle Zeiten in ihr Schicksal ergeben hat, nämlich in der Frage der Mehrheitsverhältnisse im Kölner Rat.

Eine andere Mehrheit als die jetzt im Rat bestehende können Sie in Zukunft ja nur bilden, wenn

Sie die SPD mit ins Boot holen. Falls sich die SPD entscheidet, mit der CDU – ob man die FDP dann noch braucht oder nicht, sei einmal dahingestellt – etwas zu machen, hätten Sie zusammen eine Mehrheit. Das ist die eine Option.

Für die SPD tut sich allerdings die Alternative auf, mit Grünen und Linkspartei zu koalieren – was aus Sicht der SPD bedeutend komfortabler ist; denn die CDU hat in einem Bündnis ja ein höheres Gewicht, als es Grüne und Linke haben. Deswegen ist, ganz machiavellistisch gesehen, die gegenwärtige Situation für die SPD außerordentlich komfortabel.

CDU und FDP wollen sich mit dieser Situation offenbar aber nicht für alle Zeiten abfinden. Deshalb machen sie der SPD die Linke als Bündnispartner streitig und sagen: Das sind ja auch Extremisten; dagegen muss man etwas tun.

Sie sollten sich natürlich fragen, ob dann, wenn Sie außerhalb des Mit-ins-Boot-Nehmens der SPD noch einmal eigene Mehrheiten bilden wollen, die Verteufelung der Bürgerbewegung pro Köln Sinn macht. Herr Dr. Lemper hat ja neben allen Beschimpfungen – die offenbar auch Ausdruck des Schmerzes sind, den es bereitet, nicht nur Stimmen, sondern auch gewählte Mandatsträger und Zuspruch in den eigenen Reihen an uns zu verlieren; das tut ja schon weh; den Schmerz kann ich verstehen; lassen wir die ganzen Beschimpfungen aber einmal beiseite – im Kern auch anerkannt, dass wir hier in der Sache doch eine recht gute Arbeit leisten, die nicht typisch rechtsextremistisch ist. Gerade deswegen sind wir aus Ihrer Sicht auch so gefährlich.

Überdenken Sie doch einmal, ob Sie sich nicht der Bewertung einiger anderer CDU-Mitglieder anschließen wollen, die sagen, das sei bestimmt kein Rechtsextremismus; wir würden hier zu Unrecht an den Pranger gestellt; man könnte eventuell doch auch einmal überlegen, ob nicht in der einen oder anderen Sachfrage eine Zusammenarbeit möglich sei.

Wir jedenfalls sind tolerant. Wir sind demokratisch. Wir sind der Auffassung, dass Demokraten untereinander auch prinzipiell koalitionsfähig sein sollten, und bitten Sie, hinsichtlich dieser Frage doch einmal ein bisschen in sich zu gehen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Zur Diskussion nicht,

aber eine persönliche Stellungnahme von Herrn Simons. Bitte schön.

**Wolfgang Simons (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu diesem Thema möchte ich doch noch etwas sagen. Ich bin hier persönlich angesprochen worden. Sie können das gerne auch im Sinne einer persönlichen Erklärung betrachten.

Wir diskutieren hier über Extremismus und speziell über Linksextremismus. Da schlagen die Emotionen hoch. Ich habe festgestellt, dass sie bei einigen zu hoch schlagen. Dass der Fraktionsvorsitzenden der Grünen meine Redebeiträge und Zwischenrufe nicht passen, kann ich gut verstehen. Das soll auch so sein.

Dass sie sich aber dazu hinreißen lässt, hier das Mitglied einer demokratischen Partei selbst in eine extremistische Ecke zu stellen, halte ich für einen Missgriff. Das möchte ich hier zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

Mehr noch, meine Damen und Herren: Ich möchte ihr dafür eine Missbilligung aussprechen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Simons. – Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, pro Köln und meine Stimme. Gegenstimmen? – SPD, Grüne, Linke, Herr Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als nächsten Punkt rufe ich auf:

#### **2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „China-Reise des Oberbürgermeisters im Vorfeld der Olympischen Spiele“ AN/1001/2008**

Es spricht Frau Wilden.

**Regina Wilden (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nicht nur bei uns gibt es Totalitarismus, sondern auch in anderen Teilen der Erde. Wir wollen unseren Blick einmal dahin richten. Nicht allein durch Tibet ist China im Vorfeld der Olympischen Spiele in den

Fokus der Weltöffentlichkeit geraten. Vielmehr missachtet die Volksrepublik China die Menschenrechte anhaltend und in grösster Weise.

In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel an das weltweit größte System der Laogai-Umerziehungs- und -Arbeitslager zu erinnern, in denen sich 200 000 Menschen befinden sollen. Wahrscheinlich ist die Zahl erheblich höher; man spricht vom Zehnfachen.

Deshalb hat der Deutsche Bundestag am 10. Mai 2007 trotz des Protests des chinesischen Botschafters eine Resolution zur Verurteilung des Laogai-Systems der Volksrepublik China angenommen, und zwar mit den Stimmen aller Fraktionen, jedoch gegen die Linke, die ihre chinesische Schwesterpartei nicht kritisieren wollte.

In China werden politisch missliebige Personen wie Intellektuelle, Schriftsteller, Journalisten, Bürgerrechtler, Demokraten, Falun-Gong-Praktizierende sowie evangelische und katholische romtreue Christen bedroht, verprügelt, verhaftet und bestraft – oder sie verschwinden einfach spurlos. Es wird eine bedrohliche Atmosphäre erzeugt, damit man vor Angst Selbstzensur übt, schweigt oder sprachlos wird.

Anzusprechen sind in diesem Zusammenhang auch die verbrecherischen Organentnahmen bei lebenden Menschen, namentlich bei Mitgliedern der Falun-Gong-Organisation, aber auch bei anderen. Seit dem Verbot von Falun Gong im Jahr 1999 nahm die Zahl der Organtransplantationen sprunghaft zu.

Es wird alles darangesetzt, dass nicht über die Verfolgung berichtet wird. Jede christliche Tätigkeit außerhalb der staatlichen Registrierung wird streng kontrolliert. – Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, auch zuzuhören. Sie haben ja eine Reise nach China vor.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Seit Ihrem letzten Vortrag höre ich Ihnen nicht mehr so gut zu; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

**Regina Wilden** (pro Köln): Man rechnet mit 40 bis 60 Millionen nicht registrierten Protestanten und 12 Millionen Untergrund-Katholiken. Die übernationale Ausrichtung der katholischen Kirche soll zerstört werden. Regelmäßig finden Razzien bei Versammlungen von Angehörigen verschiedener Religionen statt. Als Folge hiervon werden Teilnehmer teilweise verhört, gefoltert oder in Haft genommen.

In China ist die Idee der olympischen Toleranz zu Grabe getragen. Deutliche Schritte zur Achtung der Menschenrechte sind nicht zu erkennen. Vielmehr hat sich die Lage seit der Vergabe der Spiele durch das Internationale Olympische Komitee noch verschlechtert.

In der Verfassung der Volksrepublik China erhebt noch immer die KP Chinas den Führungsanspruch – angeleitet durch den Marxismus, den Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen. Davon zeugt auch das riesige Porträt Maos über dem Eingangstor zur Verbotenen Stadt in Peking.

Deshalb ist es kein Wunder, dass in der Volksrepublik China die Menschen bei den ununterbrochenen politischen Kampagnen brutal misshandelt und teilweise sogar zu Tode geprügelt werden.

Wo der Kommunismus längere Zeit geherrscht hat, hinterlässt er verbrannte Erde und die Zerstörung von gewachsenen Strukturen. Es kann im Kommunismus keine Demokratie geben.

Das großartige chinesische Volk mit seiner alten und reichen Kultur hat etwas Besseres als den Kommunismus verdient. Ich habe in China viele großartige Menschen kennengelernt.

Pro Köln befürwortet selbstverständlich die Städtepartnerschaft mit Peking. Eine Reise nach Peking unmittelbar vor Beginn der Olympischen Spiele ist aber nicht ein unterstützendes Signal für reformwillige Kräfte im Lande, wie Herr Oberbürgermeister Schramma meint, indem er tut, als ob nichts wäre.

Der Kölner Oberbürgermeister hätte gerade jetzt Gelegenheit, dem Regime in Peking ein deutlich wahrnehmbares Zeichen zu geben, indem er China erst wieder nach dem Ende der Olympischen Spiele besucht. Fritz Schramma sollte sich nicht vor den Karren der kommunistischen Propaganda Pekings spannen lassen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf:

**2.1.11 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Modelle für eine Interkommunale Planungs Kooperation“ AN/1033/2008**

Wer spricht? – Herr Waschek. Bitte schön.

**Johannes Waschek** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir gewünscht, dass bei diesem Thema noch mehr Ratsmitglieder anwesend sind. Der vorhin diskutierte Linksradikalismus ist nämlich keine Gefahr für Köln. Hier geht es aber um die Zukunft der Region Köln. Das ist meines Erachtens schon ein wichtigeres Thema als das, was wir eben diskutiert haben.

Eine interkommunale Planungs Kooperation ist sinnvoll und notwendig. Sie muss im Interesse der gesamten Kölner Region angepackt und umgesetzt werden. Die zunehmende Verflechtung der Stadt Köln mit der Kölner Region, insbesondere in Bevölkerungs- und Wohnentwicklung, Wirtschaft, Versorgung, Einzelhandel und Verkehr, aber auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel Kultur- und Gesundheitspolitik, erfordert unter anderem eine grundsätzliche inhaltliche und organisatorische Regelung für eine interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalentwicklung.

Neben guten Erfahrungen in der regionalen Zusammenarbeit, zum Beispiel mit der interkommunalen integrierten Raumanalyse, gibt es auch andere. Regionale Entwicklungskonzepte spiegeln, wenn sie überhaupt zustande kamen, in der Vergangenheit oft den kleinsten gemeinsamen Nenner wider.

Ein Regionalbewusstsein muss das Ergebnis der Bemühungen um eine Zusammenarbeit in der Region sein, die den Profilierungswünschen der Akteure Rechnung trägt und dennoch eine regionale Planungskultur zulässt. Allen Akteuren muss bewusst sein, dass die Region Köln nur gemeinsam im Konzert der großen Metropolen in Europa und darüber hinaus eine Chance der Mitwirkung hat, wenn alle ihre speziellen Fähigkeiten gemeinsam bündeln und einbringen.

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland 15 Regionalverbände. In diesen Regionalverbänden werden sehr unterschiedliche Organisationsmodelle interkommunaler Planungs Kooperation praktiziert, die sich unter anderem im Grad der Ver-

bindlichkeit und in der Verfasstheit voneinander unterscheiden.

Die SPD-Fraktion im Regionalrat hat sich in Hannover, Hamburg und Aachen verschiedene Organisationsmodelle angesehen und erläutern lassen. Das Land Hamburg hat es natürlich leichter. Dort kommt es schon dazu, dass sich Städte und Gemeinden, die noch außerhalb des Verbundes stehen, um eine Integration bemühen.

Vor dem Hintergrund der sich immer stärker regional ausrichtenden Förderkulisse von EU, Bund und Land gibt es Stimmen, die davon ausgehen, dass es mittelfristig auf eine verbindliche gesetzliche Regelung hinauslaufen wird. Ich sage Ihnen heute: Dies wird mittelfristig unbedingt erforderlich sein.

Bis es so weit ist, muss es aus Sicht der SPD-Fraktion unser Ziel sein, eine Organisationsform für eine interkommunale Planungs Kooperation zu finden, die alle Nachbarn Kölns einbindet und eine umfassende und frühzeitige Einbindung der politischen Entscheidungsträger ermöglicht.

Meine Damen und Herren, wir möchten deshalb die Verwaltung beauftragen, einen Vorschlag für eine inhaltliche, organisatorische und personelle Regelung für eine interkommunale Planungs Kooperation zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen, die diese frühzeitige kontinuierliche Beteiligung der politischen Gremien der kommunalen Selbstverwaltung mit einschließt.

Ferner sollen die verschiedenen in NRW und anderen Bundesländern bestehenden Organisationsformen interkommunaler Planungsverbände dargestellt und im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Kölner Region bewertet werden.

Der auf der Grundlage dieser Darstellung unterbreitete Vorschlag sollte bereits in der ersten Stufe die in der Region Köln rechts- und linksrheinischen benachbarten Gebietskörperschaften einbeziehen.

Meine Damen und Herren, Showveranstaltungen wie die in der Philharmonie anlässlich der Regionale 2010

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Schändlich!)

– ja – mit wohlmeinenden Reden und Sich-genseitig-auf-die-Schulter-Klopfen bringen uns nicht weiter.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Hat Ihnen diese Veranstaltung nicht gefallen?

**Johannes Waschek (SPD):** Doch. Die Veranstaltung war gut. Ich sage nur: Das waren wohlmeinende Reden und ein Sich-gegenseitig-auf-die-Schultern-Klopfen. Eigentlich kam dabei nicht viel mehr heraus als das, –

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann sind Sie nicht gut informiert.

**Johannes Waschek (SPD):** – was schon besprochen worden ist. Es wurden nur schlaue Reden gehalten.

Mittelfristig brauchen wir ein Instrumentarium, das die Zusammenarbeit in der Region fördert und nach vorne bringt. Daher bitte ich Sie herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dann darf ich Herrn Dr. Lemper bitten.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Zweiter Antragsteller!)

– Ich habe eben geschaut. Da hat sich keiner mehr gemeldet.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Doch!)

– Ja, jetzt, nachdem ich Herrn Dr. Lemper aufgerufen habe.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich habe mich schon vorher gemeldet!)

– Herr Dr. Lemper wird aber auch warten, bis Sie gesprochen haben.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:  
Selbstverständlich!)

Das ist kein Problem. Kommen Sie bitte nach vorne. Mir lag hier keine Wortmeldung vor. Ich habe auch extra noch einmal geschaut.

**Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich

mache es gleich vom Platz aus; denn zu dem, was Herr Waschek gesagt hat, brauche ich nicht viel zu ergänzen.

Er hat die wohltönenden Reden angesprochen, die dort gehalten worden sind. Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, dass dieser Verband Probleme löst. Wie schwierig es mit anderen Gemeinden werden kann, haben wir ja schon bei der Verlagerung des Großmarkts gemerkt.

Deshalb sollte sich die Verwaltung im Rahmen dieses Prüfauftrags, um den es sich bei diesem Antrag im Prinzip handelt, vor allen Dingen diejenigen Modelle in anderen Ländern und anderen Städten anschauen, in denen ein Konfliktmanagement die erste Rolle spielt bzw. in denen auch Erfolge im Konfliktmanagement erzielt werden. – Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank. – Nun hat Herr Dr. Lemper das Wort.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender der Region Rheinland! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bisher ist alles richtig dargestellt worden. Das ist dann wieder das Versöhnliche.

Dennoch kann ich mir nicht folgende Bemerkung verkneifen: Offensichtlich haben SPD und Grüne jetzt das Thema Region entdeckt, nachdem es in der Region eine große Kraft gibt, nämlich die Christlich Demokratische Union, die die Regionalpolitik überhaupt erst einmal konkret umsetzt

(Michael Zimmermann [SPD]: Ach Gott!)

– doch, doch; dazu werde ich Ihnen nachher noch etwas sagen –, und zwar auch unter Beteiligung unseres Oberbürgermeisters als Vorsitzendem der Region Rheinland.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das war Norbert Burger auch schon!)

– Dazu könnte ich Ihnen viel erzählen, Herr Kollege.

Dennoch will ich, weil es sich um ein wichtiges Thema handelt, einmal etwas zu der großartigen Dimension unserer Region sagen. Die Region Rheinland hat 3 Millionen Einwohner. Ein Sechstel der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen wohnt also in dieser Region. Sechs von 16 Bundesländern haben weniger Einwoh-

ner als die Region Rheinland, eine Region mit wesentlichen ökonomischen Faktoren im Land.

Diese Region Köln-Bonn-Leverkusen und Nachbarn verfügt über wesentliche Kenndaten, die im europäischen Vergleich überdurchschnittlich sind. Insbesondere nenne ich hier die Verkehrsinfrastruktur, die sie zum Knotenpunkt der europäischen Netze macht, das großartige Medienzentrum, den starken IT-Bereich – künftig auch noch mit Microsoft –, die Versicherungen, die Banken und die zwei größten kommunalen Sparkassen in Deutschland.

Das ist schon eine großartige Region. Deswegen ist es auch richtig, dass wir dieses Thema zum Gegenstand der Diskussion im Rat machen und darüber nachdenken, wie wir uns regional viel stärker präsentieren und besser platzieren können.

Meine Damen und Herren, damit überhaupt kein falscher Eindruck entsteht: Die Region ist im Moment dabei, sich vernünftig zu entwickeln.

Sie hat allerdings lange Zeit gebraucht, bis sie das begriffen hat. Dabei hat sie auch viel Zeit verbraucht. In Deutschland haben sich eine Menge Regionen etabliert, die wesentlich wirkungsvoller und stärker sind als die Region Rheinland, über die wir hier sprechen.

Bei dieser Gelegenheit will ich aber auch darauf hinweisen, dass wir uns in einer Konkurrenzsituation zum Ruhrgebiet befinden. Auch die jetzige Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bevorzugt aus meiner Sicht noch viel zu stark die Region des Ruhrgebietes. Sie sollte sich viel stärker auch mit unseren berechtigten Forderungen, unserer Kraft und unseren Fähigkeiten befassen, als das bisher der Fall ist.

Die bisherige Kooperation ist zum Teil auch an Köln selbst gescheitert – beispielsweise dadurch, dass wir gegenüber unseren Nachbarn ein Stück großstädtischer Arroganz präsentiert haben.

(Zuruf: Das war Herr Bietmann!)

– Nein. Das hat gar nichts mit Herrn Bietmann zu tun. Da könnte ich Ihnen auch Oberstadtdirektoren nennen. Herr Ruschmeier ist zum Beispiel niemand gewesen, der regional gedacht hat und Köln wirklich auch regional eingebracht hat, wie das erforderlich gewesen wäre. Auch er hat seinen Anteil daran, dass sich andere Regionen in viel stärkerem Umfang besser entwickelt haben.

Meine Damen und Herren, seit der Oberbürgermeister der Stadt Köln Fritz Schramma das Amt

des Vorsitzenden der Region Rheinland übernommen hat, läuft es in der Region nicht nur besser, sondern auch konkreter. Das will ich bei dieser Gelegenheit wirklich einmal sagen – auch als Dankeschön für das,

(Beifall bei der CDU)

Fritz Schramma, was du neben deinen vielen Aufgaben als Oberbürgermeister in dieser Region eingebracht hast.

Unser Oberbürgermeister – ich kenne mich in der Region aus – macht deutlich, dass sich alle Beteiligten auf gleicher Augenhöhe befinden. Sie können keine Regionalpolitik betreiben, indem Sie Abstufungen vornehmen. Regionalpolitik ist nur dann erfolgreich, wenn Sie auch den anderen das Gefühl geben, dass jeder von ihnen eine ganz wichtige Funktion in dieser Region innehat. Lassen Sie mich beispielsweise darauf hinweisen, dass Sie den ökonomisch starken Rhein-Erft-Kreis mit fast 450 000 Einwohnern nicht aus der Perspektive einer ausschließlich auf ihre eigene Stärke konzentrierten Stadt Köln bewerten können.

Bisher hat es eine Menge sehr guter, vernünftiger und ganz konkrete Überlegungen gegeben. Das hat auch etwas damit zu tun, dass diese Region jetzt im Wesentlichen von der Christlich Demokratischen Union repräsentiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Landräte sind von der CDU. Viele Bürgermeister sind von der CDU. Es hat sich wirklich etwas geändert.

Das dient dieser Regionalpolitik. Wir reden in der Tat über die Metropolregion Rheinland und eine notwendige Positionierung in Europa – auch im Wettbewerb um die europäischen Strukturfördermittel; das wissen wir.

Meine Damen und Herren, das erste Mal ist beschlossen worden, einen gemeinsamen Flächennutzungsplan in der Region zu betreiben. Ich erinnere mich noch an die Diskussionen, die schon vor sieben, acht, neun oder zehn Jahren stattgefunden haben. Damals wurden zig Gutachten über die Frage der Notwendigkeit eines solchen gemeinsamen Plans erstellt. Jetzt werden keine Gutachten mehr in Auftrag gegeben; jetzt wird gehandelt. Das halte ich für sehr vernünftig.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt neue Kooperationskulturen. Auch über die Regionale 2010 hinaus müssen wir diese Kooperationskulturen weiterentwickeln.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich hervorheben, dass Herr Dr. Molitor ein guter Motor für diese Regionalpolitik ist und die Regionale 2010 zusammen mit dem Vorsitzenden der Region Rheinland ganz hervorragend begleitet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt viele Anforderungen – beispielsweise die demografische Entwicklung, den demografischen Wandel –, auf die wir reagieren müssen. Die entsprechenden Antworten können wir nicht allein in Köln geben. Dabei handelt es sich um eine regionale Problematik mit sehr vielen Notwendigkeiten neuer Balancen und neuer Ausgleiche. Das ist eine Aufgabe, die sich stellt.

Ich habe sehr viele Sympathien für das, was in dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen steht – wenn ich einmal einige Formulierungen weglasse, Herr Kollege Frank; Sie haben das ja mit unterschrieben. Landkreise gibt es nicht; damit fängt es schon an. Man muss die Begriffe dann auch richtig benutzen. Ich habe aber sehr viele Sympathien dafür, darüber nachzudenken, ob es nicht auf Dauer neue, verbindlichere, meinerwegen die einzelnen Gebietskörperschaften auch gesetzlich stärker verpflichtende Strukturen der in der Region getroffenen Entscheidungen gibt.

So etwas existiert in Deutschland ja schon. Denken Sie beispielsweise an das Rhein-Main-Gebiet, wo ein Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen geschlossen wurde. Daran erkennen Sie, dass es andere Formen und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit gibt, als dies in der Region Rheinland bisher der Fall gewesen ist.

Insofern wäre es sehr schön, wenn wir nach der Sommerpause hier im Rat eine vertiefende Debatte über die Frage führen könnten, wie wir die Regionalpolitik auf Dauer vernünftig ausrichten können und wie sich diese starke Region in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa auch entsprechend ihrer Stärke behaupten kann. In diesem Zusammenhang gibt es sicherlich auch sinnvolle Überlegungen über neue Strukturen.

Insofern stimmen wir diesem Antrag zu – mit der Bitte, Herr Oberbürgermeister, auch in Ihrer Funktion als Vorsitzender der Region Rheinland, dass wir Ende dieses Jahres vielleicht einmal ei-

ne vertiefende Diskussion über die Regionalpolitik führen, bei der wir auch auf die veränderten Strukturen der Entscheidungsprozesse im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eingehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ich habe eine Frage!)

– Eine Frage?

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Die Redezeit war vorbei!)

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Erstens das. Zweitens haben Sie im Wesentlichen nicht zugehört. Das will ich aber nicht beanstanden; denn jemand, der nicht zuhört, unterstellt im Prinzip, dass der Redner das Richtige sagt.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich habe schon zugehört, Herr Dr. Lemper. Sie waren zu schnell weg. Ich habe meine Frage aber auch beim Herrn Oberbürgermeister angemeldet. Frau Dr. Offelder kann das bestätigen. Es ist wahrscheinlich im allgemeinen Chaos untergegangen. Das ist hier ja immer ein bisschen schwierig.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja. Die Zwischenfrage muss der Redner aber zulassen. Das entscheidet ja nicht der Oberbürgermeister.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Gut. Vielleicht will er ja nicht. – Herr Dr. Lemper, Sie sind in Regionalfragen ja nun sehr engagiert. Das nehme ich auch interessiert zur Kenntnis. Eben haben Sie es bei Ihren Ausführungen auch als sinnvoll bezeichnet, die Dinge sozusagen regionalverbandsähnlich zu untersuchen.

1997, als es um die Gründung der NetCologne ging, wurde in einer Untersuchung festgestellt, dass die Wirtschaftskraft des Regierungsbezirks Köln annähernd so groß ist wie die Wirtschaftskraft Finnlands.

Das ist ja eine interessante Aussage. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass dieser Re-

gierungsbezirk als eigenständige staatliche Einheit lebensfähig wäre.

Deshalb frage ich Sie: Könnten Sie sich auch mit dem Gedanken anfreunden, aus Nordrhein-Westfalen auszutreten und zum Beispiel als eigenes Bundesland aufzutreten?

(Lachen bei der CDU)

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Kollege Frank, diese Debatte kenne ich von ganz woanders. Zwischen Westfalen und dem Rheinland sind ja auch einmal Versuche unternommen worden, solche separatistischen Veranstaltungen zu betreiben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das geht auf Konrad Adenauer zurück!)

– Das ist mir jetzt wirklich zu flach. Konrad Adenauer können Sie nicht für alles beanspruchen. Konrad Adenauer war ein sehr weiser Vordenker im Bereich der Entwicklung von Kommunalpolitik. Im Übrigen ist der Grüngürtel, wenn Sie so wollen, ja auch ein Stück vorzüglicher Regionalpolitik Konrad Adenauers gewesen. Dass wir jetzt – –

(Ralph Sterck [FDP]: Jetzt rede dich nicht wieder in Rage!)

Herr Sterck gönnt mir das nicht.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich habe mitgestoppt!)

– Herr Kollege Sterck, Sie wissen, dass es zu den parlamentarischen Gepflogenheiten gehört, eine Zwischenfrage sehr gerne aufzunehmen und die Zwischenfrage nicht nur zu beantworten, sondern sie gleichzeitig auch für einen neuen Vortrag zu nutzen. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. Jetzt hat Herr Sterck das Wort. Er scharrt schon ungeduldig mit den Hufen.

**Ralph Sterck (FDP):** Für die Überlegungen von Herrn Frank habe ich durchaus etwas übrig. Die Fragen dürften viel einfacher zu beantworten sein, wenn es ein Voting wie beispielsweise beim Grand Prix gäbe; denn dann gäbe es Punkte von

North Rhine-Westphalia, former Republic of Germany, und wir machten alles unter uns aus.

Herr Oberbürgermeister, ich dränge deswegen so, weil wir in der FDP immer darauf wetten, zu welcher Uhrzeit die Sitzung enden wird. Kollege Repgen hat seine 5 Euro schon verspielt, weil er auf 19.45 Uhr gesetzt hat. Ich habe auf 20.30 Uhr gesetzt; von daher habe ich noch Hoffnung -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das werden wir wohl nicht schaffen.

**Ralph Sterck (FDP):** - und will die Debatte auch nicht weiter in die Länge ziehen.

Kollege Waschek hat schon sehr viel Richtiges dazu gesagt. Der CDU-parteiliche Tonfall von Herrn Lemper hat mir dagegen nicht ganz so gut gefallen. Wenn wir immer nur durch die Parteilinse blicken, werden wir mit der Region nicht weiterkommen.

Ich möchte meinen Redebeitrag nutzen, auch wenn Herr Waschek unsere Veranstaltung in der Kölner Philharmonie nicht gefallen hat, hier für den Tag der Region am 21. Juni in Königswinter zu werben. Ich glaube, wir alle haben eine Einladung dazu bekommen. Das Programm ermöglicht, auch einmal über den Tellerrand hinaus zu blicken. Es wäre schön, möglichst viele Mitglieder des Kölner Rates dort wiederzusehen. Danke sehr.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Es ist nett, dass Sie meine Einladung zu diesem Treffen unterstützen. Ich hätte es am Ende auch noch einmal gesagt. Am 21. Juni ist der Tag der Region, den wir ja schon seit einigen Jahren begehen. Es gibt dort immer eine Menge Interessantes zu sehen. Sie sind herzlich dazu eingeladen. - Als Nächstes spricht Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wir unterstützen den vorliegenden Antrag von SPD und Grünen, wundern uns aber, dass ein derartiger Vorschlag nicht schon längst von der Verwaltung, insbesondere von unserem Oberbürgermeister vorgelegt wurde.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es wird doch schon etwas gemacht, Herr Detjen. Sie müssen es auch wahrnehmen.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Mein vorbereiten-des Statement traf ja anscheinend tatsächlich zu; denn die CDU hat zugesagt, diesem Antrag zu zustimmen. Das heißt, dass dieser Antrag auf jeden Fall nötig war.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein, er war überflüssig, weil schon etwas gemacht wird.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** - Nein, er war nicht überflüssig. Ansonsten würde die CDU dem nicht zustimmen. Oder sind Sie inzwischen auch Geschäftsführer, Herr Schramma?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein. Dafür haben wir schon einen guten Mann.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Fraktionsvorsitzender können Sie ja nicht sein; das hat formale Gründe. Aber Sie könnten doch nebenamtlich als Geschäftsführer tätig werden; das würde gehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das müsste ich mir aber genehmigen lassen.

(Heiterkeit)

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Das wäre wohl nötig. - Wir diskutieren hier am Rande auch über die Verwaltungsstrukturreform; das ist klar. Ich hatte eigentlich gehofft, dass wir in der Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform etwas weiterkommen. Aber wie es im Moment aussieht, wird die Diskussion darüber eingestellt. Das hat auch die Landesregierung mitgeteilt, nachdem die Versorgungsämter zerschlagen wurden. Die Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform soll nun erst in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt werden, und es soll dann ein Konsens mit der SPD erreicht werden.

Deswegen stellt sich mir die Frage, wie die Sache insgesamt weitergehen wird. Grundsätzlich sehen wir von der Linken kommunale Zusammenschlüsse von unten als den richtigen Weg an. Eine Lösung von oben herab halten wir dagegen für falsch. Wir können uns sehr gut Regi-

onalparlamente wie in Stuttgart oder in Hannover vorstellen. In Hannover sind wir im Regionalparlament vertreten. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg.

Deshalb machen wir Ihnen folgende Vorschläge:

Erstens. Die interkommunale Planungs Kooperation muss Chefsache des Oberbürgermeisters sein. Wenn er das nicht kann oder nicht will, muss sich der Stadtdirektor dieser Frage annehmen. Die Verwaltung selbst muss ein Netzwerk bilden und dann auch als Netzwerk agieren. Ich halte es für dringend erforderlich, dass wir - das hat Herr Lemper zu Recht gesagt - mit den umliegenden Kommunen auf gleicher Augenhöhe agieren. - Herr Kahlen kennt Bonn. Ich könnte mir vorstellen, dass, wenn er nach Bonn käme, vieles einfacher zu händeln wäre. Ich kann mir das gut vorstellen.

Zweitens. Wir haben unsere kommunalen Beteiligungsunternehmen, die regional aufgestellt sind. Warum wird das in der Gesamtplanung überhaupt nicht genutzt? Wir diskutieren im Moment nur über Raumplanung. Ich meine aber - das wurde schon mehrere Male angesprochen -, dass wir uns weiter aufstellen müssen. Dafür sind die kommunalen Beteiligungsunternehmen doch da. Die werden aber im Wesentlichen regional von den Vorständen bedient, nicht jedoch von den Anteilseignern. Unser Vorschlag dazu ist, dass hier die Verwaltung eingreifen und sich der Sache annehmen müsste.

Drittens. Wir sollten auch darüber nachdenken, was mit bestimmten Orten, beispielsweise mit Bonn, schiefgelaufen ist. Selbst wenn ich von der Linken.Köln zur Linken.Bonn komme und sage, dass die Fusion der Stadtwerke der richtige Weg sei - dafür bin ich ja eingetreten -, werde ich dort misstrauisch aufgenommen; die wollen das einfach nicht. Das, was da schiefgelaufen ist, muss unseres Erachtens aufgearbeitet werden.

Wir sind der Meinung dass der Rhein ein gemeinsamer Standortfaktor und ein sozialer Mittelpunkt ist; das sollte die Leitlinie sein. Darüber muss man nachdenken. Wir müssen meines Erachtens noch ein Stück weiter gehen und das Ganze nicht nur unter raumplanerischen Aspekten betrachten. Diese Sichtweise finden wir etwas zu kurz gegriffen. Wir hoffen, dass die Verwaltung da einsteigt, und der Oberbürgermeister oder der Stadtdirektor das zur Chefsache erklären. Danke schön.

(Beifall von Michael Kellner  
[Die Linke.Köln])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich bringe Ihnen nächstes Mal einige Broschüren mit, in denen unsere Beschlüsse enthalten sind, Herr Detjen. Dann wissen Sie, wie viele Themen wir in der Zwischenzeit schon auf die Schiene gebracht haben. Prinzipiell ist das aber ein guter Antrag. Deswegen werden wir ihn auch unterstützen, keine Frage.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann, mit Blick auf die Uhr - Herr Sterck will ja seine Wette noch gewinnen -, kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Pro Köln stimmt dagegen. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.12 auf:

**2.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Intakte Radwege statt mehr Öffentlichkeitsarbeit für den OB“  
AN/1023/2008**

Dazu spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als ich vor fast einem Vierteljahrhundert meinen Wohnsitz nach Köln verlegt habe - ich bin geborener Krefelder -, war das einzige Fortbewegungsmittel, das ich besessen habe, ein Fahrrad. Dieses Fahrrad habe ich von Krefeld nach Köln mitgebracht und hier einen Kulturschock erlitten. Denn einem Jugendlichen, der am linken Niederrhein aufwächst, ist das Fahrradfahren in die Wiege gelegt. Ich hielt ausgebaute, intakte Radwege für eine Selbstverständlichkeit. Ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass sich in einer mitteleuropäischen Großstadt wie Köln, die bedeutend größer und wichtiger ist als Krefeld, das Radwegenetz in einem solchen Zustand befinden könnte, wie es in dieser Stadt seit Jahr und Tag ist. Diesbezüglich kann sich Köln mit dem linken Niederrhein geschweige denn mit den Niederlanden nicht im Entferntesten messen.

Seit den 80er-Jahren ist das nicht besser, sondern in der Tendenz eher noch schlechter geworden. Hier und da sind ein paar neue Radwege gebaut worden. Viele enden aber immer noch im Niemandsland oder hilfsweise auf einer vielbefahrenen Straße. Es ist nicht möglich, im Stadtgebiet größere Strecken mit dem Fahrrad zurückzulegen, abgesehen vom Gürtel. Alle anderen Ziele, die nicht auf dieser Strecke zu erreichen sind, kann der Radfahrer nur unter Inkaufnahme großer Gefahr ansteuern. Erschwerend

kommt hinzu, dass der Zustand der vorhandenen Radwege in weiten Teilen des Stadtgebietes katastrophal ist, weil die Stadt Aufwendungen, die erforderlich sind, um dieses Netz in Schuss zu halten, nicht mehr bereitstellt.

Wenn die Initiative - auch in dieser Ratssitzung stand dazu schon ein Antrag von SPD und Grünen auf der Tagesordnung -, Köln als Stadt für Fahrradfahrer attraktiver zu machen, wirklich ernst genommen werden soll, muss nach unserer Auffassung beim Radwegenetz angesetzt werden. Um eine spürbare Attraktivierung der Stadt Köln für Fahrradfahrer und der Nutzung dieses Verkehrsmittels zu erreichen, muss in einem ersten Schritt dafür gesorgt werden, dass die vorhandenen Radwege instand gesetzt werden. Dafür brauchen wir zum einen eine Prioritätenliste und zum anderen einen höheren Mitteleinsatz, um den Unterhalt dieser Radwege sicherstellen zu können. Sie werden mir sicherlich Recht geben, dass der Istzustand auf Dauer nicht hingenommen werden kann.

Die FDP-Fraktion wurde von Ihnen in dieser Ratssitzung dafür kritisiert, dass sie keine Hinweise darauf gibt, wie das, was sie beantragt, finanziert werden soll. Sie wissen, dass sich da die Fraktion pro Köln wesentlich besser präpariert. Wir haben in unserem Antrag klar gesagt, woher die Mehraufwendungen kommen sollen.

Uns hat gewundert, dass gerade jetzt, ein Jahr vor der Kommunalwahl 2009, im Umfeld des Oberbürgermeisters, zum Teil direkt in seinem Büro, eine Personalaufstockung vorgesehen ist. Insgesamt stehen 3,5 Stellen, davon einige zeitlich befristet, zur Diskussion. Diese Notwendigkeit können wir aus objektiven Gründen überhaupt nicht nachvollziehen.

Je näher die Kommunalwahl rückt, desto nachhaltiger muss doch auch der Herr Oberbürgermeister darüber nachdenken, wie er den Wahlkampf führen muss, um wiedergewählt zu werden; denn das hat er doch sicherlich vor. Wenn er Zeit in seinen Wahlkampf investiert, muss er jedoch die Dienste, die er als Oberbürgermeister für die Stadt leistet, ein Stück weit zurückschrauben. Das kann gar nicht anders gehen; denn auch der Tag des Oberbürgermeisters hat nur 24 Stunden. Wenn er das eine Engagement ausdehnt, muss er das andere zurückschrauben.

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang, warum im Bereich der Aktivitäten des Oberbürgermeisters ein Mehrbedarf von 3,5 Personalstellen entstehen soll. Kein Mensch würde dem Oberbürgermeister jemals unterstel-

len wollen - von gewissen Journalisten einmal abgesehen, die dazu böse Artikel geschrieben haben -, dass er beabsichtigt, sich während des OB-Wahlkampfes beziehungsweise des Vorwahlkampfes auf Teile seines städtischen Apparats zu stützen. Solche Gerüchte werden aber nicht dadurch entkräftet, wenn diese Stellenbesetzung ausgerechnet jetzt, im Vorfeld der Kommunalwahl, zustande kommt. Darüber wundert man sich doch sehr.

Meine Damen und Herren, hier gibt es nach unserer Auffassung eine Einsparmöglichkeit. Wir bitten Sie deshalb, Ihre Prioritäten richtig zu setzen. Setzen Sie Ihre Prioritäten für das Radwegprogramm, für die Attraktivierung dieser Stadt, für das Fahrrad als Verkehrsmittel und gleichzeitig für Einsparungen an der Stelle, wo sie möglich sind, nämlich im politischen Apparat, in dem ein Mehr an Personalstellen gerade in der derzeitigen Situation ganz sicher nicht gebraucht wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe den letzten Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.13 auf:

**2.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „EL-DE-Haus kooperiert mit Linksextremisten“ AN/1031/2008**

Auch hierzu spricht Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat mit einem Ihrer Anträge, allerdings sehr bemüht, versucht, etwas gegen den Linksextremismus zu tun. Die Auswahl der Organisationen, die in diesem Antrag benannt wurden, war ein wenig unglücklich. Das liegt wahrscheinlich daran, dass diejenigen von der FDP, die diesen Antrag formuliert haben, nicht wirklich Ahnung haben; aber der gute Wille war immerhin da.

Wir haben einen Fall zur Kenntnis nehmen müssen, dass aus dem EL-DE-Haus linksextremisti-

sche Aktivitäten ganz unmittelbar nachgewiesen werden konnten. Es sind Veröffentlichungen des VVN-BdA e. V., der sogenannten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, als Newsletter des EL-DE-Hauses verschickt worden. Das ist eindeutig eine linksextremistische Aktivität aus dieser städtischen Einrichtung, von der wir meinen, dass die so nicht hingenommen werden. Der Rat sollte das verurteilen.

Der VVN-BdA e. V. war immerhin noch bis 1989 eine Organisation, von der erhebliche Gefahren für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ausgingen. Bis 1989 war der VVN-BdA e. V. in ganz Westdeutschland straff durchorganisiert. Sie war überall aktions- und kampagnenfähig. Sie war durch ihr massives Auftreten in der Öffentlichkeit durchaus in der Lage, insbesondere die oppositionellen politischen Aktivitäten in Westdeutschland zu unterbinden, die den Befehlsgebern des VVN-BdA e. V. in der Normannenstraße in Berlin nicht in den Kram passten. Der VVN-BdA e. V. wurde bis zum Zusammenbruch der DDR über Alexander Schalck-Golodkowski mit Geldmitteln versorgt. Diese Geldmittel wurden per Geldkoffer über die innerdeutsche Grenze gebracht und dann den VVN-BdA-Vertretern ausgezahlt.

Nach 1989 war schlagartig ein Rückgang der VVN-BdA-Aktivitäten in Westdeutschland zu verzeichnen. Von einer Woche zur anderen brach die Infrastruktur der Organisation zusammen, und es musste Personal entlassen werden. Selbst Zeitschriftenabonnements mussten von der Organisation aufgekündigt werden. Weil der Geldkoffer von Alexander Schalck-Golodkowski nicht mehr kam, brach dem VVN-BdA e. V. das Kerngerüst ihrer Infrastruktur weg.

Das bedeutet, dass diese Organisation heute objektiv weniger gefährlich ist, als sie es bis zum Zusammenbruch der DDR war. Aber es ist unverändert vom VVN-BdA e. V., auch in Köln, eine Reststruktur vorhanden, deren Zielsetzung immer noch genau dieselbe ist wie bis 1989: Bestimmten Personen, die als Antikommunisten identifiziert worden sind, soll das Recht auf politische Existenz, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf ein öffentliches Auftreten im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland streitig gemacht werden.

Dafür verwendet sie den alten Kunstgriff, mit dem sich Josef Stalin seines früheren Weggefährten Leo Trotzki, des Begründers der Roten Armee, entledigt hat. Stalin hatte mit Trotzki ein

Problem, deswegen hat er Trotzki zum Faschisten erklärt und dann angeordnet, dem Faschisten den Schädel einzuschlagen. Nach dieser Methode verfährt im Kern der VVN-BdA e. V. auch heute noch. Wer als Antikommunist identifiziert ist, wird als Faschist bezichtigt, und es wird gesagt, dass er kein Recht hätte, öffentlich aufzutreten. Aufgrund der objektiven Schwäche des VVN-BdA e. V. kann derjenige in der gegenwärtigen Situation nur noch öffentlich mit Dreck beworfen werden. Jemanden loszuschicken, der ihm mit dem Eispickel den Schädel einschlägt, ist natürlich dem VVN-BdA e. V. seit Jahr und Tag nicht mehr möglich. Der böse Wille aber ist da, und die Kernargumentation ist unverändert.

Wer eine solche Organisation unterstützt, fördert den orthodoxen alten Marxismus der Moskauer Schule. Wer eine solche Organisation unterstützt, betreibt unmittelbar verfassungsfeindliche, linksextremistische Agitation. Das ist über das EL-DE-Haus in einem ganz konkreten Fall geschehen. Zumindest all diejenigen Mitglieder des Rates der Stadt Köln, die die Werte der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ernst nehmen, werden deshalb dem von der Fraktion pro Köln gestellten Antrag zustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 3:

### 3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

#### 3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Mögliche Erweiterung des Berechtigtenkreises des Köln-Passes“ AN/1037/2008

**Antwort der Verwaltung**  
2309/2008

Die Antwort liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Kellner, bitte.

**Michael Kellner (Die Linke.Köln):** Ich habe zwei Fragen zu der gegebenen Antwort.

Meine erste Frage betrifft den Erfahrungsbericht Nr. 26. Darin steht:

Auf der Grundlage des Erfahrungsberichtes ist zu prüfen, inwieweit insbesondere Familien mit geringem Einkommen ausreichend Berücksichtigung finden oder ob eine Erweiterung des Berechtigungskreises erforderlich und möglich ist.

Diese Antwort finde ich im gesamten Bericht nicht. Daher möchte ich fragen, wie die Verwaltung dazu steht. Finden nun Familien ausreichend Berücksichtigung oder nicht?

Meine zweite Frage betrifft den Untersuchungsbericht des VRS. In diesem Bericht begründet er die Absenkung des Erstattungsanteils der Stadt unter anderem damit, dass weniger als bisher schwarzfahren und dass ein Neu- und Mehrverkehr stattfindet. Ist dann eine Kostensteigerung im gleichen Verhältnis, wie in 2. vorgenommen, gerechtfertigt?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. Frau Bredehorst wird das sicherlich beantworten können. Wenn Sie nicht direkt antworten kann, dann wird sie das später schriftlich tun.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Zu Ihrer Frage, ob Familien mit geringem Einkommen in einem angemessenen Umfang die Vergünstigungen in Anspruch nehmen: In dem Erfahrungsbericht, den wir dem Sozialausschuss vorgelegt haben, haben wir ausgeführt, dass das geprüft werden muss. Diese Prüfung ist allerdings bis heute noch nicht abgeschlossen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich kann jetzt den Zusammenhang zwischen den beiden Tatsachen, die Sie genannt haben, nicht erkennen. Daher kann ich diese Frage nicht beantworten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Die Antwort auf Ihre erste Frage wird nachgeliefert, Herr Kellner.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

**3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Anti-Islamisierungs-Kongress“ in Köln  
AN/1063/2008**

Hierzu wird die Antwort nachgereicht. - Frau Bredehorst, bitte.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Die Beantwortung dauert etwas länger, weil daran mehrere Dienststellen und mehrere Dezernate beteiligt sind. Das konnten wir nicht so schnell zusammenstellen. Sobald wir die Antwort fertig haben, schicken wir sie der Fraktion.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:  
Zwei Wochen?)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Zu Tagesordnungspunkt 3.3:

**3.3 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Leistungen der ARGE an Immobilienbesitzer“  
AN/1062/2008**

**Antwort der Verwaltung  
2417/2008**

Die Antwort liegt Ihnen vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn die Verwaltung unsere sehr konkret ausformulierten Fragen schon nicht beantworten kann, dann möchte ich gerne wissen, welche Informationen Sie dem Rat überhaupt zu Art, Umfang und Ausmaß des Phänomens, dass Immobilienbesitzer unrechtmäßig Sozialbezüge von der Stadt in Anspruch nehmen, geben können. Für irgendeinen Zeitraum - sei es für 2007 oder für 2006 - müssen Sie doch irgendwelche Informationen auch in Gestalt von Zahlen haben. Es kann nicht sein, dass die Stadt ständig unrechtmäßig Geld auszahlt, aber nicht weiß, in wie vielen Fällen sie das macht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Bredehorst, bitte.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Erstens möchte ich mich dagegen verwahren, dass die Stadt ständig unrechtmäßig Geld auszahlt. Das

ist nicht der Fall. Zweitens haben wir in der Beantwortung der Frage auch dargelegt, warum wir Ihren Fragen nicht weiter nachgehen können, nämlich weil wir keine statistische Erfassung haben. Das ist nach wie vor so.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Zu Tagesordnungspunkt 3.4:

**3.4 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Folgen der Urteile zu den Abfallgebühren für das Jahr 2005“  
AN/1064/2008**

Frau Bredehorst, bitte schön.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Die Antwort zu dieser Anfrage muss ich mündlich geben. Die Anfrage lautete:

Frage 1: Wie groß ist die Zahl der Bescheide über Abfallgebühren für 2005, die anfechtbar sind, falls das Urteil 14 K 478/07 rechtskräftig wird?

Antwort: Es sind circa 15 gerichtliche Verfahren zu 2005 anhängig. Darüber hinaus bestehen noch 300 offene Widerspruchsverfahren für 2005 aus einem Sammelwiderspruch eines Wohnungsunternehmens.

Frage 2: Welchen Betrag beabsichtigt die Verwaltung in dem gerichtsanhängigen Fall anstelle der Euro 277,62 festzusetzen, falls die Stadt Köln in dem Rechtsstreit letztinstanzlich unterliegt?

Antwort: Sollte das Oberverwaltungsgericht dem Urteil des Verwaltungsgerichtes folgen, wären circa 5 Prozent der Gesamtkosten nicht ansetzbar, sodass sich auch die Gebührenansätze um 5 Prozent vom genannten Betrag reduzieren würden.

Frage 3: Welche Kosten kommen insgesamt in etwa auf die Stadt Köln zu, falls analog dem Fall 14 K 478 alle fehlerhaften Abfallgebührenbescheide für 2005 anzupassen sind?

Antwort: Welche Kosten insgesamt auf die Stadt Köln zukommen, wenn alle noch nicht bestandskräftigen Abfallgebührenbescheide für 2005 anzupassen wären, lässt sich derzeit nur sehr grob schätzen. Die Verwaltung geht jedoch davon aus, dass es sich um einen Betrag unter 35 000 Euro handelt.

Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Eine Nachfrage von Herrn Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Sie weisen hier darauf hin, dass es nur in 300 Fällen Widersprüche gegeben hat. Wie viele Abfallgebührenbescheide hat die Stadt Köln denn im Jahre 2005 insgesamt erlassen?

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Diese Frage kann ich jetzt nicht beantworten. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Antwort zu Frage 3 auf sämtliche noch nicht bestandskräftige Abfallgebührenbescheide erstreckt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir können diese Zahl nachliefern, wenn das von Ihnen gewünscht wird.

(Manfred Rouhs [pro Köln]:  
Genau! Ja!)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 5 auf:

## 5. Ortsrecht

### 5.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.1:

#### 5.1.1 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 4196/2007

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

### 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.1:

#### 5.3.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neuhrenfeld und Ehrenfeld 1684/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

## 6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW (a. F.) i. V. m. der Haushaltssatzung 2007 in analoger Anwendung 2113/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das heißt, Sie sind einstimmig damit einverstanden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

## 7. Überplanmäßige Ausgaben

Zu Tagesordnungspunkt 7.1:

### 7.1 Hpl.-UA 4640, Tageseinrichtungen für Kinder; Haushaltsjahr 2007 0947/2008

Derjenige, der dazu etwas sagen will, möge sich bitte jetzt melden. - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

## 9. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

### 9.4 Friedhofsflächenmanagement Friedhof Leidenhausen in Köln-Porz 1058/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Ulrich Breite [FDP]: Wie Umwelt und Grün!)

Abgestimmt werden soll wie Anlage 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

### 9.5 Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln 1135/2008

Gibt es hierzu Fragen oder Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine.

Enthaltungen? - Auch nicht. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

**9.6 Restitution eines Gemäldes aus dem Besitz der Stadt Köln  
hier: Hendrik Terbrugghen, Ein Dudelsackspieler, Wallraf-Richartz-Museum  
1410/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Es gibt Meldungen von Herrn Detjen und Herrn Rouhs. Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Ich habe eine Frage an die Verwaltung. Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Vorlage gelesen hat, aber mich hat ein Satz irritiert. Es geht hier um ein Bild - Stichwort: Beutekunst -, das seit vielen Jahren - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das Bild war auch in allen Zeitungen zu sehen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Ja, das stimmt. Ich bin auch zufrieden, dass das so gelaufen ist. - Ich will die Hintergründe erfragen, wie das stattgefunden hat. Wir haben ja eine Stelle neu eingerichtet, auf der sich um solche Fälle gekümmert wird. War es das Ergebnis dieser Stelle, die wir neu eingerichtet haben, oder kam das durch den Brief des Anwalts? - Beim Ankauf von Bildern muss es doch möglich sein, relativ genau zu bestimmen, ob diese in die Zeit von 1933 bis 1945 fallen, und relativ schnell herauszufinden, ob es sich dabei um Beutekunst handelt. Aus der Vorlage wird das nicht klar.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Professor Quander, bitte.

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Herr Oberbürgermeister! Herr Detjen, es handelt sich hierbei nicht um Beutekunst, sondern um die Restitution von NS-bedingt entzogenem Kulturgut, in diesem Fall aus jüdischem Besitz. Das ist zur Klarstellung ganz wichtig.

Das übliche Verfahren ist, dass sich zunächst einmal ein Anspruchsberechtigter oder ein vermeintlich Anspruchsberechtigter meldet. In diesem Fall hat die Anwaltskanzlei Trott zu Solz bei uns im Juli vergangenen Jahres diesen Anspruch

angemeldet. Sie erinnern sich, dass wir, auch dank Ihrer Initiative und des Ratsbeschlusses, im vergangenen Jahr eine Stelle zur Provenienzforschung in der Stadt Köln eingerichtet haben. Meines Wissens ist die Stadt Köln bundesweit die einzige, die sich eine solche Stelle in ihrem Museumsverbund leistet.

Quellenforschung zu betreiben ist eine sehr komplexe und komplizierte Aufgabe; denn vom Erwerb eines Kunstwerks zwischen 1933 und 1945 kann man nicht unbedingt ableiten, dass es illegal oder auf krummen Wegen erworben worden ist. Das muss man sehr genau recherchieren.

In der Begründung finden Sie das Forschungsergebnis dieser Stelle, die wir Mitte vergangenen Jahres sehr qualifiziert besetzen konnten. Die Recherche hat ergeben, dass die Provenienz dieses Bildes aus der Sammlung Dr. von Klemperer eindeutig und völlig unstrittig ist. Deswegen empfehlen wir die Rückgabe dieses Bildes. Dazu besteht keinerlei rechtliche Verpflichtung. Die Bundesrepublik Deutschland ist aber in der Washingtoner Erklärung eine moralische Verpflichtung eingegangen, zu der auch wir stehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Professor Quander. Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor geraumer Zeit haben wir hier in Köln eine ganz ähnlich gelagerte Diskussion geführt. Damals ging es allerdings nicht um ein Kunstwerk, sondern um ein Grundstück. Dieses Grundstück hat das Verlagshaus DuMont erworben. DuMont hat es nicht direkt von einem jüdischen Veräußerer erworben, der zur Auswanderung gezwungen war, sondern von einem nichtjüdischen Rechtsträger, der das Grundstück zuvor von dem zur Immigration gezwungenen Juden gekauft und dann zu einem realistischen Preis an DuMont verkauft hat. Mittlerweile ist gerichtlich festgestellt, dass der Vorgang nicht als Arisierungsgeschäft bezeichnet werden darf. Ein *Spiegel*-Journalist, der es sich herausgenommen hat, diese Formulierung zu verwenden, - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs, kommen Sie bitte zum Thema.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Ja, ich schlage sofort den Bogen zu dieser Verwaltungsvorlage. - Ich sehe auf moralischer Ebene keinen Bewertungsunterschied zwischen dieser Grundstückscausa, bei der kein Mensch aus Ihren Reihen auf die Idee gekommen ist, DuMont anzuprangern, von Arisierung zu sprechen oder gar die Rückgabe des Grundstücks zu fordern, und diesem Vorgang. Hier wurde ein Kunstwerk im Rahmen einer Auktion veräußert. Für dieses Kunstwerk wurde ein durchaus handelsüblicher Preis bezahlt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:  
Hört! Hört!)

Das Museum, das bei der Auktion mitgesteigert hat, hat ebenso einen Wertgegenstand zu einem handelsüblichen Preis erworben, wie es beim Kauf des Grundstücks durch DuMont der Fall war.

Es werden hier ganz seltsame Maßstäbe angelegt. Es ist auch ein Ausdruck von Opportunismus, wenn im politischen Apparat diese Vorgänge ganz unterschiedlich beurteilt werden. Wenn eine große Verlegerfamilie betroffen ist, von der Sie alle ein Stück weit abhängig sind und von der Sie nicht gerne hätten, dass etwas Schlechtes über Sie in der Zeitung stehen soll, dann sind Sie ganz vorsichtig. Dann sagen Sie nichts, und dann kuschen Sie alle. Aber in Fällen, wo es im engeren Sinne des Wortes billig ist, biedern Sie sich an. Das ist in sich völlig widersprüchlich. Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum die Fraktion pro Köln diese Vorlage ablehnen wird.

(Helmut Jung [CDU]: Das hätten Sie auch schneller sagen können!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.7:

**9.7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2007 für die Bühnen der Stadt Köln 1416/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.9:

**9.9 Bürgerschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung der Darlehen zur Finanzierung der Projekte „Neubau Ossendorf-Bad“ und „Neubau Lentstraße“ 1582/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.10:

**9.10 Errichtung eines Bildungsganges: Gestaltungstechnischer Assistent/ Gestaltungstechnische Assistentin/ Allgemeine Hochschulreife (Berufliches Gymnasium) am Richard-Riemerschmid-Berufskolleg, Heinrichstr. 51, 50676 Köln (BK 15) 1765/2008**

Wortmeldungen hierzu sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

**9.11 Nutzungssicherung auf der ehemaligen Hausmülldeponie „Zeisbuschweg“ in Köln-Höhenhaus 0777/2008**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.12:

**9.12 Verwendung des Jahresüberschusses 2007 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) 2199/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

**11.1 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6250/04  
Arbeitstitel: 3. Änderung Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf 1589/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Barbara! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegenstimmen! Ich habe nicht aufgedasst! Ich gebe es zu!)

- Gegen die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht unbekannt! Wir haben die ganze Zeit dagegen gestimmt!)

- Darauf verlasse ich mich aber nicht. - Enthaltungen gibt es keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

### 13. Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

#### 13.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Ensen Arbeitstitel: Kölner Straße in Köln-Porz-Ensen 0991/2008

Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Gegenstimmen? - Keine. Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

#### 13.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Zollstock Arbeitstitel: Neuer Weyerstraßerweg in Köln-Zollstock 1388/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

### 14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

#### 14.1 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Rheinboulevard beiderseits des Rheins mit Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz“ hier: Satzungsbeschluss 0802/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

#### 14.2 Beschluss über den Beginn der vorbereitenden (Sanierungs-) Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für den Bereich südliche Innenstadt-Erweiterung / Südstadion in Köln-Bayenthal / Raderberg / Zollstock 0645/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

### 15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

#### 15.1 195. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1146/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

### 16. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

#### 16.1 Bestellung der Betriebsleitung für den Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln 1459/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig mit der Stimme des OB beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

#### 16.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Wahl einer Sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Soziales und Senioren AN/1083/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Bei Nichtteilnahme des OB ist es einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

**16.3 Entscheidung über eine Vertretung von Ratsmitglied Gisela Manderla hinsichtlich der Teilnahme am Besuch in die Partnerstadt Liverpool vom 26. - 29. Juni 2008  
2393/2008**

An dieser Abstimmung nehme ich wieder teil. Entgegen Ihrer Vorlage ist der Name Gisela Manderla gegen den Namen Dr. Ralph Elster auszutauschen. Die Fraktion hat das so vorgeschlagen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig mit der Stimme des OB so beschlossen.

Der öffentliche Teil der Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20.52 Uhr)